

## Bekanntmachung

Die 07. Sitzung der Bürgerschaft findet am Donnerstag, den 25.08.2022 statt.  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 3 Beschlussfassung über die Tagesordnung und Eintritt in die Tagesordnung
- 4 Billigung der Niederschrift der 05. Sitzung der Bürgerschaft vom 09.06.2022 und Billigung der Niederschrift der Sondersitzung der Bürgerschaft vom 29.06.2022
- 5 Mitteilungen des Präsidenten
- 6 Mitteilungen des Oberbürgermeisters
- 7 Anfragen
  - 7.1 Grünfläche Kleine Parower Straße  
Einreicher: Jens Kühnel, Fraktion AfD  
Vorlage: kAF 0067/2022
  - 7.2 Zukunft Klärschlammverbrennung in Rostock  
Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied  
Vorlage: kAF 0068/2022
  - 7.3 Wärmehallen in der Hansestadt Stralsund  
Einreicher: Frank Fanter, Fraktion AfD  
Vorlage: kAF 0069/2022
  - 7.4 zum Parken im Bereich des Freibades  
Einreicher: Maik Hofmann, Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: kAF 0070/2022
  - 7.5 zum Horthaus Juri Gagarin Schule  
Einreicher: Kerstin Chill, Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: kAF 0071/2022
  - 7.6 Fertigstellung der Juri-Gagarin-Schule, Einreicher: Michael Philippen, Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: kAF 0074/2022
  - 7.7 Schulbeginn Juri Gagarin Schule  
Einreicher: Andrea Kühl, Fraktion DIE LINKE/SPD  
Vorlage: kAF 0085/2022

- 7.8 zu den steigenden Energiepreisen  
Einreicher: Thomas Haack, Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: kAF 0073/2022
- 7.9 zu Eigentümerpflichten  
Einreicher: Sabine Ehlert, Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: kAF 0076/2022
- 7.10 zu Fütterverbot von Möwen  
Einreicher: Thomas Schulz, Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: kAF 0077/2022
- 7.11 Nutzung der Mittel aus dem MV-Schutzfonds  
Einreicher: Bernd Buxbaum, Fraktion DIE LINKE  
Vorlage: kAF 0078/2022
- 7.12 Stand der Sanierung der Stadtteiche  
Einreicher: Ute Bartel, Fraktion DIE LINKE/SPD  
Vorlage: kAF 0079/2022
- 7.13 Verkehrsführung Kreuzung An der Werft/ Werftstraße  
stadteinwärts  
Einreicher: Dr. med. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: kAF 0075/2022
- 7.14 zur Energie- und Gasversorgung der Hansestadt Stralsund  
im Herbst und Winter 2022/2023  
Einreicher: Thoralf Pieper, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: kAF 0072/2022
- 7.15 Energiesparmaßnahmen in der Hansestadt Stralsund  
Einreicherin: Josefine Kümpers, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: kAF 0082/2022
- 7.16 Krisenstab Energie  
Einreicher: Mathias Miseler, Fraktion DIE LINKE/SPD  
Vorlage: kAF 0080/2022
- 7.17 Fahrradweg Kreisel Wasserstraße  
Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: kAF 0084/2022
- 7.18 Zusammenarbeit Stiftung Klima- und Umweltschutz M-V  
Einreicher: Jürgen Suhr, Fraktion BÜNDNIS90/DIE  
GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: kAF 0081/2022
- 7.19 Verkehrskonzept Altstadt  
Einreicherin: Anett Kindler, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: kAF 0083/2022
- 8 Einwohnerfragestunde
- 8.1 Einwohnerfrage von Frau Lorenz (wird schriftlich beantwortet)

- 9 Anträge
- 9.1 Anpassung des Wochenmarktkonzeptes  
Einreicher: Stefan Bauschke für den Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung  
Bernd Buxbaum für den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben  
Vorlage: AN 0101/2022
- 9.2 Sirenenalarm  
Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied  
Vorlage: AN 0103/2022
- 9.3 Neugeborenen Prämie  
Einreicher: Fraktion AfD  
Vorlage: AN 0104/2022
- 9.4 zur Errichtung eines Hundestrandes  
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: AN 0121/2022
- 9.5 zu Radfahrstreifen  
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: AN 0122/2022
- 9.6 Kein öffentlicher Raum für Waffenschauen zum Zweck der Soldatenwerbung in der Hansestadt Stralsund  
Einreicher: Fraktion DIE LINKE.  
Vorlage: AN 0124/2022
- 9.7 4. Fortschreibung des Wirtschafts- und Handelskonzeptes der Hansestadt Stralsund  
Einreicher: Fraktion DIE LINKE  
Vorlage: AN 0123/2022
- 9.8 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Hauptausschusses (Einheitsliste)  
Einreicher: alle Fraktionen  
Vorlage: AN 0107/2022
- 9.9 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Finanzen und Vergabe (Einheitsliste)  
Einreicher: alle Fraktionen  
Vorlage: AN 0108/2022
- 9.10 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter in den Rechnungsprüfungsausschuss (Einheitsliste)  
Einreicher: alle Fraktionen  
Vorlage: AN 0109/2022
- 9.11 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung (Einheitsliste)  
Einreicher: alle Fraktionen  
Vorlage: AN 0110/2022

- 9.12 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben (Einheitsliste)  
Einreicher: alle Fraktionen  
Vorlage: AN 0111/2022
- 9.13 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung (Einheitsliste)  
Einreicher: alle Fraktionen  
Vorlage: AN 0112/2022
- 9.14 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung (Einheitsliste)  
Einreicher: alle Fraktionen  
Vorlage: AN 0113/2022
- 9.15 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Sportausschusses (Einheitsliste)  
Einreicher: alle Fraktionen  
Vorlage: AN 0114/2022
- 9.16 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Kulturausschusses (Einheitsliste)  
Einreicher: alle Fraktionen  
Vorlage: AN 0115/2022
- 9.17 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung (Einheitsliste)  
Einreicher: alle Fraktionen  
Vorlage: AN 0116/2022
- 9.18 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Betriebsausschusses (Einheitsliste)  
Einreicher: alle Fraktionen  
Vorlage: AN 0117/2022
- 9.19 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Stadtmarketing (Einheitsliste)  
Einreicher: alle Fraktionen  
Vorlage: AN 0118/2022
- 9.20 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Stadtkleingartenausschusses (Einheitsliste)  
Einreicher: alle Fraktionen  
Vorlage: AN 0119/2022
- 9.21 Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter in den zeitweiligen Ausschuss Volkswert (Einheitsliste)  
Einreicher: alle Fraktionen  
Vorlage: AN 0120/2022
- 10 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses und des Oberbürgermeisters
- 11 Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung

- 12 Behandlung von Vorlagen
  - 12.1 Satzung und Geschäftsordnung des Beirates für Stadtteilarbeit in der Hansestadt Stralsund  
Vorlage: B 0034/2022
  - 12.2 Bebauungsplan Nr.68 "Wohngebiet östlich der Brandshäger Straße", Abwägungs- und Satzungsbeschluss  
Vorlage: B 0046/2022
  - 12.3 Bebauungsplan Nr. 66 der Hansestadt Stralsund „Wohngebiet westlich vom Voigdehäger Teich“, Abwägungs- und Satzungsbeschluss  
Vorlage: B 0048/2022
  - 12.4 Bebauungsplan Nr. 61 der Hansestadt Stralsund „Östlich der Smiterlowstraße“, Abwägungs- und Satzungsbeschluss für die 1. Änderung  
Vorlage: B 0192/2021
  - 12.5 26. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund für die Teilfläche südlich der Ortsumgehung im Stadtteil Voigdehagen und Anpassung des beigeordneten Landschaftsplanes, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss  
Vorlage: B 0042/2022
  - 12.6 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund für die Teilfläche des Berufsschulcampus in Grünhufe und Anpassung des beigeordneten Landschaftsplanes, Abwägungs- und Feststellungsbeschluss  
Vorlage: B 0044/2022
- 13 Verschiedenes
- 14 Ausschluss der Öffentlichkeit, Eintritt in den nichtöffentlichen Teil

#### Nichtöffentlicher Teil

- 15 Behandlung der nichtöffentlichen Angelegenheiten
  - 15.1 Anträge
  - 15.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses und des Oberbürgermeisters
  - 15.3 Behandlung von Vorlagen
    - 15.3.1 Vertrag über die Herstellung von Erschließungsanlagen für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 68 der Hansestadt Stralsund "Wohngebiet östlich der Brandshäger Straße"  
Vorlage: B 0039/2022
    - 15.3.2 Vertrag über die Herstellung von Erschließungsanlagen für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 66 der Hansestadt Stralsund „Wohngebiet westlich vom Voigdehäger Teich“  
Vorlage: B 0049/2022

- 15.3.3 Stiftungsangelegenheiten: Brunst-Weber-Stiftung  
Vorlage: B 0043/2022
- 15.3.4 Verkauf eines Grundstücks im Gewerbegebiet "Grünhufe/An der B105, Werner-von-Siemens-Str. 14 in 18437 Stralsund  
Vorlage: B 0017/2021
- 15.3.5 Verkauf zweier Grundstücke im Gewerbegebiet „Grünhufe / An der B 105“  
Gemarkung Grünhufe, Flur 2, Flurstücke 4/9, 4/10, 4/11, 4/12, 4/13, 4/14 mit insgesamt 26.111 m<sup>2</sup>  
Vorlage: B 0166/2021
- 15.3.6 Verkauf von Grundstücken im Frankenhafen  
Vorlage: B 0031/2022
- 15.3.7 Vergabevorschlag Stralsund-Tribseer Vorstadt, Campus "Hermann Burmeister Schule", Freianlagen, Los 1 - Landschaftsbauarbeiten  
Vorlage: B 0051/2022
- 15.4 Verschiedenes

#### Öffentlicher Teil

- 16 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntmachung der Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil
- 17 Schluss der Sitzung

gez. Peter Paul  
Präsident der Bürgerschaft  
der Hansestadt Stralsund

Niederschrift  
der 05. Sitzung der Bürgerschaft

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 09.06.2022  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 19:58 Uhr  
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

**Anwesend:**

Vorsitzende/r

Herr Peter Paul

Mitglieder

Herr Michael Adomeit

Herr Stefan Bauschke

Herr Volker Borbe

Herr Bernd Buxbaum

Frau Dr. Heike Carstensen

Frau Kerstin Chill

ab 17:00 Uhr

Frau Heike Corinth

Frau Sabine Ehlert

Herr Frank Fanter

Frau Friederike Fechner

Frau Sandra Graf

Herr Robert Gränert

Herr Mario Gutknecht

Herr Thomas Haack

Herr Maik Hofmann

Frau Anett Kindler

Herr Ralf Klingschat

Frau Andrea Kühl

Herr Rüdiger Kuhn

Herr Jens Kühnel

Frau Josefine Kümpers

Herr Sebastian Lange

bis 18:47 Uhr

Herr Detlef Lindner

Herr Mathias Miseler

Herr Michael Philippen

Herr Thoralf Pieper

Herr Marc Quintana Schmidt

Frau Maria Quintana Schmidt

Herr Tino Rietesel

Herr Daniel Ruddies

Frau Birkhild Schönleiter

Herr Thomas Schulz

Herr Maximilian Schwarz

Herr Jürgen Suhr

Frau Ann Christin von Allwörden

Herr Dr. Arnold von Bosse

Frau Petra Voß

Herr Dr. med. Ronald Zabel

Protokollführer

Herr Steffen Behrendt

## **Tagesordnung:**

- 1** Eröffnung der Sitzung
- 2** Änderungsanträge zur Tagesordnung  
  
Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung der Sitzung der Bürgerschaft am 09.06.2022 um die Vorlage B 0019/2022  
Vorlage: AN 0096/2022
- 3** Beschlussfassung über die Tagesordnung und Eintritt in die Tagesordnung
- 4** Billigung der Niederschrift der 04. Sitzung vom 07.04.2022
- 5** Mitteilungen des Präsidenten
- 6** Mitteilungen des Oberbürgermeisters
- 7** Anfragen
- 7.1** Sachstand Kommunalen Ordnungsdienst  
Einreicherin: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: kAF 0043/2022
- 7.2** Sirenenwarnanlagen  
Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: kAF 0044/2022
- 7.3** zur Beachvolleyballhalle  
Einreicher: Michael Philippen, Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: kAF 0047/2022
- 7.4** zum Neubau einer Schwimmhalle  
Einreicher: Maik Hofmann, Fraktion: Bürger für Stralsund  
Vorlage: kAF 0048/2022
- 7.5** zu E-Scootern  
Einreicher: Detlef Lindner, Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: kAF 0046/2022
- 7.6** zum grünen Pfeil  
Einreicher: Kerstin Chill, Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: kAF 0054/2022
- 7.7** Rechtsabbiegerpfeil Kreuzung Knieper Damm  
Einreicher: Thoralf Pieper, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: kAF 0060/2022
- 7.8** Unfallgeschehen im Bereich des Fußgängerüberweges  
Friedrich-Engels-Straße/ Carl-Heydemann-Ring  
Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied  
Vorlage: kAF 0049/2022
- 7.9** Entwicklung Areal ehemaliges Thälmannhaus  
Einreicherin: Friederike Fechner, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: kAF 0053/2022

- 7.10** Mehrkosten bei Bauarbeiten  
Einreicherin: Anett Kindler, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: kAF 0052/2022
- 7.11** Auswirkungen des 70+ Ticket und Erfahrungen damit während der ersten 9 Monate im Praxistest  
Einreicher: Bernd Buxbaum Fraktion DIE LINKE  
Vorlage: kAF 0055/2022
- 7.12** Schriftzug „Volkswerft“  
Einreicher: Mathias Miseler, SPD-Fraktion  
Vorlage: kAF 0058/2022
- 7.13** Kappung der Platanen in der Gerhart-Hauptmann-Straße  
Einreicherin: Ute Bartel, SPD-Fraktion  
Vorlage: kAF 0056/2022
- 7.14** zur Nutzung alter Objekte  
Einreicherin: Dr. Heike Carstensen, SPD-Fraktion  
Vorlage: kAF 0057/2022
- 7.15** Ansiedlung von XXXLutz  
Einreicher: Rüdiger Kuhn, SPD-Fraktion  
Vorlage: kAF 0059/2022
- 7.16** zur Tempo-30-Zone nach der Kreisverkehr-Ausfahrt Greifswalder Chaussee Höhe Brauerei  
Einreicherin: Heike Corinth, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: kAF 0061/2022
- 7.17** Öffnung St. Johanniskloster  
Einreicher: Dr. med. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: kAF 0065/2022
- 7.18** Erd- und Rodungsarbeiten im Bereich Barther Straße/Schwarzer Weg  
Einreicher: Jürgen Suhr, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: kAF 0066/2022
- 7.19** Verkehrssituation im Bereich Vogelwiese  
Einreicherin: Josefine Kümpers, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: kAF 0064/2022
- 7.20** Baumaßnahmen Schützenbastion und Neuer Markt  
Einreicher: Arnold von Bosse, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: kAF 0063/2022
- 7.21** Planung einer Freilufthalle in Knieper West  
Einreicher: Robert Gränert, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: kAF 0062/2022

- 8** Einwohnerfragestunde
- 9** Anträge
  - 9.1** Ausbau Fahrradstraßen  
Einreicher: Ralf Klingschat, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0065/2022
  - 9.2** Überarbeitung Gestaltungssatzung  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0066/2022
  - 9.3** Corporate Design der Hansestadt Stralsund und ihrer Unternehmen  
Einreicher: Michael Liebeskind, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0067/2022
  - 9.4** Satzung über die Erhebung einer Übernachtungssteuer  
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund, EBM Michael Adomeit  
Vorlage: AN 0076/2022
  - 9.5** AGH - Maßnahmen erhalten  
Einreicher: Fraktion DIE LINKE  
Vorlage: AN 0086/2022
  - 9.6** Für zivile Produktion auf dem Areal der Volkswerft  
Einreicher: Fraktion DIE LINKE  
Vorlage: AN 0085/2022
  - 9.7** Wiederherstellung des ursprünglichen Namens „Volkswerft“  
Einreicher: Fraktion DIE LINKE  
Vorlage: AN 0084/2022
  - 9.8** Konzept für die Entwicklung des Areals der Volkswerft  
Einreicher: Fraktion DIE LINKE  
Vorlage: AN 0083/2022
  - 9.9** Förderung von Balkonkraftwerken (BKW)  
Einreicher: Mathias Miseler, SPD-Fraktion  
Vorlage: AN 0087/2022
  - 9.10** Ausbau Feuerwehrstrukturen im Stadtgebiet  
Einreicher: Mathias Miseler, SPD-Fraktion  
Vorlage: AN 0088/2022
  - 9.11** Übungsgelände für Freiwillige Feuerwehr  
Einreicherin: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0094/2022
  - 9.12** kostenloser Nahverkehr 70+  
Einreicher CDU/FDP-Fraktion, Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: AN 0092/2022
  - 9.13** Erarbeitung Papierkorbkonzept  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0095/2022

- 9.14** öffentliches WC an der Sundpromenade  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0090/2022
- 9.15** Aufstellen von Smartbänken  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0091/2022
- 9.16** Entwicklung Webseiten der Stralsunder Schulen  
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE  
PARTEI  
Vorlage: AN 0093/2022
- 9.17** zu den Betriebskosten REWA für die 3. Filterstufe  
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: AN 0081/2022
- 9.18** zu Sport Live  
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: AN 0082/2022
- 9.19** Fortsetzung des Projekts „StralDigital“  
Einreicher SPD-Fraktion  
Vorlage: AN 0042/2022
- 9.20** Wahl zweier Mitglieder in den Ausschuss für Familie,  
Soziales und Gleichstellung  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0068/2022
- 9.21** Wahl zweier Vertreter in den Ausschuss für Familie, Soziales  
und Gleichstellung  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0069/2022
- 9.22** Wahl eines Mitglieds in den Ausschuss für Wirtschaft,  
Tourismus und Gesellschafteraufgaben  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0070/2022
- 9.23** Wahl eines Vertreters in den Ausschuss für Wirtschaft,  
Tourismus und Gesellschafteraufgaben  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0071/2022
- 9.24** Wahl eines Mitglied in den Ausschuss für Sicherheit und  
Ordnung  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0072/2022
- 9.25** Wahl einer Vertreterin in den Ausschuss für Sicherheit und  
Ordnung  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0073/2022

- 9.26** Wahl eines Mitgliedes in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung  
Einreicher: Fraktion AfD  
Vorlage: AN 0097/2022
- 9.27** Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung  
Einreicher: Fraktion DIE LINKE  
Vorlage: AN 0077/2022
- 9.28** Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes in den Betriebsausschuss  
Einreicher: Fraktion DIE LINKE  
Vorlage: AN 0078/2022
- 9.29** Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes in den Ausschuss für Stadtmarketing  
Einreicher: Fraktion DIE LINKE  
Vorlage: AN 0079/2022
- 9.30** Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für die Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindetages  
Einreicher: Fraktion DIE LINKE  
Vorlage: AN 0080/2022
- 9.31** Engagement Fosen Yard in Stralsund  
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: DAn 0008/2022
- 10** Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses und des Oberbürgermeisters
- 11** Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung
- 12** Behandlung von Vorlagen
- 12.1** Bebauungsplan Nr. 3.7 "Gewerbegebiet Stralsund Süd" der Hansestadt Stralsund, Abwägungs- und Satzungsbeschluss  
Vorlage: B 0024/2022
- 12.2** Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 22 „Wohnbebauung südlich des Tribseer Damms 54 bis 57“ der Hansestadt Stralsund, Abwägungs- und Satzungsbeschluss  
Vorlage: B 0030/2022
- 12.3** Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 21 „Seniorenwohnanlage mit Pflegeeinrichtung nördlich der Werftstraße“ der Hansestadt Stralsund, Abwägungs- und Satzungsbeschluss  
Vorlage: B 0032/2022
- 12.4** Dritte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Hansestadt Stralsund (Straßensondernutzungsgebührensatzung)  
Vorlage: B 0033/2022

- 12.5** Annahme einer Geldspende an den Zoo in Höhe von 10.000,- €  
Vorlage: B 0204/2021
- 12.6** Bestellung Gleichstellungsbeauftragte  
Vorlage: B 0035/2022
- 13** Verschiedenes
- 14** Ausschluss der Öffentlichkeit, Eintritt in den nichtöffentlichen Teil
- 16** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntmachung der Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil
- 17** Schluss der Sitzung

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Präsident der Bürgerschaft stellt die ordnungsgemäße Ladung fest und gibt bekannt, dass zu Beginn der Sitzung 38 Bürgerschaftsmitglieder anwesend sind, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird im Auftrag der Hansestadt Stralsund live in das Internet übertragen.

Der Videomitschnitt des öffentlichen Teils wird zudem ab 10.06.2022 auf der Internetseite der Hansestadt Stralsund zur Verfügung gestellt.

Er geht davon aus, dass keine Einwände seitens der Mitglieder der Bürgerschaft dagegen bestehen.

Darüber hinaus gibt der Präsident bekannt, dass durch Grimmen TV angekündigt wurde, die 05. Sitzung der Bürgerschaft über soziale Medien live zu übertragen.

Zudem ist durch die Ostseezeitung ein Tonmitschnitt der Bürgerschaftssitzung angekündigt worden.

Abschließend weist er in Bezug auf stattfindende Film- und Tonaufnahmen auf das Vetorecht der Bürgerschaft nach § 29 Absatz 5 KV MV hin.

## **zu 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung**

### **Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung der Sitzung der Bürgerschaft am 09.06.2022 um die Vorlage B 0019/2022 Vorlage: AN 0096/2022**

Der Präsident teilt mit, dass zur Sitzung ein Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung um die Vorlage B 0019/2022 vorliegt und lässt gem. § 29 Abs. 4 Kommunalverfassung M-V (KV M-V) darüber abstimmen:

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter  
2022-VII-05-0862

Die Vorlage B 0019/2022 wird unter TOP 15.3.10 in die Tagesordnung eingereiht.

Herr Suhr begründet die Dringlichkeit des vorliegenden Dringlichkeitsantrages DAn 0008/2022.

Herr Paul lässt die Bürgerschaftsmitglieder gem. § 29 Abs. 4 KV M-V über die Erweiterung der Tagesordnung um den Dringlichkeitsantrag DAn 0008/2022 abstimmen:

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter  
2022-VII-05-0863

Der Dringlichkeitsantrag DAn 0008/2022 wird unter TOP 9.31 in die Tagesordnung eingereiht.

Herr Paul teilt mit, dass durch die Verwaltung die Vorlage B 0031/2022, eingeordnet unter TOP 15.3.6, zurückgezogen wird.

Herr Buxbaum beantragt aufgrund des sachlichen Bezugs die zusammenhängende Behandlung der kleinen Anfrage kAF 0055/2022, TOP 7.11, mit dem Antrag AN 0092/2022, TOP 9.12.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

### **zu 3 Beschlussfassung über die Tagesordnung und Eintritt in die Tagesordnung**

Der Präsident stellt die vorliegende Tagesordnung einschließlich der zuvor gefassten Beschlüsse zur Abstimmung:

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2022-VII-05-0864

### **zu 4 Billigung der Niederschrift der 04. Sitzung vom 07.04.2022**

Herr Paul lässt über die Niederschrift der 04. Sitzung der Bürgerschaft vom 07.04.2022 abstimmen:

Die Niederschrift der 04. Sitzung der Bürgerschaft vom 07.04.2022 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2022-VII-05-0865

### **zu 5 Mitteilungen des Präsidenten**

Der Präsident teilt wie folgt mit:

Zu der am 08.05.2022 durchgeführten **Wahl zum Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund** hat der Gemeindewahlausschuss in seiner Sitzung am 11.05.2022 festgestellt, dass Herr Dr.-Ing. Alexander Badrow die erforderliche Mehrheit von mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erreicht hat und damit zum Oberbürgermeister gewählt worden ist.

Mit Schreiben vom 01.06.2022 teilt die Gemeindewahlleitung mit, dass gegen die Gültigkeit dieser Wahl ein Einspruch vorliegt. Für die Entscheidung über diesen Einspruch ist die Gemeindevertretung zuständig.

Durch die Gemeindewahlleitung wird derzeit der Einspruch geprüft und der Bürgerschaft das Ergebnis der Prüfung zeitnah übergeben.

Herr Paul bittet um Kenntnisnahme.

Zugegangen ist den Mitgliedern der Bürgerschaft in Umsetzung des Beschlusses **2015-VI-08-0276** der 1. Quartalsbericht 2022 der Geschäftsführung der Theater Vorpommern GmbH.

Ebenfalls zugegangen ist der **Jahresbericht 2021** des Welterbe-Beirates der Hansestadt Stralsund mit Darstellung der umfassenden Tätigkeit des Gremiums. Herr Paul dankt an dieser Stelle den Mitgliedern für die geleistete Arbeit.

Er bittet auch hier um entsprechende Kenntnisnahme.

Gemäß Schriftsätzen der Verwaltung ist die Umsetzung von Beschlüssen der Bürgerschaft bekannt gegeben worden. Dies betrifft den folgenden Beschluss:

Stiftungsverzeichnis auf der Webseite der Hansestadt (2022-VII-03-0816)

- Es wird mitgeteilt, dass in der Kalenderwoche 15 eine Übersicht aller Stiftungen mit Sitz in der Hansestadt Stralsund veröffentlicht worden ist.

Der Präsident bittet um Kenntnisnahme der Umsetzung des Beschlusses. Der Schriftsatz liegt den Mitgliedern der Bürgerschaft vor.

Die Fachausschüsse der Bürgerschaft haben zudem die folgenden an sie verwiesenen Anträge und Themen beraten und im Ergebnis als umgesetzt betrachtet bzw. der Bürgerschaft entsprechende Empfehlungen unterbreitet:

Schaffung einer Elektroladesäulen-Infrastruktur (2021-VII-06-0547)

Abgabe von Fundsachen in der Hansestadt Stralsund (2022-VII-03-0812)

Straßenbahn zwischen neuer Markt und Hauptbahnhof (2018-VI-05-0801)

Wegebefestigung Maxim-Gorki-Straße (2022-VII-01-0786)

Neubau eines Stadttors zur 800-Jahrfeier (2022-VII-03-0813)

Mehrsprachigkeit in Museen (2022-VII-03-0814)

Bereichsschutz für die Sarnowstraße (2022-VII-04-0850)

sowie Entfernung der Gedenkplatte Ewert (2021-VII-06-0553)

In allen Fällen haben die Fachausschüsse die Angelegenheiten für erledigt erklärt und empfehlen der Bürgerschaft, die Themen nicht weiter zu verfolgen. Die Schriftsätze zu den genannten Sachverhalten liegen den Mitgliedern der Bürgerschaft vor. Herr Paul bittet um Kenntnisnahme.

Nachfolgend gibt der Präsident bekannt, dass folgende Mandate niedergelegt wurden:

Herr Mathias Reeck als Mitglied im Ausschuss für Familie, Soziales und Gleichstellung sowie als Vertreter im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben

Frau Kerstin Friesenhahn als Mitglied im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung sowie als Vertreterin im Ausschuss für Familie, Soziales und Gleichstellung

Herr Andreas Redlich als Vertreter im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung

Frau Anne Zabel als Vertreterin im Ausschuss für Familie, Soziales und Gleichstellung

Herr Peter Paul als Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben sowie als Mitglied im Ausschuss für Familie, Soziales und Gleichstellung

Herr Frank Fanter als Mitglied im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung

sowie Herr Reinhard Rathel als Vertreter im Ausschuss für Sport sowie als Vertreter im Betriebsausschuss

Abschließend blickt der Präsident auf die Veranstaltung am 09.05.2022 anlässlich des Europatages auf dem Alten Markt zurück.

Er dankt allen Beteiligten für die sehr ansprechende Installation und gelungene Darstellung der europäischen Flagge mit den Stralsunder Sternen, was für eine entsprechende Stimmung und tolle Bilder gesorgt hat.

Mit den Grußworten und Redebeiträgen wurde insbesondere die europäische Erfolgsgeschichte gewürdigt, aber auch der Blick auf die Zerbrechlichkeit dieses Bündnisses und die Notwendigkeit des steten Handelns für die Wahrung der europäischen Werte gerichtet.

Enttäuschend für Herrn Paul war jedoch, dass die Mitglieder der Bürgerschaft einstimmig am 07.04.2022 dafür votierten, an diesem Tag ein Zeichen für Europa zu setzen. Am Europatag selbst war vom überwiegenden Teil der 43 Mitglieder der Bürgerschaft allerdings kein Zeichen zu sehen. Diese Passivität kritisiert er ausdrücklich an dieser Stelle.

## **zu 6            Mitteilungen des Oberbürgermeisters**

Der Oberbürgermeister teilt wie folgt mit:

### Stralsunder Blaulichtmeile

Am 21. Mai fand auf dem Gelände des Strelaparks die erste Stralsunder Blaulichtmeile statt. Auf den Aufruf zur Teilnahme hatten sich viele Institutionen und Vereine aus Stralsund sowie Landes- und Bundesbehörden gemeldet. Alle hielten Mitmachangebote bereit, bei denen die Besucher die Arbeit der "Blaulichter" live erleben konnten. Beim THW ging z.B. ein Such-Roboter in einem Wassercontainer auf Tauchstation. Eine Hundestaffel war vor Ort. Es wurden Mitfahrten mit dem Ölwehr-Kettenfahrzeug oder einem Tanklösch-Oldtimer angeboten. Die Stralsunder Feuerwehr demonstrierte Löschvorführungen und die Lehrlinge des Wasserschiffahrtsamtes führten kleine selbst gebaute Experimente vor.

Der Oberbürgermeister dankt auf diesem Wege allen Mitwirkenden sehr herzlich: dem ASB Nord-Ost, der Johanniter-Hundestaffel, der Marinetechnikschule Parow, der Bundeswehr, der Polizei Stralsund, der Wasserschutzpolizei Stralsund, der Bundespolizei, dem Wasserschiffahrtsamt Stralsund, der Berufsfeuerwehr Stralsund, der REWA-Wasserbar, dem Zoll Stralsund, dem Technisches Hilfswerk Stralsund sowie dem Helios Hanseklinikum.

### Hafentage Stralsund 2022

Vom 9. bis 12. Juni kehren die Hafentage zurück an die Stralsunder Kaikante. Dieses Mal nicht auf der Nördlichen Hafeninsel, da diese ja gerade saniert wird, sondern entlang der Sundpromenade und auf der Wiese vor dem Hansa-Gymnasium.

Das Angebot "auf dem Trockenen" reicht von Händlern und Austellern des "Kiek in - Der Küstenmarkt", über Gastronomie bis hin zu einem Bühnenprogramm mit zahlreichen Bands, Tanz- und Kulturgruppen und DJ's an allen vier Tagen. Hervorzuheben ist das "Bühne Blechwerk Music Open Air @ Hafentage Stralsund" am Freitag und Samstag, das durch das große Engagement des MuKuBi Stralsund e.V. möglich wird.

Auch der Küstenkosmos als Netzwerk junger Stralsunder Unternehmen und Freischaffender ist wieder mit an Bord und im Bereich des Thälmann-Denkmal zu finden.

Zu Wasser ist die Marinetechnikschule Parow mit ihren Seenotrettungsübungen zu erleben. Die Sundpaddler bieten geführte Stadttouren mit dem Kajak an. Ein Schiffsmodellbauer lässt seine Miniaturboote zu Wasser. Der Stralsunder Kanu Club öffnet seine Türen und bietet Schnuppertrainings und Bootsausfahrten an.

An allen Abenden werden das Hansa-Gymnasium und die Baumallee entlang der Sundpromenade stimmungsvoll beleuchtet.  
Ausführliche Informationen zu den Hafentagen Stralsund 2022 sind auf [www.hafentage-stralsund.de](http://www.hafentage-stralsund.de) zu finden.

### Graffiti zu Ehren von Andreas Behm

Am Eingang zur Jahn-Sportstätte hat der bekannte Graffiti-Künstler Marcel Kutz den großen Sportler Stralsunds, Andreas Behm, in einem großflächigen Graffiti verewigt.

Dieses zielt nun die Trainings- und Wettkampfstätte, an der Deutschlands erfolgreichster Gewichtheber trainiert und gewirkt hat, zur Erinnerung und als Inspiration und Ansporn für alle Sportlerinnen und Sportler, die hier trainieren. Und die vielleicht künftig auch "zum Behmi" gehen, wenn sie die Sportstätte besuchen. Der Oberbürgermeister ist sehr erfreut über diese schöne und angemessene Würdigung.

## **zu 7       Anfragen**

### **zu 7.1       Sachstand Kommunalen Ordnungsdienst Einreicherin: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion Vorlage: KAF 0043/2022**

Anfrage:

1. Woran scheiterte der Einsatz bislang?
2. Zu wann ist mit dem Einsatz des Kommunalen Ordnungsdienstes zu rechnen?

Herr Gawoehns antwortet wie folgt:

Die besagten Stellen für den Kommunalen Ordnungsdienst sind im Stellenplan der Hansestadt vorhanden. Sie sind bisher aus reinen Haushaltsgründen, bezogen auf den Gesamthaushalt der Stadt nicht besetzt worden.

Die Stellen befinden sich derzeit in der internen Ausschreibung und werden ggf. auch noch öffentlich ausgeschrieben.

Frau von Allwörden hat keine Nachfrage.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

### **zu 7.2       Sirenenwarnanlagen Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion Vorlage: KAF 0044/2022**

Anfrage:

1. Wie ist der Stand der Umsetzung?
2. Welche Standorte sind für die Anbringung von Sirenenwarnanlagen vorgesehen?

Herr Tanschus antwortet wie folgt:

Nach dem Erhalt der Fördermittelbescheide wurde mit der Umsetzung dahingehend begonnen, dass sich die zuständigen Abteilungen der Verwaltung ins Benehmen gesetzt haben. Federführend liegt die Bearbeitung nunmehr beim ZGM. Dies ist auch daher begründet, dass ein großer Anteil der potentiellen Sirenenstandorte auf städtischen Gebäuden errichtet werden sollen. Die genauen Standorte können erst nach der konkreten Beauftragung einer Errichterfirma benannt werden, da voraussichtlich eine detaillierte Schallberechnung notwendig sein wird. Bisher wurde auf Arbeitsebene mit den in der folgenden Liste aufgeführten Standorten gemäß einer ersten groben Schallberechnung gearbeitet. Die geplanten Standorte lauten:

Fährwall,  
Bielkenhagen,  
Frankenwall,  
Hafenstraße,  
Frankendamm,  
Werftstraße,  
Bauhofstraße,  
2 mal Greifswalder Chaussee,  
Deviner Weg,  
Jaromarstraße  
Carl-Heydemann-Ring,  
Rostocker Chaussee,  
Mühlgrabenstraße,  
An den Bleichen,  
Arnold-Zweig-Straße,  
Hans Fallada Straße,  
Wallensteinstraße,  
Rudolf-Virchow-Straße und  
Zur Schwedenschanze.

Herr Bauschke hat keine Nachfrage.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.3 zur Beachvolleyballhalle**  
**Einreicher: Michael Philippen, Fraktion Bürger für Stralsund**  
**Vorlage: kAF 0047/2022**

Anfrage:

Wie sieht es mit der Errichtung einer Beachvolleyballhalle in Stralsund aus?

Frau Dr. Gelinek beantwortet die kleine Anfrage wie folgt:

Im Frühjahr 2020 legten die Interessenvertreter eine Machbarkeitsstudie für eine Beachhalle Vorpommern-Rügen, die durch den Stralsunder Volleyballverein e.V. erstellt und den Strukturfond Vorpommern finanziert wurde, vor. Diese Studie wurde der Verwaltung vorgestellt und die einzelnen Aspekte eingehend beraten.

In der Studie werden zwei mögliche Standorte, die Kosten für einen Neubau sowie die Finanzierung für eine Betreuung dargestellt.

Als mögliche Standorte wurden der Dänholm und das Strandbad vorgeschlagen. Die Kosten für einen Neubau einer einfach gestalteten Halle mit Satteldach belaufen sich auf ca. 1,2 Mio. Euro, die Kosten für eine optisch ansprechende Flachdachhalle in Holzbauweise belaufen sich auf ca. 6,7 Mio. Euro (Stand Oktober 2019).

In der Betrachtung der Nutzungsoptionen wurde ein verstärkter Fokus neben einer sportlichen Nutzung auch auf eine kommerzielle Nutzung, z.B. durch Konzertevents, Live Entertainment, Tagungen, Kongresse und Gastronomie, gelegt. Die Studie zeigte, dass sich nur die einfachere Variante 1 der Beachhalle finanzieren und die Baukosten durch Eigenbetrieb durch die Initiatoren tragen kann. Bei Variante 2 kann der Betrieb, jedoch nicht die Errichtung selbst getragen werden.

Da noch Unklarheiten über die Belastbarkeit der Kostenansätze und der kalkulierten Einnahmen bestanden, erging die Bitte an die Initiatoren, die möglichen laufenden Kosten und zu erwartenden Einnahmen nochmals detaillierter zu kalkulieren und ein Modell zur Realisierung und Finanzierung unter Beteiligung der Stadt sowie ein Modell für den Betrieb zu berechnen.

Im Mai 2022 wurden diese Umsetzungsbetrachtungen für die Beachhalle Vorpommern Rügen vorgelegt und vorgestellt.

Diese Daten werden als realistisch bewertet und es wurden, darauf aufbauend, weitere Gespräche vereinbart. Zu klären sind nun insbesondere die Nutzung für den Sportunterricht der weiterführenden Schulen, die möglichen Standorte unter Berücksichtigung der Erreichbarkeit für Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Schulalltags sowie die Bebaubarkeit nach Baurecht.

Herr Philippen hat keine Nachfrage.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.4 zum Neubau einer Schwimmhalle**  
**Einreicher: Maik Hofmann, Fraktion: Bürger für Stralsund**  
**Vorlage: kAF 0048/2022**

Anfrage:

Wie ist der Stand der Planungen für den Neubau einer Schwimmhalle?

Frau Dr. Gelinek antwortet wie folgt:

Im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022 und Folgejahre wurden für die Planung einer Schwimmhalle unter der HH-Stelle 42.4.01.01.1 für das Jahr 2023 25.000,00 Euro eingestellt.

Zudem wurden bereits mit diversen Planungsfirmen Vorgespräche zur Erstellung der notwendigen Leistungsverzeichnisse geführt. Dabei wurden zwei wesentliche Aspekte betrachtet: zum einen werden verschiedene Modelle zu Größe und Multifunktionalität geprüft und die Auswirkungen auf die Baukosten ermittelt. Zum anderen werden die Betriebskosten, die sich aus der Betreibung der Anlage und dem Betrieb der verschiedenen Funktionen ergeben, eingehend durchleuchtet.

Die dafür zur Verfügung gestellten Planungskosten werden als zum jetzigen Zeitpunkt realistisch angesehen.

Herr Hofmann dankt für die Beantwortung und erfragt, ob in der Planungsphase bereits eine Kontaktaufnahme mit dem Hansedom erfolgt ist, da die Verträge im Jahr 2028 auslaufen.

Frau Dr. Gelinek merkt an, dass generell ein enger Kontakt zum Hansedom besteht, auch zur Option eines Schwimmhallenneubaus. Derzeit gilt es, die realistischen Möglichkeiten und die Betreiberfrage zu eruieren.

Herr Hofmann erkundigt sich, ob die Vereine rechtzeitig beteiligt werden und der Mehrbedarf an Flächen in der Planung mitberücksichtigt wird.

Frau Dr. Gelinek berichtet, dass die bestehenden Bedarfe an Wasserflächen gemeinsam mit dem Ausschuss für Sport von den Vereinen erfragt wurden. Diese Ergebnisse fließen in die Planung mit ein.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.5 zu E-Scootern**  
**Einreicher: Detlef Lindner, Fraktion Bürger für Stralsund**  
**Vorlage: kAF 0046/2022**

Anfrage:

Aus welchem Grund wurden in unserer Stadt die nächsten 100 E-Scooter zugelassen?

Herr Bogusch antwortet wie folgt:

Die einjährige Testphase mit dem ersten Anbieter wurde vereinbart, um die zwischen Anbieter und Stadt getroffenen Regelungen zu den Bediengebieten bzw. den Verbotszonen und zum Abstellen der E-Scooter zu überprüfen und ggf. Anpassungen an der Vereinbarung vornehmen zu können.

Es besteht seitens der Stadt rechtlich nicht die Möglichkeit, einen E-Scooter-Verleih komplett zu untersagen bzw. den Verleih von einem sogenannten free-floating-System auf einen standortbasierten Verleih zu ändern. Vor diesem Hintergrund wurde auch mit dem zweiten Anbieter eine gleichlautende Vereinbarung abgeschlossen, die zunächst bis zum 31.12.2022 befristet ist.

Herr Lindner hat keine Nachfrage.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.6 zum grünen Pfeil**  
**Einreicher: Kerstin Chill, Fraktion Bürger für Stralsund**  
**Vorlage: kAF 0054/2022**

Anfrage kAF 0054/2022:

1. Aus welchem Grund wurde der grüne Pfeil für Rechtsabbieger an der Kreuzung Friedrich-Engels-Str. / Knieperdamm abgebaut?
2. Soll der grüne Pfeil demnächst wieder montiert werden?

Anfrage kAF 0060/2022:

1. Wieso wurde der Rechtsabbiegerpfeil entfernt?
2. Gibt es seitens der Verwaltung das Bestreben, den Pfeil wieder zu installieren? Wenn nein, warum nicht?

Herr Bogusch beantwortet die beiden kleinen Anfragen wie folgt:

In den letzten 3 Jahren kam es an der Kreuzung Friedrich-Engels-Str./Knieperdamm zu insgesamt sieben Unfällen mit Personenschäden. Damit stellt die Kreuzung eine Unfallhäufungsstelle dar. Bei 71 % der Unfälle waren Fußgänger bzw. Radfahrer beteiligt, mehr als die Hälfte der Unfälle waren Abbiegeunfälle, u. a. auch beim Rechtsabbiegen am Grünpfeil an der Friedrich-Engels-Straße.

Gemäß Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung sind im Falle einer Häufung von Unfällen, bei denen der Grünpfeil ein unfallbegünstigender Faktor war, der Grünpfeil zu entfernen, soweit nicht verkehrstechnische Verbesserungen möglich sind. Im Ergebnis der Beratung der Verkehrsunfallkommission der Hansestadt Stralsund mit Vertretern der Straßenbaubehörde, der Straßenverkehrsbehörde, dem Ordnungsamt und der Polizei wurden keine verkehrstechnischen Verbesserungsmöglichkeiten gesehen, so dass festgelegt wurde, dass der Grünpfeil entfernt wird.

Seitens der Stadt ist eine Überplanung der Verkehrsführung im gesamten Kreuzungsbereich geplant, um die Unfallgefahr weiter zu minimieren.

Es gibt keine Nachfragen seitens der Einreichenden.

Herr Adomeit kritisiert die fehlenden Kontrollen durch die Polizei.

Herr Bogusch stellt klar, dass das Unfallgeschehen zunächst aus dem Fehlverhalten der Kfz-Nutzer resultiert.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.7      Rechtsabbiegerpfeil Kreuzung Knieper Damm  
Einreicher: Thoralf Pieper, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: kAF 0060/2022**

Die Anfrage wurde zusammen mit der kleinen Anfrage kAF 0054/2022 beantwortet.

**zu 7.8      Unfallgeschehen im Bereich des Fußgängerüberweges Friedrich-Engels-  
Straße/ Carl-Heydemann-Ring  
Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied  
Vorlage: kAF 0049/2022**

Anfrage:

Wie gestaltete sich das Unfallgeschehen am Fußgängerüberweg (FGÜ) im Bereich der Friedrich-Engels-Straße / Carl-Heydemann-Ring innerhalb der letzten 2 Jahre?

Herr Bogusch beantwortet die kleine Anfrage wie folgt:

In den letzten 2 Jahren wurden im Bereich des Fußgängerüberweges Friedrich-Engels-Straße/Carl-Heydemann-Ring zwei Unfälle polizeilich erfasst. Im März 2020 kam es zu einem Auffahrunfall Pkw/Pkw vor dem Fußgängerüberweg in Richtung Carl-Heydemann-Ring mit einer leicht verletzten Person und aktuell im Mai 2022 zu einem weiteren Unfall, bei dem eine Radfahlerin aus dem Martinsgarten kommend am Fußgängerüberweg gegen einen vorbeifahrenden Bus gestoßen ist, ca. auf Höhe der Mitte des Busses. Die Radfahlerin wurde hierbei verletzt.

Herr Adomeit hat keine Nachfrage.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.9      Entwicklung Areal ehemaliges Thälmannhaus**  
**Einreicherin: Friederike Fechner, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE**  
**PARTEI**  
**Vorlage: kAF 0053/2022**

Anfrage:

1. Befindet sich das Areal (Flurstück 67/1 der Flur 12), auf dem einst das Thälmannhaus gestanden hat, noch immer in Privatbesitz?
2. Wenn ja, sind der Stadtverwaltung aktuelle Entwicklungsabsichten der Eigentümerin oder des Eigentümers bekannt und wenn ja, welche?
3. Wenn nein, was plant die Stadtverwaltung künftig auf und mit diesem Grundstück?

Herr Dr. Raith antwortet wie folgt:

Gegenüber den in der Bürgerschaft am 21.01.2021 unter TOP 7.3 gegebenen Aussagen gibt es keinen neuen Sachstand. D.h. die Antworten lauten immer noch:

zu 1.: Ja, die Fläche ist in Privatbesitz.

zu 2.: Nein, dem Amt für Planung und Bau sind keine Entwicklungsabsichten der Eigentümerin bekannt.

zu 3.: Da es sich nicht um einen städtebaulichen Missstand handelt, gibt es derzeit keine planerischen Bestrebungen seitens der Verwaltung.

Frau Fechner erfragt, ob die Verwaltung aktiv auf die Eigentümer zugegangen ist.

Herr Dr. Raith stellt klar, dass es sich um keinen städtebaulichen Missstand handelt, daher sind keine Aktivitäten seitens der Stadt erforderlich.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.10      Mehrkosten bei Bauarbeiten**  
**Einreicherin: Anett Kindler, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**  
**Vorlage: kAF 0052/2022**

Anfrage:

1. Mit welchen Mehrkosten ist bei laufenden Bauarbeiten in Stralsund, wie etwa bei der Sanierung der Hafeninsel, der Sanierung des Strandbades oder des Tribseer Dammes/Rostocker Chaussee, zu rechnen?
2. Wie sollen diese Kosten gedeckt werden, und sind etwaige Fördermittelgeber über die Kostensteigerungen informiert worden?
3. Kommt es durch die Mehrkosten zu Veränderungen, Verzögerungen oder Einschränkungen bei den Bauarbeiten?

Herr Bogusch antwortet wie folgt:

Bei der Baumaßnahme „Tribseer Damm 3.BA“ wird derzeit von keinen Mehrkosten und zeitlichen Verschiebungen ausgegangen.

Bei der Baumaßnahme „Nördliche Hafeninsel“ liegen Anzeigen der Auftragnehmer bezüglich aufgetretener Materialpreissteigerungen vor. Die vertragsrechtlichen Prüfungen von Anspruchsgrundlage und -höhe werden vorgenommen und dauern noch an. Erst nach Abschluss dieser Prüfungen kann festgestellt werden, ob und in welcher Höhe Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt entstehen werden. Vorsorglich wurden bereits in 2021 zusätzliche Eigenanteile der Stadt eingestellt. Eine zeitliche Verschiebung aufgrund von

Materialengpässen liegt derzeit nicht vor. Die bisher eingetretene zeitliche Verschiebung von ca. 4 Wochen ist auf Witterungsbedingungen zurückzuführen.

Beim Bauvorhaben „Freizeitbereich Sundpromenade, 1. BA“ gibt es bis jetzt einen Nachtrag wegen gestiegener Preise infolge des Ukraine-Krieges für das Los 3 - Stahlbau. Dieser Nachtrag bezieht sich auf die mobilen Treppen, welche aus Edelstahl gefertigt werden. Es treten Mehrkosten für die Stadt in Höhe von rund 34.000 € auf. Die mobilen Treppen sind rechtzeitig bis zum Sundschwimmen einsatzbereit.

Die Hansestadt Stralsund wird die Mehrkosten beim Fördermittelgeber anzeigen mit dem Ziel, Fördermittel für die Mehrkosten zu erlangen.

Bei den übrigen städtischen Straßenbaumaßnahmen liegen derzeit keine Preissteigerungen oder zeitlichen Verzögerungen wegen gestiegener Materialpreise vor.

Frau Kindler dankt für die Beantwortung und hat keine Nachfrage.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.11      Auswirkungen des 70+ Ticket und Erfahrungen damit während der ersten 9 Monate im Praxistest**  
**Einreicher: Bernd Buxbaum Fraktion DIE LINKE**  
**Vorlage: kAF 0055/2022**

Anfrage:

Im vergangenen Jahr ist das 70+ Ticket bzw. „Seniorenticket“ für die Einwohnerinnen und Einwohner der Hansestadt Stralsund, die über 70 Jahre alt sind, eingeführt worden.

1. Welche Erfahrungen sind in diesem Zusammenhang im ÖPNV für die Hansestadt Stralsund gemacht worden?
2. Wie viele Nutzer haben ein 70+ Ticket beantragt und welche finanziellen Aufwendungen waren dafür notwendig?
3. Wie hat sich die Nutzung des 70+ Tickets auf die Fahrgastanzahlen zu unterschiedlichen Tageszeiten und Strecken ausgewirkt?

Herr Bogusch beantwortet die Fragen wie folgt:

zu 1.:

Aus Sicht der Verwaltung hat sich das 70+ - Ticket bewährt. Das 70+ - Ticket wird positiv von der Bevölkerung angenommen. Die Vergabe und die Nutzung des 70+ - Tickets verlaufen problemlos. Die Stadtverwaltung plant daher, das Angebot 70+ - Ticket über den derzeitigen Zeitraum bis Ende September 2022 hinaus zu verlängern. Dabei wird auch geprüft, eine kostenlose oder zumindest fahrpreisreduzierte Personenbeförderung auch für weitere Nutzergruppen einzuführen. Dies könnte z.B. in Anlehnung an das 9 Euro-Ticket erfolgen.

zu 2.:

Von den rund 12.000 anspruchsberechtigten Einwohnern der Hansestadt Stralsund haben mit Stand Mai 2022 8.701 Personen das 70+ - Ticket erhalten. Die Kosten für das 70+ - Ticket betragen für die ersten 9 Monate rd. 1,52 Mio €. Die Stadtverwaltung geht nach Auswertung der derzeitigen Nutzung des 70+ - Tickets davon aus, dass Kosteneinsparungen zukünftig erzielt werden können. Dabei kommen der Hansestadt Stralsund auch Verrechnungsmöglichkeiten mit dem 9 Euro – Ticket zu gute. Geprüft wird noch, welche Auswirkung die landesweit geplante Einführung eines 365 Euro –Tickets für Senioren in Mecklenburg-Vorpommern hat.

zu 3.:

Ein Vergleich der Bus-Nutzung durch Fahrgäste 70+ vor und nach der Einführung des 70+ - Tickets ist nur eingeschränkt möglich. Zum einen wird das Alter der Fahrgäste beim Fahrscheinverkauf nicht erfasst, so dass nicht bekannt ist, wie viele Fahrten die Altersgruppe 70+ vor Einführung des 70+ - Tickets gemacht hat, zum anderen hat sich die Corona-Pandemie insgesamt negativ auf die Busnutzung ausgewirkt. Es lässt sich aber sagen, dass die Inhaber des 70+ - Tickets über 410.000 Fahrten seit Einführung des Tickets im September 2021 bis Ende Mai 2022 gemacht haben, dies entspricht durchschnittlich rd. 1.500 Fahrten pro Tag mit leicht steigender Tendenz.

Die meisten erfassten Fahrten erfolgten auf den Linien 3 und 4 (zusammen ca. 85%) sowie auf der Linie 6 (weitere 9%). Dieses Nutzungsverhalten entspricht dem Fahrplanangebot, da auf diesen 3 Linien knapp 80% der im Stadtgebiet angebotenen Fahrten durchgeführt werden. Die tageszeitliche Betrachtung weist eine Nutzungsspitze zwischen 09:00 und 12:00 Uhr auf (ca. 43% der Tagesnutzungen), nachmittags ist zunächst eine relativ gleichmäßige Nutzung zu verzeichnen, die ab 15:00 Uhr stetig abnimmt. Die Einführung des 70+ - Tickets hat somit auch zu keiner Überlastung der Busse geführt, eine Erweiterung der Beförderungskapazitäten war nicht erforderlich.

Herr Buxbaum dankt für die Beantwortung.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.12 Schriftzug „Volkswerft“**  
**Einreicher: Mathias Miseler, SPD-Fraktion**  
**Vorlage: kAF 0058/2022**

Anfrage:

Ist es vorgesehen und angesichts differenzierter Nutzungen sinnvoll, an der großen Werfthalle wieder den Schriftzug „Volkswerft“ anzubringen?  
Wenn ja – wann und mit welchem Kostenaufwand soll dies geschehen?

Frau Dr. Gelinek beantwortet die Anfrage wie folgt:

Ja, es ist vorgesehen, einem neu zu entwickelnden Corporate Design für den „Maritimen Industrie- und Gewerbehafen Volkswerft“ folgend, die Beschriftung auf der Werft anzupassen und auch künftig einen entsprechenden Schriftzug an der großen Schiffbauhalle anzubringen.

Es ist jedoch hoffentlich nachvollziehbar, dass zurzeit die beschränkten personellen und finanziellen Ressourcen vollständig auf die Vermarktung der Flächen, die Ansiedlung von Unternehmen, die Instandhaltung des enormen Areals sowie auf die Senkung der laufenden Kosten konzentriert werden. Dies schuldet die Verwaltung allen, den ehemaligen Beschäftigten (wegen möglicher neuer Jobs) sowie allen Stralsunderinnen und Stralsundern, die berechtigterweise hohe Erwartungen in den Erfolg des Erwerbs des Geländes haben. Über die Art der Beschriftung, die Zeitschiene für eine Umsetzung sowie die dabei anfallenden Kosten können daher noch keine Aussagen gemacht werden. Der zeitweilige Ausschuss Volkswerft wird rechtzeitig über eine Neubeschriftung informiert.

Herr Miseler hat keine Nachfrage.

Eine Aussprache ist nicht beantragt.

**zu 7.13 Kappung der Platanen in der Gerhart-Hauptmann-Straße**  
**Einreicherin: Ute Bartel, SPD-Fraktion**  
**Vorlage: kAF 0056/2022**

Anfrage:

1. Wieso wurden die Platanen in der Gerhart-Hauptmann-Straße gekappt/gestutzt?
2. Ist beabsichtigt, dies zu wiederholen, sobald die Baumkronen erneut ergrünen?

Frau Waschki antwortet wie folgt:

zu 1.:

Die Platanen in der Gehart-Hauptmann-Straße wurden zu Kandelaberformen erzogen, da die Baumart extrem starkwüchsig ist. Aufgrund von Beschwerden der Anwohner wurde vor ca. 15 Jahren mit dem Formschnitt begonnen. Dieser wird zum langfristigen Erhalt der Bäume regelmäßig wiederholt.

Bei dem Formschnitt werden die jungen Triebe der Platane zurückgeschnitten. Durch regelmäßige Pflege werden die Schnittwunden so klein wie möglich gehalten.

zu 2.:

Baumpflegerische Maßnahmen, die zum Erhalt und zur Alterungsfähigkeit der Bäume beitragen, werden grundsätzlich alle ein bis zwei Jahre durchgeführt. Es ist nicht beabsichtigt, die Bäume zu pflegen, sobald wieder neue Triebe ausgetrieben sind und der Baum ein grünes Kronendach entwickelt hat.

Frau Dr. Carstensen berichtet, dass es für Verwunderung gesorgt hat, dass im Frühjahr und im Herbst baumpflegerische Maßnahmen durchgeführt wurden.

Frau Waschki führt aus, dass dies im konkreten Fall keine tiefergehende Bedeutung hat.

Eine Aussprache ist nicht beantragt.

**zu 7.14 zur Nutzung alter Objekte**  
**Einreicherin: Dr. Heike Carstensen, SPD-Fraktion**  
**Vorlage: kAF 0057/2022**

Anfrage:

1. Gibt es neue Überlegungen zum Rückkauf und zur Nutzung des Rügendammbahnhofs; wenn ja, wie sehen diese aus?
2. Wie werden die Alte Schwimmhalle und das Alte E-Werk derzeit genutzt?
3. Gibt es Überlegungen, die Alte Schwimmhalle und das Alte E-Werk künftig im Rahmen der Neuplanung des Nordhafens zu nutzen?

Herr Dr. Raith antwortet wie folgt:

zu 1.:

Der Rügendammbahnhof soll durch den privaten Eigentümer zeitnah saniert bzw. umgebaut werden. Vorgesehen sind Gastronomie- bzw. Laden/Dienstleistungsflächen im Erdgeschoss sowie Beherbergungszimmer in den Obergeschossen. Da es sich dabei erkennbar um eine dem Denkmal angemessene Nutzung handelt und der Erhalt gesichert scheint, werden die Überlegungen eines Ankaufs durch die Hansestadt derzeit nicht weiterverfolgt.

zu 2. und 3.:

Der denkmalgeschützte Turm ist derzeit weitgehend ungenutzt. Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 82 „An der Dänholmstraße“ wird für den umliegenden Bereich Baurecht für eine ergänzende hochwertige / mehrgeschossige Gewerbenutzung geschaffen. Es ist beabsichtigt, den denkmalgeschützten Turm in die Gesamtmaßnahme einzubeziehen und dies als Voraussetzung bei der Grundstücksvergabe so zu berücksichtigen.

Frau Dr. Carstensen hat keine Nachfrage.

Eine Aussprache ist nicht beantragt.

**zu 7.15    Ansiedlung von XXXLutz**  
**Einreicher: Rüdiger Kuhn, SPD-Fraktion**  
**Vorlage: kAF 0059/2022**

Anfrage:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Ansiedlung von XXXLutz?
2. Hat die geplante Ansiedlung des Möbelhändlers Sconto in Greifswald einen Einfluss auf das hiesige Ansiedlungsvorhaben von XXXLutz?
3. Wie kann das Ansiedlungsvorhaben von XXXLutz gesichert werden?

Herr Dr. Raith antwortet wie folgt:

zu 1.:

Nach dem Einleitbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 23 vom Januar 2022 wurde durch den Vorhabenträger ein Planungsbüro beauftragt. Der Entwurf des Vorentwurfs für die frühzeitige Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung wird derzeit mit dem Amt für Planung und Bau abgestimmt.

zu 2.:

Die Ansiedlung von Sconto in Greifswald ist der Verwaltung seit längerem bekannt. Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald hat hierzu bereits seit 2016 einen Bebauungsplan aufgestellt, der im Rahmen des Beteiligungsverfahrens seinerzeit auch der Hansestadt Stralsund zur Kenntnis gegeben wurde.

Es sei ergänzt, dass die Unternehmensgruppe Kurt Krieger auch den Neubau eines zweiten großen Höffner Möbelhauses als Vollsortimenter mit angeschlossenen Discounter im Westen Rostocks plant (mit insg. ca. 40.000 qm Verkaufsfläche). Auf beide Planungen weist die GMA in der „Auswirkungsanalyse Ansiedlung XXXLutz und Mömax in der Hansestadt Stralsund“ unter Punkt 1.5 ausdrücklich hin. Nicht zuletzt die mit dem Ausbau steigende Anziehungskraft des Möbelstandortes Rostock begründet auch das Fazit der Gutachter, dass „Stralsund ... aus Gutachtersicht mit dem vorhandenen Möbelangebot im Stadtgebiet seinem oberzentralen Versorgungsauftrag nicht ausreichend wahrnehmen“ kann.

zu 3.:

Eine sorgfältige Betreuung und Begleitung des Planverfahrens vorausgesetzt, sind derzeit Risiken, die eine Ansiedlung final gefährden könnten, nicht erkennbar.

Herr Kuhn erfragt, ob der Kaufkraftverlust der Innenstadt beachtet worden ist.

Herr Dr. Raith erläutert, dass es eine branchenweise ausdifferenzierte Verträglichkeitsstudie gibt. Dabei sind auch die Altstadtstandorte berücksichtigt. Er weist darauf hin, dass es in der Altstadt kein klassisches Möbelsegment gibt.

Eine Aussprache ist nicht beantragt.

**zu 7.16 zur Tempo-30-Zone nach der Kreisverkehr-Ausfahrt Greifswalder Chaussee Höhe Brauerei**  
**Einreicherin: Heike Corinth, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: kAF 0061/2022**

Anfrage:

1. Warum besteht an der Kreisverkehr-Ausfahrt Greifswalder Chaussee Höhe Brauerei eine Tempo-30-Zone?
2. Wird die Tempo-30-Zone an der Kreisverkehr-Ausfahrt Greifswalder Chaussee Höhe Brauerei wieder entfernt und falls ja wann?
3. Ist es möglich, für die Tempo-30-Zone an der Kreisverkehr-Ausfahrt Greifswalder Chaussee Höhe Brauerei ein Aufhebungsschild am Ende der Tempo-30-Zone aufzustellen?

Herr Bogusch beantwortet die Fragen wie folgt:

zu 1.:

Die Einrichtung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h in Verbindung mit dem Verkehrszeichen "unebene Fahrbahn" wurde aufgrund einer Unebenheit in der Fahrbahn, die im Rahmen der Verlegung einer Gasleitung entstanden ist, aufgestellt. Durch die Überfahung der Unebenheit von Fahrzeugen kam es zu Lärmbelästigungen für Anlieger, die mit der Geschwindigkeitsreduzierung vermindert werden konnte.

zu 2.:

Die Beseitigung der Unebenheit soll durch den Verursacher bis spätestens Ende Juni erfolgen, so dass dann auch die Geschwindigkeitsreduzierung aufgehoben werden kann.

zu 3.:

Eine Aufhebung der Geschwindigkeitsreduzierung mittels Verkehrszeichen ist nicht notwendig und damit auch nicht zulässig. Werden Verkehrszeichen, die eine zulässige Höchstgeschwindigkeit vorschreiben, in Verbindung mit einem Gefahrenzeichen, wie z. B. auch die Zeichen "Arbeitsstelle" oder "Kurve", angebracht, gilt diese Geschwindigkeitsbegrenzung nur bis zum Ende der Gefahrenstelle.

Frau Corinth hat keine Nachfrage.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.17 Öffnung St. Johanniskloster**  
**Einreicher: Dr. med. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: kAF 0065/2022**

Anfrage:

1. Wann wird das Johanniskloster (Chorruine) wieder für den Publikumsverkehr geöffnet.
2. Sollte eine Öffnung noch nicht angestrebt werden, kann über eine Teilöffnung nachgedacht werden?
3. Welche Sanierungsarbeiten stehen noch an?

Bitte den Zeitplan der Restarbeiten bis zur Öffnung des Klosters darstellen.

Frau Behrendt antwortet wie folgt:

zu 1.:

Die Sanierungsmaßnahme Johanniskloster ist aufwändig und komplex. Ein Öffnungszeitpunkt kann aktuell nicht genannt werden.

zu 2.:

Es ist richtig, dass die Hansestadt Stralsund immer wieder Wünsche erreichen, Teile der derzeit geschlossenen Klosteranlage zugänglich zu machen, unter anderem vom Bürgerkomitee „Rettet die Altstadt“. Auch im Zuge der Erarbeitung des Kulturkonzeptes STRALSUND 2034 ist die Zugänglichkeit des Johannisklosters thematisiert worden, sodass die Verwaltung das Anliegen als Einzelmaßnahme aufgegriffen hat und im Konzept zur Umsetzung vorschlagen wird. Zu gewissen Anlässen, wie dem Tag des offenen Denkmals, konnte mit Unterstützung des Bürgerkomitees eine Besichtigung für Interessierte realisiert werden, jedoch mit erheblichem organisatorischen Aufwand. Es kann mitgeteilt werden, dass sich der Welterbe-Beirat verständigt hat, nach der Sommerpause gemeinsam mit dem Amt für Planung und Baut und dem ZGM darüber ins Gespräch zu kommen, ob es eine Teilöffnung, zumindest für gewisse Anlässe/Termine im Jahr trotz Baustellensituation, geben kann.

zu 3.:

Die Sanierung des Johannisklosters umfasst viele Bausteine: die Gebäude und Freiflächen der Klosteranlage, den Rosengarten und die unmittelbar anschließenden Bereiche um die Chorrueine zur Schillstraße sowie eine fußläufige Verbindung zwischen Fährwall und Schillstraße im Bereich des Rosengartens.

Ziel der geplanten Sanierung und baulichen Ergänzung sind die Bewahrung des kulturellen Erbes, der Erhalt der historischen Substanz des Johannisklosters als Geschichtszeugnis und die Präsentation dieser kulturhistorisch außergewöhnlichen Architektur für die Öffentlichkeit. Das Johanniskloster soll außerdem den Sitz des Stadtarchivs beherbergen.

Ein Zeitplan der noch ausstehenden Arbeiten bis zur Öffnung kann aktuell nicht dargestellt werden. Der nächste Baustein in der schrittweisen Sanierung der Gesamtanlage ist die Abstützung der Kirchenschiffwand. An der südlichen sowie der westlichen Kirchenschiffwand müssen außerdem Ziegel und Mauerfugen und die Mauerabdeckungen ergänzt werden. Die Realisierung der Sanierungsmaßnahme ist für 2022ff. geplant. Sie wird aktuell vorbereitet.

Herr Dr. Zabel hat keine Nachfrage.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.18 Erd- und Rodungsarbeiten im Bereich Barther Straße/Schwarzer Weg**  
**Einreicher: Jürgen Suhr, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**  
**Vorlage: KAF 0066/2022**

Anfrage:

1. Aus welchen Gründen und mit welchem Ziel sind südlich der Barther Straße in dem am Schwarzen Weg gelegenen Waldgebiet Erd- und Rodungsarbeiten vorgenommen worden, und welche Nutzungen sind für das genannte Gebiet zukünftig vorgesehen?
2. In dem genannten Gebiet liegt ein Graben, der in den Kronhalsgraben mündet. Wie schätzt die Verwaltung den ökologischen Zustand dieses Gewässers ein und sieht sie Möglichkeiten, die an einigen Stellen vorhandene Verrohrung zu beseitigen?
3. In diesem Gebiet wird an unterschiedlichen Stellen Bauschutt wie zum Beispiel Ziegelabraum oder Betonplatten gelagert. Wann ist beabsichtigt, diesen Schutt ordnungsgemäß zu entsorgen und wer ist dafür verantwortlich?

Frau Waschki antwortet wie folgt:

zu 1.:

Das Waldgebiet befindet sich nur anteilig im Besitz der Hansestadt Stralsund, insgesamt sind zwölf Eigentümer beteiligt. Die Hansestadt war von den angesprochenen Arbeiten als Flächeneigentümer zwar tlw. betroffen, selbst aber nicht tätig. Im Gebiet finden sich mehrere Entwässerungsgräben, für deren Unterhaltung der „Wasser- und Bodenverband Barthe/Küste“ zuständig ist. Die Gräben müssen regelmäßig entkrautet und entschlammt werden. Zur Durchführung dieser Arbeiten werden gewässerbegleitend mindestens 5 m breite Streifen gehölzfrei und befahrbar gehalten. Im letzten Winterhalbjahr wurden durch eine vom Wasser- und Bodenverband beauftragte Firma Wegetrassen von Bestockung freigelegt und eingeebnet. Die Waldflächen unterliegen dem Forstrecht. Eine forstliche Nutzung – auch als Natur- und Erholungswald – ist aufgrund der Eigentumsstruktur, der starken Vorbelastung durch Müll und der aufstockenden Bestände derzeit nur eingeschränkt möglich.

zu 2.:

Die Gräben, deren ökologischer Zustand sowie die Verrohrung liegen in der Verantwortung der jeweiligen Eigentümer. Zum ökologischen Zustand des Gewässers und der Gräben liegen keine Erkenntnisse vor. Wie bereits unter Pkt. 1 ausgeführt, ist die Hansestadt Stralsund nur anteilig Eigentümer des Areals. Aktuell ist aufgrund der Eigentumsstruktur und ungeklärter baulicher Verhältnisse keine Absicht bekannt, die partielle Verrohrung zu entfernen.

zu 3.:

Die Hansestadt hat im letzten Jahr auf ihren Eigentumsflächen im Gebiet begonnen, Altlasten zu entfernen und diese Bereiche neu im Sinne des Walderhalts anzupflanzen. Diese Arbeiten werden sukzessive fortgesetzt. Für die Altlasten auf Privatgrundstücken sind die Eigentümer selbst verantwortlich. Es besteht keine Beseitigungspflicht für Altlasten, von denen keine Umweltgefahren ausgehen. Auch hat die Stadtverwaltung keine ordnungsrechtlichen Möglichkeiten, die Beseitigung zu etwägen und ungefährlichen Altlasten von den anderen Eigentümern einzufordern.

Herr Suhr erfragt, inwiefern die Hansestadt Stralsund bei derartigen Eingriffen beteiligt wird.

Frau Waschki teilt mit, dass ein ständiger Austausch der beteiligten Institutionen stattfindet.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.19 Verkehrssituation im Bereich Vogelwiese**  
**Einreicherin: Josefine Kümpers, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**  
**Vorlage: kAF 0064/2022**

Anfrage:

1. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung zur Umsetzung verkehrsberuhigter Maßnahmen im Bereich Vogelwiese unter der Voraussetzung des Busverkehrs?
2. Die Hainholzstraße wird derzeit zur Fahrradstraße ausgebaut. Wie soll der Radverkehr nach dem Ausbau in Richtung Knieper West weitergeführt werden, und hält die Verwaltung eine Streckenführung über die Vogelwiese und den Weg nördlich des Stadtwaldes für geeignet und sinnvoll?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung für die Gestaltung der Zu- und Abfahrt zum Gewerbegebiet Lindenstraße, um den Schwerlastverkehr in der Lindenstraße zu reduzieren?

Herr Bogusch antwortet wie folgt:

zu 1.:

Die Vogelwiese wurde mit dem Ziel der Verkehrsberuhigung ausgebaut. Dazu wurde bewusst ein Straßenabschnitt mit verringerter Fahrbahnbreite ausgebaut und es wurden leichte Versätze im Fahrbahnverlauf angelegt.

In Abstimmung mit dem Nahverkehr, der VVR, kann geprüft werden, ob ergänzend punktuell Aufpflasterungen angelegt werden können, die aber den Anforderungen für die Buslinienführung genügen müssen und daher nur einen geringen geschwindigkeitsreduzierenden Effekt haben werden. Fahrbahnmarkierungen mit Hinweis auf die zulässige Höchstgeschwindigkeit wurden bereits durchgeführt.

zu 2.:

Von der Hainholzstraße aus führt eine mögliche Radroute am Hainholzteich vorbei, weiter über die Wegeverbindung Helmuth-Heyden-Weg bis zur Lion-Feuchtwanger-Str. Auf diesen Strecken sind die Wege bereits entsprechend ausgebaut. Ziel ist, weiterführend die Wegeverbindung Lion-Feuchtwanger-Str. - Marie-Curie-Schule - LSA Heinrich-Heine-Ring auszubauen.

Alternativ besteht die Möglichkeit, über die Straße Vogelwiese bis zum Birkenweg weiter zu fahren. Der Birkenweg ist bis zum Grünhufer Bogen, wenn auch mit einer wassergebundenen Decke, als gemeinsamer Geh/Radweg ausgebaut.

In Planung befindet sich zudem im Rahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Ausbau der Lindenstraße zwischen Vogelwiese und Anschluss Ehm-Welk-Weg. Auch diese Wegeverbindung wird für den Radfahrenden bis Knieper West künftig zur Verfügung stehen.

zu 3.:

Das Gewerbegebiet Lindenstraße liegt inmitten eines Wohngebietes und ist nur über Wohngebietsstraßen zu erreichen. Die Hauptzufahrt erfolgt über die Lindenstraße, rückseitig ist eine weitere Zufahrt zur Lion-Feuchtwanger-Straße vorhanden, die aber über einen Pkw-Parkplatz führt und daher als Zufahrt für den Lkw-Verkehr ungeeignet ist. Eine Änderung der Zufahrt über Lion-Feuchtwanger-Straße und Lindenstraße anstelle einer Zufahrt über Vogelwiese und Lindenstraße verlagert lediglich die Probleme auf andere Wohngebietsstraßen und führt somit insgesamt zu keinen Verbesserungen. Ein generelles Fahrverbot für Schwerlastverkehr kann aus Sicht der Verwaltung nicht angeordnet werden.

Frau Kümpers hat keine Nachfrage.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.20 Baumaßnahmen Schützenbastion und Neuer Markt**  
**Einreicher: Arnold von Bosse, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE**  
**PARTEI**  
**Vorlage: kAF 0063/2022**

Anfrage:

1. Welche Maßnahmen sind für 2022 bei der Umgestaltung des Neuen Marktes konkret und mit welchem Beginn geplant?
2. Gibt es inzwischen eine finale Planung für eine öffentliche Toilette am Neuen Markt und wenn ja, in groben Zügen welche?
3. Welche Maßnahmen sind in welcher Reihenfolge geplant, um die Themen Ersatz jetziger Busbahnhof, Parkierung auf der Schützenbastion als Ersatz für den Neuen Markt und städtebaulicher Entwurf Parkhaus Schützenbastion zu lösen?

Herr Dr. Raith beantwortet die Folgen wie folgt:

zu 1.:

Derzeit wird mit Hochdruck an den Planungen zum Neuen Markt gearbeitet. Weitgehend abgeschlossen sind die Erarbeitung wesentlicher Details der Gestaltung wie u.a. Höhenkonzept, Freisitzflächen und Möblierung sowie die Abstimmungen über die Standorte zu Trafostation und WC-Gebäude. Die baulichen Maßnahmen werden voraussichtlich im Frühsommer 2023 mit der Erneuerung der Bleistraße beginnen. Die Platzfläche könnte dann bis Ende 2026 in zwei Bauabschnitten folgen.

zu 2.:

Der Rundbau auf dem Platz soll denkmalgerecht für eine qualitätsvolle Gastronomienutzung (Café, Bistro) saniert und umgebaut werden. Deshalb soll es ein neues WC-Gebäude im Bereich der heutigen Parkplätze an der Bleistraße geben.

Zu 3.:

Der Busbahnhof wird mit dem Fahrplanwechsel im Winter 2022 in die Bahnhofstraße auf die dort bestehende Asphaltfläche verlegt. Die erforderlichen kleineren Umbaumaßnahmen werden im Herbst dieses Jahres durch das Amt für Stadtwirtschaftliche Dienste durchgeführt. Bereits im Sommer 2022 kann die kleinere südliche Asphaltfläche der Schützenbastion für Autos gesperrt werden und dort eine Skateranlage aufgebaut werden. Derzeit laufen hierzu die konkreten Vorbereitungen.

Im Frühjahr 2023 wird dann auf der größeren nördlichen Fläche der Schützenbastion ein PKW-Parkplatz mit rund 160 Stellplätzen eingerichtet, der analog zu den bisherigen Regelungen auf dem Neuen Markt bewirtschaftet werden kann (d.h. tags kostenpflichtig mit Parkscheinautomat, abends und nachts gratis und damit auch als Anwohnerparkplatz nutzbar).

Für das Parkhaus Schützenbastion konnte bislang keine wirtschaftlich tragfähige Lösung gefunden werden. Bei derzeit geschätzten Baukosten von 23,5 Mio. € brutto nur für das Parkhaus ergibt sich auch unter Berücksichtigung möglicher Förderung für den Haushalt ein jährlicher Fehlbetrag von gut 500 T € (gerechnet ohne Abschreibung). Diesem Fehlbetrag stehen zudem die möglichen Erträge aus der provisorischen Parkplatznutzung in Höhe von gut 300 T € gegenüber. Eine derartige dauerhafte Belastung des Haushalts ist vor dem Hintergrund der derzeitigen Prioritäten (Schul- und Sportstättenneubau, Radwegeausbau, Entwicklung Klosterlandschaft) aus Sicht von Herrn Dr. Raith nicht zu rechtfertigen.

Herr Dr. von Bosse hat keine Nachfrage.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.21 Planung einer Freilufthalle in Knieper West**  
**Einreicher: Robert Gränert, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**  
**Vorlage: KAF 0062/2022**

Anfrage:

1. Wie unterstützt die Verwaltung das Vorhaben des Vereins „Sport live“ zur Errichtung einer Freilufthalle im Bereich des Rosa-Luxemburg-Sportplatzes in Knieper West?
2. Welche planungsrechtlichen Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um dem Verein diese Vorhaben zu ermöglichen, und welche Hemmnisse sieht die Verwaltung diesbezüglich?
3. Voraussetzung für die Förderung ist nach Angaben des Vereins ein auf mindestens 25 Jahre ausgerichteter Pachtvertrag für die erforderliche Fläche. Wie schätzt die Verwaltung ihre Möglichkeiten ein, den Verein in diesem Punkt zu unterstützen und welche Hemmnisse werden gesehen?

Frau Dr. Gelinek antwortet wie folgt:

zu 1.:

Durch den Abteilungsleiter Schule und Sport, Jörn Tuttlies, wurde der Vorsitzende des Sportvereins sport live e.V., Arndt Melms, auf das Projekt „McArena“ aufmerksam gemacht. Dem Verein wurde Material über Funktionsaufbau, Nutzungsmöglichkeiten, Kosten etc. übergeben. Seitdem stehen wir in regelmäßigem Austausch über dieses Projekt. Im Jahr 2021 hat der Verein gegenüber der Abteilung Schule und Sport signalisiert, den Bau einer McArena auf dem Standort Sportplatz Rosa Luxemburg realisieren zu wollen. Daraufhin wurden gemeinsame Gespräche mit dem Amt für Planung und Bau sowie dem Forstamt geführt.

zu 2.:

Grundsätzlich muss die diese bauliche Anlage genehmigungsfähig sein. Bei der Konstruktion der Arena handelt es sich um eine Stahlbaukonstruktion. die Errichtung erfolgt als eingeschossige, offene Halle. Die feuerverzinkte Stahlkonstruktion als 2-Gelenkrahmen mit Sattelform hat eine Hallenhöhe von 4,60 m (Außenseiten) und 6,30 m (Hallenmitte). Die Gesamtmaße einer Einfeldhalle betragen 33 x 18 m oder 43 x 23 m. Die Spielfeldmaße sind entsprechend 30 x 15 m oder 40 x 20 m.

Vorgabe für die Errichtung der McArena auf dem Gelände der Sportanlage Rosa Luxemburg ist, dass diese ihre jetzige Funktionalität behält und eine weitere Entwicklung des Standortes durch den Bau der Halle nicht eingeschränkt wird.

1. Im nördlichen und östlichen Bereich wird der Platz durch Waldflächen eingefasst. Bei der Errichtung von baulichen Anlagen sind grundsätzlich die Waldabstandsflächen zu beachten.
2. Im südlichen und westlichen Bereich grenzt der Sportplatz an Wohnbebauung an. Durch den Betrieb einer McArena werden Lärmemissionen erzeugt, die ebenfalls genauer zu betrachten sind.
3. Zusätzlich sind die Zufahrt und die Parkplatzsituation in diesem Bereich nicht optimal.

Aus Sicht des Amtes für Schule und Sport bietet sich unter Berücksichtigung der oben genannten Faktoren die Errichtung im Nordbereich der Anlage an. Bezüglich des Waldabstandes befindet sich das Fachamt im aktiven Austausch mit der zuständigen Waldbehörde. Kompromisse erscheinen hier möglich.

zu 3.:

Die Verwaltung hat das Anliegen des sport live e.V. initiiert und unterstützt dieses vollumfänglich. Den Abschluss eines langjährigen Pacht- oder Mietvertrages sieht Frau Dr. Gelinek als unproblematisch an.

Herr Gränert hat keine Nachfrage.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

## **zu 8        Einwohnerfragestunde**

Es liegt keine Einwohnerfrage zur 05. Bürgerschaftssitzung vor.

## **zu 9        Anträge**

**zu 9.1      Ausbau Fahrradstraßen**  
**Einreicher: Ralf Klingschat, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0065/2022**

Herr Klingschat begründet den Antrag und bittet um Zustimmung.

Herr Haack beantragt die Verweisung des Antrages zur Beratung in den Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung, da das Radwegekonzept dort schon thematisiert wurde und alle Maßnahmen zusammengeführt und zusammenhängend beraten werden sollten.

Herr Suhr begrüßt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI den Antrag und fragt nach, ob durch den Antrag der Ausbau von Fahrradstraßen vorangebracht werden oder nur die Ausweisung einer Route ohne Vorrang für den Radverkehr erfolgen soll.

Herr Klingschat erklärt, dass der Zweck des Antrages ist, eine Tangente und damit eine schnelle Verbindung zwischen den einzelnen Stadtteilen zu schaffen.

Herr Bogusch bestätigt die bisherigen Aussagen und erklärt, dass im Klimaschutzteilkonzept Radrouten vorgesehen sind, u.a. auch über die Hainholzstraße. Außerdem gibt es Überlegungen, die Gerhart-Hauptmann-Straße fahrradfreundlich zu gestalten.

Für die Fraktion DIE LINKE unterstützt Herr Quintana Schmidt den Verweisungsantrag.

Aus Sicht von Herrn Bauschke ist es sinnvoller, das Ergebnis des Prüfauftrages im Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung zu beraten als den Prüfauftrag selbst.

Der Präsident der Bürgerschaft stellt den Verweisungsantrag zur Abstimmung:

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

Abschließend stellt Herr Paul den Antrag AN 0065/2022 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, mit Ausgangspunkt Sundpromenade über die Gerhart-Hauptmann-Straße und Hainholzstraße eine weiterführende Verbindung Richtung Knieper West und Grünhufe in Form von Fahrradstraßen einzurichten.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2022-VII-05-0866

**zu 9.2      Überarbeitung Gestaltungssatzung**  
**Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0066/2022**

Herr Dr. Zabel erläutert den Antrag. Es wird Änderungsbedarf unter Beteiligung der Gastronomie und des Einzelhandels gesehen.

Herr Haack teilt mit, dass seine Fraktion den Antrag unterstützen wird.

Da es keinen weiteren Redebedarf gibt, stellt der Präsident der Bürgerschaft den Antrag zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Gestaltungssatzung zu überarbeiten. Federführend soll hierfür der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung tätig werden. Die wesentlichen Beteiligten aus Gastronomie und Einzelhandel sollen aktiv in die Umgestaltung mit einbezogen und im Ausschuss gehört werden.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2022-VII-05-0867

**zu 9.3 Corporate Design der Hansestadt Stralsund und ihrer Unternehmen**  
**Einreicher: Michael Liebeskind, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0067/2022**

Herr Schwarz begründet den Antrag. Ziel ist es, dass Stadt und städtische Unternehmen nach außen einheitlich auftreten. Das Ergebnis kann im Ausschuss für Stadtmarketing vorgestellt werden.

Frau Voß teilt mit, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI den Antrag unterstützt. Allerdings gibt sie zu bedenken, dass das Vorhaben kostenintensiv sein wird und daher die Finanzierung klar dargestellt werden muss. Außerdem ist eine Einbindung der städtischen Gesellschaften zwingend notwendig.

Herr Haack weist auf das vorhandene Corporate Design der Hansestadt Stralsund hin und hebt dieses positiv hervor. Auch wenn städtische Unternehmen dieses bereits in Teilen aufgreifen, spricht er sich doch für eine gewisse Abgrenzung der Gesellschaften gegenüber der Stadtverwaltung aus. Die notwendigen finanziellen Mittel sieht er in anderen Projekten besser investiert. Die Fraktion Bürger für Stralsund wird dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen.

Herr Dr. Zabel betont, dass nicht ein neues Design erarbeitet werden, sondern geprüft werden soll, wo Dinge einheitlicher gestaltet werden können. Er bestätigt den erheblichen Aufwand eines in Gänze einheitlichen Corporate Designs und bittet um Zustimmung für den Prüfauftrag.

Herr Paul stellt den Antrag AN 0067/2022 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, mit welchem Aufwand die Erstellung eines Corporate Designs für die Abgrenzung der Hansestadt Stralsund und seinen Unternehmen zu privatwirtschaftlichen Unternehmen möglich ist.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2022-VII-05-0868

**zu 9.4 Satzung über die Erhebung einer Übernachtungssteuer**  
**Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund, EBM Michael Adomeit**  
**Vorlage: AN 0076/2022**

Herr Haack erläutert den Antrag ausführlich. Vor zwei Jahren hat sich die Bürgerschaft für die Erhebung einer „Bettensteuer“ ausgesprochen. Andere Städte erheben die Steuer seit Jahren und lassen das Geld ihren Bürgerinnen und Bürgern aber auch den Touristen zugutekommen.

Herr Haack führt weiter aus, dass am 17.05.2022 höchstrichterlich entschieden wurde, dass eine Übernachtungssteuer rechtlich zulässig ist. Die zu generierenden Erträge sollten zu allererst den Stralsunder Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen, auch wenn noch nicht feststeht, wieviel die Steuer einbringt.

Herr Haack betont, dass in dieser Bürgerschaftssitzung nicht über die Übernachtungssteuer abgestimmt werden soll, sondern der Antrag dazu dient, die Verwaltung aufzufordern, eine entsprechende Satzung und Vorlage zu erarbeiten, die in den Ausschüssen diskutiert werden könne, um dann gemeinschaftlich die Endfassung zu beschließen. Herr Haack bittet um Zustimmung.

Herr Dr. Zabel beantragt eine Unterbrechung der Sitzung zur Beratung von 5 Minuten.

Auszeit: 17:31 Uhr – 17:36 Uhr

Herr Dr. Zabel stellt folgenden Ergänzungsantrag:

*Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:*

*Der Antrag AN 0076/2022 wird wie folgt ergänzt:*

*Im Vorfeld der Umsetzung der Einbringung der Übernachtungssteuersatzung sind die Ausschüsse Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben sowie der Ausschuss für Finanzen und Vergabe zu beteiligen.*

*In diesem Zusammenhang sind auch die Betroffenen zu hören und ihre Bedenken in Bezug auf die Umsetzung mit aufzunehmen.*

Herr Suhr bestätigt die von Herrn Haack genannten Fakten. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass die Bürgerschaft aufgrund der Corona-Pandemie Entlastungspakete für die Gastronomie beschlossen hat. Er betont, dass sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI dafür ausspricht, die Tourismusbranche in die Diskussion über die Satzung einzubeziehen. Außerdem sollten die beiden Instrumente Kurtaxe und Tourismusabgabe erneut betrachtet werden. Aus Sicht von Herrn Suhr ist zusätzlich die vom Bundesverfassungsgericht als zulässig erachtete Ausweitung der Übernachtungssteuer auf Geschäftsreisende zu diskutieren.

Der von der Fraktion CDU/FDP eingebrachte Ergänzungsantrag findet die Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI.

Herr Quintana Schmidt hält die Einführung der Übernachtungssteuer zum jetzigen Zeitpunkt für falsch. Es müssten seiner Ansicht nach neben der Tourismusbranche auch die zuständigen Kammern und Verbände angehört werden.

Herr Quintana Schmidt beantragt die Verweisung des Antrages zur Beratung in die Ausschüsse für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben, Finanzen und Vergabe sowie Stadtmarketing, um die Betroffenen vor Erarbeitung der Satzung anhören zu können.

Herr Miseler teilt mit, dass die Fraktion SPD dem vorliegenden Antrag mit der Ergänzung zustimmen wird. Seiner Auffassung nach ist es wichtig, dass eine Satzung als Grundlage für eine Debatte vorliegt.

Herr Haack weist auf die zurückliegenden Diskussionen von vor 2 Jahren hin, bei denen sich die Bürgerschaft mit großer Mehrheit auf die Einführung einer Übernachtungssteuer geeinigt hatte. Er nennt die Gründe, die in der geführten Debatte gegen eine Kurtaxe gesprochen haben. Herr Haack bittet um Zustimmung für den eingebrachten Antrag einschließlich des Ergänzungsantrages der Fraktion CDU/FDP.

Der Präsident der Bürgerschaft stellt den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Verweisung des Antrages AN 0076/2022 zur Beratung in die Ausschüsse für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben, Finanzen und Vergabe sowie Stadtmarketing zur Abstimmung:

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

Nachfolgend stellt Herr Paul den Ursprungsantrag AN 0076/2022 einschließlich des eingebrachten Ergänzungsantrages der Fraktion CDU/FDP zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Punkt 1 des Beschlusses der Bürgerschaft vom 05.03.2020 mit der Nummer 2020-VII-02-0227 mit sofortiger Wirkung umzusetzen!

Im Vorfeld der Umsetzung der Einbringung der Übernachtungssteuersatzung sind die Ausschüsse Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben sowie der Ausschuss für Finanzen und Vergabe zu beteiligen.

In diesem Zusammenhang sind auch die Betroffenen zu hören und ihre Bedenken in Bezug auf die Umsetzung mit aufzunehmen.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2022-VII-05-0869

Pause: 17:45 Uhr – 18:15 Uhr

**zu 9.5 AGH - Maßnahmen erhalten**  
**Einreicher: Fraktion DIE LINKE**  
**Vorlage: AN 0086/2022**

Herr Quintana Schmidt begründet den Antrag. Die AGH-Maßnahmen müssen zugunsten der sozial Schwächsten auf ein normales Maß zurückgeführt werden.

Herr Haack teilt für die Fraktion Bürger für Stralsund mit, dass der Antrag vollumfänglich unterstützt wird. Gleichwohl äußert er Kritik an der Fraktion DIE LINKE des Kreistages des Landkreises Vorpommern-Rügen, die einem ähnlich lautenden Antrag nicht gefolgt ist.

Für die Fraktion SPD erklärt Frau Dr. Carstensen die Zustimmung zum Antrag. Jedoch nur unter der Voraussetzung, dass die Formulierung „uneingeschränkten“ gestrichen wird. Sie stellt einen dahingehenden Änderungsantrag.

Frau Kindler erinnert daran, dass der Betriebsausschuss Jobcenter des Landkreises Vorpommern-Rügen die Thematik bereits aufgegriffen hat. Die Beratung verläuft konstruktiv und ist bereits weit fortgeschritten. Nach Auffassung von Frau Kindler erfasst der vorliegende Antrag nicht die Komplexität der Gesamthematik. Die Formulierung „uneingeschränkten“ wird daher ebenfalls als problematisch angesehen. Die beabsichtigten Gespräche zwischen dem Oberbürgermeister und dem Landrat zur Angelegenheit werden dennoch positiv bewertet.

Die Fraktion AfD wird laut Wortmeldung von Herrn Kühnel dem Antrag zustimmen. Es muss jedoch sichergestellt werden, dass die finanziellen Mittel tatsächlich bei den Betroffenen ankommen.

Herr Buxbaum spricht sich für die Formulierung „uneingeschränkten“ aus. Es soll sichergestellt werden, dass keine Maßnahme gestrichen wird und keine betroffene Person aus einer Maßnahme herausfällt.

Herr Paul stellt den Änderungsantrag von Frau Dr. Carstensen zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Formulierung „uneingeschränkten“ im Beschlussvorschlag des Antrages AN 0086/2022 wird gestrichen.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

Abschließend lässt der Präsident über den Antrag AN 0086/2022 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich beim Landrat für den uneingeschränkten Erhalt der AGH – Maßnahmen einzusetzen.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2022-VII-05-0870

**zu 9.6 Für zivile Produktion auf dem Areal der Volkswerft**  
**Einreicher: Fraktion DIE LINKE**  
**Vorlage: AN 0085/2022**

Herr Buxbaum erläutert den Antrag ausführlich. Aufrüstung sichert nicht den Frieden. Die notwendigen Ressourcen könnten besser eingesetzt werden.

Herr Buxbaum konkretisiert, dass die Intention des Antrages nur Kriegswaffen und Kriegsschiffe erfasst.

Für die Fraktion CDU/FDP stellt Herr Dr. Zabel nachfolgenden Änderungsantrag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Punkt 1 aus dem Beschlussvorschlag ist zu streichen.
2. Der Oberbürgermeister, Dr. Alexander Badrow, wird beauftragt, für die Vermarktung der Werftflächen **vorrangig** nur Firmen zu berücksichtigen, die keine Waffen oder militärische Ausrüstung in Stralsund herstellen werden.

Aus seiner Sicht sollten nicht zu hohe Hürden für die Vermarktung des Areals aufgebaut werden, zumal die Formulierung des Beschlussvorschlages unscharf ist.

Auf Nachfrage von Herrn Kuhn erklärt Herr Buxbaum, dass der Antrag auch die Reparatur von Kriegsschiffen erfasst.

Herr Kühnel fordert im Gesamtkontext mehr Weitsicht. Nach Auffassung der Fraktion AfD ist es nicht sinnvoll, auch die Durchführung von Aufträgen der Bundeswehr auf dem Gelände auszuschließen.

Herr Adomeit positioniert sich gegen den vorliegenden Antrag, da dieser im Hinblick auf die Arbeitsplatzsicherung und die Verteidigung des eigenen Landes nicht zielführend ist.

Herr Haack erinnert an die Entwicklung der Volkswerft und die Ansiedelung von TKMS in Wismar. Der Antrag wird durch die Fraktion Bürger für Stralsund im Interesse der Arbeitsplatzsicherung abgelehnt.

Herr Dr.-Ing. Badrow ergänzt zur Ansiedelung von TKMS in Wismar, dass für den Standort Stralsund mindestens einen Meter mehr Vertiefung erforderlich gewesen wäre.

Herr Philippen teilt die Einschätzung, dass ein positives Votum zum vorliegenden Antrag durchaus negative Auswirkungen auf die Entwicklung der Werftflächen haben können.

Herr Paul stellt den Änderungsantrag der Fraktion CDU/FDP zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Punkt 1 aus dem Beschlussvorschlag ist zu streichen.
2. Der Oberbürgermeister, Dr. Alexander Badrow, wird beauftragt, für die Vermarktung der Werftflächen **vorrangig** nur Firmen zu berücksichtigen, die keine Waffen oder militärische Ausrüstung in Stralsund herstellen werden.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

Abschließend lässt der Präsident über den ursprünglichen Antrag AN 0085/2022 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund lehnt die Produktion von Waffen und militärischer Ausrüstung auf dem Areal der Volkswerft ab. Es dürfen zukünftig nur zivile Produkte entwickelt und hergestellt werden.
2. Der Oberbürgermeister, Dr. Alexander Badrow, wird beauftragt, für die Vermarktung der Werftflächen ausschließlich nur Firmen zu berücksichtigen, die keine Waffen oder militärische Ausrüstung in Stralsund herstellen werden.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

**zu 9.7 Wiederherstellung des ursprünglichen Namens „Volkswerft“**  
**Einreicher: Fraktion DIE LINKE**  
**Vorlage: AN 0084/2022**

Herr Buxbaum erläutert den Antrag.

Herr Philippen teilt für die Fraktion Bürger für Stralsund mit, dass der Antrag abgelehnt wird. Aus seiner Sicht wird die Thematik durch die Verwaltung verfolgt. Offene Fragen können im zuständigen zeitweiligen Ausschuss Volkswerft geklärt werden.

Herr Schwarz führt aus, dass die Fraktion CDU/FDP dem Grundanliegen folgen kann. Eine kurzfristige Umsetzung hält er für unrealistisch. Herr Schwarz beantragt die Verweisung des Antrages zur Beratung in den zeitweiligen Ausschuss Volkswerft.

Frau Fechner berichtet, dass der Antrag in der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIEPARTEI kontrovers diskutiert wurde. Nach Auffassung von Frau Fechner ist der Name Volkswerft eine wichtige Form der Identifikation und Erinnerungskultur, daher wird sie dem Antrag zustimmen.

Herr Buxbaum merkt an, dass sich die Verwaltung bereits für die Verwendung des Namens Volkswerft ausgesprochen hat. Mit einer Beschlussfassung des vorliegenden Antrages könnte die Bürgerschaft ein Zeichen setzen und der Verwaltung den Rücken stärken.

Herr Adomeit kritisiert den Antrag als polemisch, da sich die Verwaltung bereits vor Monaten zu dem Namen bekannt hat. Zunächst sollten andere Fragen geklärt werden, z.B. Arbeitsplätze schaffen und Finanzierung. Er erinnert an die Arbeit im zeitweiligen Ausschuss Volkswerft und wird den vorliegenden Antrag ablehnen.

Herr Dr.-Ing. Badrow bekräftigt, dass es keine Zweifel an der Verwendung des Namens Volkswerft gibt. Zunächst werden die vorhandenen Kapazitäten jedoch in die Ansiedelung von Unternehmen gesetzt. Zielstellung ist es, den Namen Volkswerft zum 75. Jubiläum auch wieder sichtbar zu machen.

Herr Paul stellt den Antrag auf Verweisung des Antrages AN 0084/2022 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages AN 0084/2022 zur Beratung in den zeitweiligen Ausschuss Volkswerft mit folgendem Wortlaut:

1. Die Bürgerschaft spricht sich dafür aus, den Namen „Volkswerft“ wieder für das gesamte erworbene Werft Areal zu verwenden.
2. Dazu beschließt die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund den Oberbürgermeister, Dr. Alexander Badrow zu beauftragen, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, damit das gesamte Areal der ehemaligen Volkswerft den traditionsreichen Namen „Volkswerft“ wieder erhalten kann.
3. Der neue (alte) Name Volkswerft soll, sofern möglich, ab den 15. Juni 2022 wieder offiziell gelten.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2022-VII-05-0871

**zu 9.8 Konzept für die Entwicklung des Areals der Volkswerft**  
**Einreicher: Fraktion DIE LINKE**  
**Vorlage: AN 0083/2022**

Herr Buxbaum geht detailliert auf den Antrag ein.

Herr Adomeit teilt mit, dass er diesen Antrag ablehnen wird.

Herr Kühnel verweist auf die Zuständigkeit des Fachausschusses. Der Antrag ist somit obsolet.

Herr Schwarz bestätigt die Zuständigkeit des zeitweiligen Ausschusses Volkswerft. Im Ausschuss wurde seitens der Verwaltung bereits ausgeführt, wie die einzelnen Aufgaben wahrgenommen werden. Die Fraktion CDU/FDP beantragt daher die Verweisung des Antrages zur Beratung in den zeitweiligen Ausschuss Volkswerft.

Der Präsident stellt den Antrag auf Verweisung des Antrages AN 0083/2022 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages AN 0083/2022 zur Beratung in den zeitweiligen Ausschuss Volkswerft mit folgendem Wortlaut:

1. Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt; den Oberbürgermeister, Dr. Alexander Badrow mit der Fortschreibung des Standortentwicklungskonzeptes für das Gelände der ehemaligen Volkswerft Stralsund zu beauftragen.
2. Das fortgeschriebene Konzept soll spätestens am 25. August der Bürgerschaft zur Beratung vorgelegt werden.

Abstimmung. Mehrheitlich beschlossen  
2022-VII-05-0872

**zu 9.9 Förderung von Balkonkraftwerken (BKW)**  
**Einreicher: Mathias Miseler, SPD-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0087/2022**

Herr Miseler erläutert den Antrag. Das Interesse der Bevölkerung an Balkonkraftwerken sei groß. Die Förderung sollte ohne viel Bürokratie erfolgen.

Für die Fraktion CDU/FDP teilt Herr Bauschke mit, dass dem Prüfauftrag gefolgt werden kann.

Herr Haack kritisiert, dass keine Deckungsquelle genannt ist. Der Antrag wird daher durch die Fraktion Bürger für Stralsund abgelehnt.

Herr Miseler ergänzt, dass im Rahmen der Förderung auch sichergestellt wird, dass die Netzanmeldung erfolgt.

Herr Suhr entgegnet der Wortmeldung von Herrn Haack, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt und somit keine Deckungsquelle erforderlich ist. Aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI ist jeder Beitrag ein sinnvoller Beitrag zur Energiewende. Herr Suhr begrüßt die Auseinandersetzung mit der Thematik im Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung.

Herr Bauschke geht davon aus, dass die Sinnhaftigkeit und die technischen Möglichkeiten Bestandteil der Prüfung sein werden.

Herr Kuhn teilt die Einschätzung, dass die Prüfung erfolgen sollte. Nach seiner Auffassung sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, zusätzliche Energie zu gewinnen.

Da kein weiterer Redebedarf besteht, lässt Herr Paul über den Antrag AN 0087/2022 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten der Förderung von sogenannten Balkonkraftwerken (BKW) in der Hansestadt möglich sind. Hierbei sollen die städtischen Unternehmen (SWS, SWG) mitwirken. Eine derartige Förderung, unbürokratisch und einfach, gibt es bereits in mehreren Städten im Bundesgebiet, sodass hier von den Erfahrungen anderen Kommunen partizipiert werden kann. Die Ergebnisse sind den entsprechenden Ausschüssen bis Ende 2022 vorzulegen.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2022-VII-05-0873

**zu 9.10    Ausbau Feuerwehrstrukturen im Stadtgebiet**  
**Einreicher: Mathias Miseler, SPD-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0088/2022**

Herr Miseler begründet den vorliegenden Antrag. Es soll geprüft werden, ob der Standort infrastrukturell entsprechend der Brandschutzbedarfsplanung genutzt werden kann. Er wirbt um Zustimmung zum Antrag.

Frau von Allwörden erklärt für die Fraktion CDU/FDP, dass das Ansinnen des Prüfantrages teilweise nachvollziehbar sei. Nach ihrer Ansicht entspricht die genannte Örtlichkeit nicht dem Ergebnis der Brandschutzbedarfsplanung. Zudem hätte es Frau von Allwörden begrüßt, wenn die Thematik direkt im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung debattiert worden wäre. Zur Klarstellung beantragt Frau von Allwörden die Konkretisierung des Antrages AN 0088/2022 auf die Örtlichkeit der Werksfeuerwehr. Mit dieser Konkretisierung wird die Fraktion CDU/FDP dem Prüfauftrag zustimmen.

Herr Miseler bestätigt, dass sich der Antrag auf die Örtlichkeit der Werksfeuerwehr bezieht. Zum Einwand von Frau von Allwörden entgegnet er, dass es aus seiner Sicht sinnvoll ist, das Prüfergebnis als Grundlage für die Debatte im Fachausschuss zu nutzen.

Es besteht kein weiterer Redebedarf.

Der Präsident stellt den Antrag AN 0088/2022 einschließlich der beantragten Konkretisierung wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, die Örtlichkeit der derzeitigen Werkfeuerwehr auf dem Maritimen Gewerbepark (ehemals MV Werft) in die städtischen Feuerwehrstrukturen zu integrieren bzw. als zweiten Standort für die Berufs-/Freiwillige Feuerwehr auszubauen. Das Ergebnis der Prüfung soll dem Ausschuss für Sicherheit und Ordnung sowie dem zeitweiligen Ausschuss Volkswerft zur Beratung bis zum Ende des 3. Quartals 2022 mitgeteilt werden.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2022-VII-05-0874

**zu 9.11    Übungsgelände für Freiwillige Feuerwehr**  
**Einreicherin: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0094/2022**

Frau von Allwörden erläutert den Antrag. Mit dem Erwerb des Werftgeländes ergeben sich ggf. neue Möglichkeiten, ein Übungs-/Ausbildungsgelände für die Freiwillige Feuerwehr zu erschließen.

Herr Miseler erklärt für die Fraktion SPD die Zustimmung zum Antrag. Bezugnehmend auf den vorherigen Tagesordnungspunkt meint er, dass auch diese Angelegenheit direkt im Ausschuss hätte behandelt werden können.

Herr Haack ist der Auffassung, dass grundsätzlich viele Themen im Vorfeld von Bürgerschaftssitzungen in den entsprechenden Fachausschüssen beraten werden sollten. Zum vorliegenden Antrag hält er die Prüfung für entbehrlich. Nach seiner Auffassung stellt ein Übungsgelände eine Belästigung im Gewerbepark dar. Vorrang habe die Ansiedelung von Unternehmen. Herr Haack regt perspektivisch an, das THW-Gelände auf dem Dänholm zu nutzen. Dem vorliegenden Antrag wird die Fraktion Bürger für Stralsund nicht zustimmen.

Herr Paul stellt den Antrag AN 0094/2022 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der OB wird beauftragt zu prüfen, inwieweit auf dem Gelände oder im Bereich des maritimen Gewerbeparks (ehemals MV-Werften) der Freiwilligen Feuerwehr der Hansestadt Stralsund eine Übungsfläche bzw. Übungsobjekte zur Verfügung gestellt werden können.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2022-VII-05-0875

**zu 9.12 kostenloser Nahverkehr 70+  
Einreicher CDU/FDP-Fraktion, Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: AN 0092/2022**

Herr Dr. Zabel erläutert kurz den Antrag.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI erklärt Herr Suhr die Unterstützung des Antrages. Er erkundigt sich, ob weitere Nutzergruppen Berücksichtigung finden.

Herr Dr. Zabel verweist auf die bestehende Beschlusslage. Damit sind auch die Finanzierungsmöglichkeiten für weitere Nutzergruppen Bestandteil der Verhandlungen.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass alle Gruppen betrachtet werden. Zielstellung ist, den ÖPNV kostenfrei für alle zu ermöglichen.

Herr Haack geht insbesondere auf den Punkt 1 des Beschlussvorschlages ein. Die kostenfreie Nutzung des Nahverkehrs für die Altersgruppe 70+ hält er für ein Erfolgsmodell und spricht sich für eine entsprechende Verlängerung aus. Der vorliegende Antrag unterstützt zudem die Bestrebungen, perspektivisch die kostenfreie Nutzung des ÖPNV für alle zu ermöglichen. Er bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Buxbaum erfragt, ob auch die Entwicklung der Bedarfe bei der Prüfung mitberücksichtigt wird, um entsprechende Kapazitäten zu gewährleisten.

Herr Dr. Zabel führt aus, dass die übermäßige Auslastung von Fahrstrecken jährlich in der Nahverkehrsplanung berücksichtigt wird und bei Bedarf Anpassungen vorgenommen werden.

Der Präsident stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht und lässt über den Antrag AN 0092/2022 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den mit der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH (VVR) bestehenden Vertrag zur kostenlosen Beförderung für Stralsunderinnen und Stralsunder der Altersgruppe 70 + mit Hauptwohnsitz in Stralsund (70+ - Ticket) zunächst bis Ende Dezember 2022 zu verlängern. Bei der Vertragsverlängerung sind Einsparpotentiale aus dem 9 Euro-Ticket zu berücksichtigen. Weiterhin wird der Oberbürgermeister beauftragt, Vertragsverhandlungen mit der VVR und dem Landkreis Vorpommern-Rügen zur Verlängerung des Tickets 70+ für das Jahr 2023 aufzunehmen. Die Kosten sind in die Haushaltsplanung für das Jahr 2023 aufzunehmen. Bei der Kostenplanung sind laufende Bundes- und Landesförderungen zu berücksichtigen. Der Vertrag für das 70 + - Ticket ab dem 01.01.2023 ist der Bürgerschaft zur Beschlussfassung vorzulegen.

2. Im Zusammenhang mit der Vertragsverhandlung soll geprüft werden, ob die Einführung eines 9€-Tickets für alle Stralsunderinnen und Stralsunder möglich ist und mit welchen Kosten zu rechnen wäre.
3. Es soll geprüft werden, welche Kosten entstünden, wenn für alle Stralsunderinnen und Stralsunder die Nutzung des ÖPNV kostenfrei ist.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2022-VII-05-0876

**zu 9.13 Erarbeitung Papierkorbkonzept**  
**Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0095/2022**

Herr Dr. Zabel begründet den Antrag.

Herr Hofmann erklärt für die Fraktion Bürger für Stralsund die vollumfängliche Unterstützung des Antrages.

Herr Dr. von Bosse berichtet, dass nach seiner Kenntnis die Verwaltung bereits mit der Erarbeitung eines derartigen Konzeptes begonnen hat. Mit diesem Antrag wird die Unterstützung des Vorhabens signalisiert.

Herr Paul lässt über den Antrag AN 0095/2022 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Papierkorbkonzept für die Hansestadt Stralsund vorzulegen.

Die für die Neuanschaffung von Papierkörben nötigen Mittel sind im Haushalt 2023 einzustellen.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2022-VII-05-0877

**zu 9.14 öffentliches WC an der Sundpromenade**  
**Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0090/2022**

Herr Dr. Zabel begründet den vorliegenden Antrag. Entlang der Sundpromenade wird von vielen Stralsunderinnen und Stralsundern sowie Touristen der Bedarf eines öffentlichen WCs gesehen.

Es besteht kein weiterer Redebedarf.

Der Präsident stellt den Antrag AN 0090/2022 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wenn ja, an welcher Stelle an der Sundpromenade ein öffentliches WC eingerichtet werden kann.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2022-VII-05-0878

**zu 9.15 Aufstellen von Smartbänken**  
**Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0091/2022**

Herr Dr. Zabel erläutert den Prüfauftrag und wirbt um Zustimmung.

Dem Einwand von Herrn Gränert zur Kostenintensivität entgegnet Herr Dr. Zabel, dass die Kosten durchaus überschaubar sind.

Herr Paul stellt den Antrag AN 0091/2022 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob beim Künftigen Aufstellen von Bänken Smartbänke mit WiFi und Handyladestationen angeschafft werden können.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2022-VII-05-0879

**zu 9.16 Entwicklung Webseiten der Stralsunder Schulen**  
**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**  
**Vorlage: AN 0093/2022**

Frau Kümpers erläutert den vorliegenden Antrag. Dabei geht sie auf das Erfordernis ein, neue Lehrkräfte zu gewinnen. Dabei sind die Webseiten der städtischen Schulen als Informationsquellen von Bedeutung. Diese entsprechen jedoch nicht dem neuesten Stand. Frau Kümpers berichtet, dass es an der HOST als potenzielle Kooperationspartnerin bereits erste Ideen zur Umsetzung gibt. Sie bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Haack beantragt für die Fraktion Bürger für Stralsund die Verweisung des Antrages AN 0093/2022 zur Beratung in den Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung.

Frau Corinth teilt für die Fraktion CDU/FDP mit, dass weder dem ursprünglichen Antrag noch einer Verweisung zugestimmt wird. Sie verweist auf die Eigenverantwortung der Schulen bzw. der Schulleitung und die Identifikation der Schülerinnen und Schüler mit der eigenen Schule durch die Pflege der Homepage.

Herr Paul stellt den Antrag auf Verweisung wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages AN 0093/2022 zur Beratung in den Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit durch eine Kooperation mit der Hochschule Stralsund (HOST) eine professionelle Erstellung und Betreuung der Webseiten der Stralsunder Schulen ermöglicht werden kann.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2022-VII-05-0880

**zu 9.17 zu den Betriebskosten REWA für die 3. Filterstufe**  
**Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund**  
**Vorlage: AN 0081/2022**

Herr Haack erläutert den Antrag ausführlich. Die Verträge zur Durchführung der Ausgleichsmaßnahme für das Projekt Nord Stream 2 wurden mit Gazprom geschlossen. Aufgrund der aktuellen Entwicklung hat das städtische Unternehmen nunmehr die Betriebskosten i.H.v. 300 T € zu tragen. Dieser Zustand muss korrigiert werden. Herr Haack wirbt um Zustimmung für den Antrag.

Der Präsident stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht und lässt über den Antrag AN 0081/2022 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Präsident und der Oberbürgermeister möchten sich bei den zuständigen Gremien der Bundesrepublik und des Landes Mecklenburg-Vorpommern dafür einsetzen, dass die Betriebskosten in Höhe von 300.000 € p.a. für die Betreuung der 3. Filterstufe der Abwasserbehandlung durch den Bund bzw. durch das Land MV getragen werden.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2022-VII-05-0881

**zu 9.18 zu Sport Live**  
**Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund**  
**Vorlage: AN 0082/2022**

Herr Philippen begründet den vorliegenden Antrag.

Herr Hofmann, Herr Miseler, Herr Klingschat, Frau Voß und Herr Quintana Schmidt würdigen in ihren Redebeiträgen die Ambitionen und Leistungen des Vereins Sport Live und signalisieren die Unterstützung ihrer Fraktionen für den Antrag.

Herr Paul stellt den Antrag AN 0082/2022 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich mit dem Sportverein Sport Live in Verbindung zu setzen. Das Ziel soll sein, dass es zu einem langfristigen Pachtvertrag zur Errichtung einer Halle zwischen Stadt und Verein kommt.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2022-VII-05-0882

**zu 9.19 Fortsetzung des Projekts „StralDigital“**  
**Einreicher SPD-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0042/2022**

Herr Kuhn begründet den Antrag und verweist auf die Befürwortung der Fortsetzung des Projektes „StralDigital“ durch die beteiligten Fachausschüsse der Bürgerschaft.

Herr Haack merkt an, dass wiederum keine Deckungsquelle genannt ist und über den Antrag somit nicht abgestimmt werden kann. Er bestätigt, dass die Fortsetzung des Projektes gewollt ist.

Herr Ruddies führt aus, dass die Fraktion CDU/FDP dem Antrag positiv gegenübersteht. Er erinnert an Aussagen der Verwaltung in einer vorherigen Sitzung zur Thematik, wonach die Finanzierung aus dem laufenden Haushalt erfolgen soll und bittet dahingehend um Auskunft von der Verwaltung.

Herr Fürst berichtet, dass eine Deckung im laufenden Haushalt gefunden wurde. Die Mittel in Höhe von 23 T € wurden als überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle „Zuschuss Projekte Wirtschaftsförderung“ eingestellt. Es werden Mittel aus einer derzeit nicht besetzten Planstelle im Amt 80 verwendet.

Herr Haack erklärt, dass die Fraktion Bürger für Stralsund dem Antrag mit der genannten Deckungsquelle zustimmen wird.

Herr Paul lässt über den Antrag AN 0042/2022 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Im Haushalt 2022 der Hansestadt Stralsund werden Mittel in Höhe von 23.000 Euro für die Fortsetzung des Projekts „StralDigital“ bereitgestellt.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2022-VII-05-0883

**zu 9.20 Wahl zweier Mitglieder in den Ausschuss für Familie, Soziales und Gleichstellung**  
**Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0068/2022**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Frau Kerstin Friesenhahn und Frau Anne Zabel werden als Mitglieder in den Ausschuss für Familie, Soziales und Gleichstellung gewählt.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2022-VII-05-0884

**zu 9.21 Wahl zweier Vertreter in den Ausschuss für Familie, Soziales und Gleichstellung**  
**Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0069/2022**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Frau Heike Corinth und Frau Kathrin Ruhnke werden als Vertreterinnen in den Ausschuss für Familie, Soziales und Gleichstellung gewählt.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2022-VII-05-0885

**zu 9.22 Wahl eines Mitglieds in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und  
Gesellschafteraufgaben  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0070/2022**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Henrik Gotsch wird als Mitglied in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und  
Gesellschafteraufgaben gewählt.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2022-VII-05-0886

**zu 9.23 Wahl eines Vertreters in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und  
Gesellschafteraufgaben  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0071/2022**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Christian Meier wird als Vertreter in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und  
Gesellschafteraufgaben gewählt.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2022-VII-05-0887

**zu 9.24 Wahl eines Mitglied in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0072/2022**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Andreas Redlich wird als Mitglied in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung  
gewählt.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2022-VII-05-0888

**zu 9.25 Wahl einer Vertreterin in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung**  
**Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0073/2022**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Frau Kerstin Friesenhahn wird als Vertreterin in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung gewählt.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2022-VII-05-0889

**zu 9.26 Wahl eines Mitgliedes in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung**  
**Einreicher: Fraktion AfD**  
**Vorlage: AN 0097/2022**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Frau Sandra Graf wird als Mitglied in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung gewählt.

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter  
2022-VII-05-0890

**zu 9.27 Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung**  
**Einreicher: Fraktion DIE LINKE**  
**Vorlage: AN 0077/2022**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Frau Olga Fot wird als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung gewählt.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2022-VII-05-0891

**zu 9.28 Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes in den Betriebsausschuss**  
**Einreicher: Fraktion DIE LINKE**  
**Vorlage: AN 0078/2022**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Eike Maiwald wird als stellvertretendes Mitglied in den Betriebsausschuss gewählt.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2022-VII-05-0892

**zu 9.29 Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes in den Ausschuss für Stadtmarketing**  
**Einreicher: Fraktion DIE LINKE**  
**Vorlage: AN 0079/2022**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Frau Maria Quintana Schmidt wird als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Stadtmarketing gewählt.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2022-VII-05-0893

**zu 9.30 Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für die Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindetages**  
**Einreicher: Fraktion DIE LINKE**  
**Vorlage: AN 0080/2022**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Eike Maiwald wird als stellvertretendes Mitglied für die Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindetages gewählt.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2022-VII-05-0894

**zu 9.31 Engagement Fosen Yard in Stralsund**  
**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**  
**Vorlage: DAn 0008/2022**

Herr Suhr nennt die Beweggründe der Antragstellung. Hintergrund ist die öffentliche Berichterstattung zum Insolvenzantrag der Fosen Yards Tochtergesellschaft in Emden.

Der Präsident stellt den Dringlichkeitsantrag DAn 0008/2022 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, im Rahmen der Bürgerschaftssitzung am 9. Juni 2022 zum Stand der vertraglichen Vereinbarung in Bezug auf den maritimen Gewerbepark Volkswerft zwischen dem Unternehmen Fosen Yard und der Hansestadt Stralsund zu berichten.

Dabei soll insbesondere zum Konzept, zu den damit potenziell entstehenden Arbeitsplätzen und zum Stand der für den Standort Stralsund zu gründenden Tochtergesellschaft berichtet werden.

Vor allem aber soll auf die Entwicklung des Fosen-Konzerns und seiner Tochtergesellschaften vor dem Hintergrund der Insolvenz der Tochtergesellschaft Fosen Yard Emden GmbH eingegangen und eine Einschätzung der damit einhergehenden Risiken für den Standort Stralsund gegeben werden.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2022-VII-05-0895

Herr Dr. Raith geht einleitend auf die rechtliche Vereinbarung und das Konzept ein. Der unterzeichnete Pachtvertrag sieht eine schrittweise Übernahme der Hallen bis 01.08.2022, 01.10.2022 und 01.01.2023 vor. Ab dem siebten Monat nach Betriebsaufnahme verpflichtet sich die Pächterin zur Beschäftigung von mind. 100 Arbeitnehmern in Vollzeit. Der Stadt steht ein kurzfristiges Kündigungsrecht zu, sofern die Beschäftigung signifikant unterschritten oder der Betrieb nicht bis Jahresende aufgenommen wird.

Neben dem Bau von Schiffen ermöglicht der Standort nebst Ausstattung auch die Wartung, Reparatur und Umrüstung von Schiffen.

Die gebotene Flexibilität resultiert aus dem Schiffslift, der im Unterschied zu einem Trockendock eine unabhängige Belegung einzelner Hallen / Bauplätze ermöglicht. Die Flexibilität ist am Standort Emden nach Einschätzung von Herrn Dr. Raith nicht gegeben. Zur Gesellschaftsgründung führt Herr Dr. Raith aus, dass die Fosen Deutschland Holding GmbH inzwischen regulär eingetragen ist.

Zur Entwicklung des Fosen Konzerns informiert der Leiter des Amtes für Planung und Bau, dass die norwegische Holding Fosen Yard AS stabil aufgestellt ist. Die Fosen Gruppe ist für Neu- und Umbauten sowie Reparaturen in allen Marktsegmenten gut positioniert. Zudem hat Fosen Yard in Deutschland eine Ausschreibung zum Bau von vier LNG-Bunkerschiffen gewonnen.

Herr Dr. Raith fügt hinzu, dass Führungskräfte der Fosen Gruppe im Wochenrhythmus am Standort Stralsund die Vorbereitungen zur Betriebsaufnahme vorantreiben.

Zu den hinsichtlich der Insolvenz der Tochtergesellschaft in Emden erfragten Risiken für den Standort Stralsund merkt Herr Dr. Raith an, dass für den Standort Stralsund aus der genannten Insolvenz auch Chancen entstehen können. Zum jetzigen Zeitpunkt sei es ihm nicht möglich, eine fundierte Risikoeinschätzung vorzunehmen. Herr Dr. Raith begründet dies mit den Entwicklungen der vergangenen zwei Jahren und die wirtschaftlichen Auswirkungen, u.a. Corona-Pandemie, Krieg in der Ukraine, Lieferengpässe, Preissteigerungen usw..

Herr Dr.-Ing. Badrow ergänzt, dass die Hansestadt Stralsund die Werft faktisch erst seit einem Monat besitzt. Er betont, dass er an die Ansiedelung von Fosen Yard glaubt und hinter dieser steht. Es ist klar, dass die Aufstellung am Standort breit gefächert sein müsse. Daher ist es beabsichtigt, weitere Maschinenbauer am Standort anzusiedeln, die sich gegenseitig ergänzen.

Herr Suhr verdeutlicht die Verwunderung seiner Fraktion, dass ein gut aufgestellter Konzern die Insolvenz einer Tochtergesellschaft zulässt.

Zudem bittet er um Aufklärung hinsichtlich der genannten Ausstiegsoptionen.

Der Oberbürgermeister erläutert, dass an die Pächter Rahmenbedingungen gestellt werden. Dazu zählen die Produktion maritimer Produkte oder die Schaffung/Bindung möglichst vieler Arbeitsplätze. Sollten diese Bedingungen nicht erfüllt werden, müssen andere Pächter gesucht werden, um die Erreichung der gesetzten Ziele sicherzustellen.

Der Präsident stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht.

#### **zu 10      Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses und des Oberbürgermeisters**

Es liegen keine Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses und des Oberbürgermeisters zur Genehmigung vor.

#### **zu 11      Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung**

Es liegen keine unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung vor.

## **zu 12      Behandlung von Vorlagen**

### **zu 12.1    Bebauungsplan Nr. 3.7 "Gewerbegebiet Stralsund Süd" der Hansestadt Stralsund, Abwägungs- und Satzungsbeschluss Vorlage: B 0024/2022**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Die zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 3.7 „Gewerbegebiet Stralsund Süd“ eingegangenen Stellungnahmen aus Öffentlichkeit und der Beteiligung der Behörden, Nachbargemeinden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft geprüft und gemäß Anlage 3 abgewogen.

2. Auf der Grundlage des § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) sowie nach § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern vom 15. Oktober 2015 (GVOBl. M-V 2015, S. 344), geändert durch Gesetz vom 26. Juni 2021 (GVOBl. M-V S. 1033) wird der Bebauungsplan Nr. 3.7 der Hansestadt Stralsund „Gewerbegebiet Stralsund Süd“, gelegen im Stadtteil Am Lüssower Berg, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) sowie die Satzung über die örtlichen Bauvorschriften (Teil B) in der Fassung vom April 2022 als Satzung beschlossen. Die Begründung vom April 2022 wird gebilligt.

Abstimmung: 36 Zustimmungen    2 Gegenstimmen    0 Stimmenthaltungen  
2022-VII-05-0896

### **zu 12.2    Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 22 „Wohnbebauung südlich des Tribseer Damms 54 bis 57“ der Hansestadt Stralsund, Abwägungs- und Satzungsbeschluss Vorlage: B 0030/2022**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Die zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 22 „Wohnbebauung südlich des Tribseer Damms 54 bis 57“ der Hansestadt Stralsund abgegebenen Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft geprüft und gemäß Anlage 4 abgewogen.

2. Auf der Grundlage des § 10 und des § 12 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) wird der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 22 „Wohnbebauung südlich des Tribseer Damms 54 bis 57“ gelegen im Stadtgebiet Tribseer, Stadtteil Tribseer Vorstadt bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) sowie der zugehörige Vorhaben- und Erschließungsplan in der Fassung vom April 2022 als Satzung beschlossen. Die Begründung vom März 2022 wird gebilligt.

3. Der Beschluss ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmung: 38 Zustimmungen    0 Gegenstimmen    0 Stimmenthaltungen  
2022-VII-05-0897

**zu 12.3 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 21 „Seniorenwohnanlage mit Pflegeeinrichtung nördlich der Werftstraße“ der Hansestadt Stralsund, Abwägungs- und Satzungsbeschluss  
Vorlage: B 0032/2022**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Die zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 21 „Seniorenwohnanlage mit Pflegeeinrichtung nördlich der Werftstraße“ der Hansestadt Stralsund abgegebenen Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft geprüft und gemäß Anlage 4 abgewogen.

2. Auf der Grundlage des § 10 und des § 12 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) wird der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 21 „Seniorenwohnanlage mit Pflegeeinrichtung nördlich der Werftstraße“ gelegen im Stadtgebiet Franken Stadtteil Frankenvorstadt bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) sowie der zugehörige Vorhaben- und Erschließungsplan in der Fassung vom April 2022 als Satzung beschlossen. Die Begründung vom April 2022 wird gebilligt.

3. Der Beschluss ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmung: 37 Zustimmungen    0 Gegenstimmen    1 Stimmenthaltung  
2022-VII-05-0898

**zu 12.4 Dritte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Hansestadt Stralsund (Straßensondernutzungsgebührensatzung)  
Vorlage: B 0033/2022**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die anliegende dritte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Hansestadt Stralsund (Straßensondernutzungsgebührensatzung).

Abstimmung: 29 Zustimmungen    9 Gegenstimmen    0 Stimmenthaltungen  
2022-VII-05-0899

**zu 12.5 Annahme einer Geldspende an den Zoo in Höhe von 10.000,- €  
Vorlage: B 0204/2021**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Spende in Höhe von 10.000 Euro wird angenommen und dem Zoo Stralsund zur Verfügung gestellt.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2022-VII-05-0900

**zu 12.6 Bestellung Gleichstellungsbeauftragte  
Vorlage: B 0035/2022**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Frau Sarah Haubner wird - für die Dauer der Abwesenheit der bestellten Gleichstellungsbeauftragten - zur Gleichstellungsbeauftragten bestellt.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2022-VII-05-0901

**zu 13 Verschiedenes**

Der Präsident zeigt sich zufrieden mit der Disziplin der Bürgerschaftsmitglieder während der 05. Bürgerschaftssitzung.

Die Bürgerschaftsmitglieder haben keinen Redebedarf.

**zu 14 Ausschluss der Öffentlichkeit, Eintritt in den nichtöffentlichen Teil**

Der Präsident verabschiedet die Öffentlichkeit und leitet den nichtöffentlichen Teil der Sitzung ein.

**zu 16 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntmachung der Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil**

Der Präsident stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung die Vorlagen B 0037/2022, B 0020/2022, B 0021/2022, B 0023/2022, B 0026/2022, B 0029/2022, B 0159/2021, B 0186/2021, B 0038/2022 und B 0019/2022 gemäß Beschlussvorschlag beschlossen worden sind.

**zu 17 Schluss der Sitzung**

Herr Paul dankt für die Mitarbeit und beendet die 05. Sitzung der Bürgerschaft.

gez. Peter Paul  
Präsident der Bürgerschaft  
der Hansestadt Stralsund

gez. Thomas Schulz  
1. Stellvertreter des  
Präsidenten der Bürgerschaft  
der Hansestadt Stralsund

gez. Steffen Behrendt  
Protokollführung

Niederschrift  
der Sondersitzung der Bürgerschaft

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 29.06.2022  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 16:46 Uhr  
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

**Anwesend:**

stellv. Vorsitzende/r

Herr Thomas Schulz

Mitglieder

Herr Michael Adomeit  
Frau Ute Bartel  
Herr Stefan Bauschke  
Herr Volker Borbe  
Herr Bernd Buxbaum  
Frau Dr. Heike Carstensen  
Frau Kerstin Chill  
Frau Heike Corinth  
Frau Sabine Ehlert  
Herr Frank Fanter  
Frau Olga Fot  
Frau Sandra Graf  
Herr Mario Gutknecht  
Herr Thomas Haack  
Herr Maik Hofmann  
Frau Anett Kindler  
Herr Ralf Klingschat  
Frau Andrea Kühl  
Herr Rüdiger Kuhn  
Frau Josefine Kümpers  
Herr Sebastian Lange  
Herr Michael Liebeskind  
Herr Detlef Lindner  
Herr Mathias Miseler  
Herr Michael Philippen  
Herr Marc Quintana Schmidt  
Frau Maria Quintana Schmidt  
Herr Tino Rietesel  
Herr Daniel Ruddies  
Herr Harald Runge  
Frau Birkhild Schönleiter  
Herr Maximilian Schwarz  
Herr Jürgen Suhr  
Frau Ann Christin von Allwörden  
Frau Petra Voß  
Herr Dr. med. Ronald Zabel

Protokollführer

Herr Steffen Behrendt

## **Tagesordnung:**

- 1** Eröffnung der Sitzung
- 2** Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 3** Beschlussfassung über die Tagesordnung und Eintritt in die Tagesordnung
- 4** Behandlung von Vorlagen
- 4.1** Entscheidung Wahleinspruch  
Vorlage: B 0041/2022
- 5** Verschiedenes
- 6** Ausschluss der Öffentlichkeit, Eintritt in den nichtöffentlichen Teil
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntmachung der Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil
- 10** Schluss der Sitzung

## zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der 1. Stellvertreter des Präsidenten der Bürgerschaft, Herr Schulz, stellt die ordnungsgemäße Ladung fest und gibt bekannt, dass zu Beginn der Sitzung 37 Bürgerschaftsmitglieder anwesend sind, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird im Auftrag der Hansestadt Stralsund live in das Internet übertragen.

Der Videomitschnitt des öffentlichen Teils wird zudem ab 30.06.2022 auf der Internetseite der Hansestadt Stralsund zur Verfügung gestellt.

Er geht davon aus, dass keine Einwände seitens der Mitglieder der Bürgerschaft dagegen bestehen.

Darüber hinaus gibt der 1. Stellvertreter des Präsidenten bekannt, dass durch Grimmen TV angekündigt wurde, die Sondersitzung der Bürgerschaft über soziale Medien live zu übertragen.

Abschließend weist er in Bezug auf stattfindende Film- und Tonaufnahmen auf das Vetorecht der Bürgerschaft nach § 29 Absatz 5 KV MV hin.

Herr Schulz informiert, dass mit Schreiben vom 10.06.2022 Herr Rüdiger Kuhn seinen Austritt aus der Fraktion der SPD erklärt hat. Damit wird die in der Kommunalverfassung vorgeschriebene Mindestanzahl an Mitgliedern nicht erreicht, so dass die Fraktion aufgelöst ist bzw. wird. Die bisherigen Mitglieder der Fraktion SPD führen nun die Bezeichnung Einzelbürgerschaftsmitglieder.

Eine Änderung der Sitzordnung wird zur nächsten regulären Sitzung am 25.08.2022 erfolgen. Die Mitglieder der Bürgerschaft werden hierrüber rechtzeitig informiert.

Zudem gibt Herr Schulz bekannt, dass Herr Dr. Arnold von Bosse zum 14.06.2022 das Mandat als Mitglied der Bürgerschaft niedergelegt hat. Für das ehrenamtliche Engagement dankt er Herrn Dr. von Bosse herzlich und wünsche alles Gute.

Nachrückerin ist Frau Kothe-Woywode, die allerdings zur Sondersitzung nicht anwesend sein kann. Insofern erfolgt die Verpflichtung in der Sitzung der Bürgerschaft am 25.08.2022. Frau Kothe-Woywode ist der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/ DIE PARTEI beigetreten.

Der 1. Stellvertreter des Präsidenten bittet um Kenntnisnahme.

Nachfolgend teilt Herr Schulz mit, dass traurig zur Kenntnis genommen werden musste, dass Herr Sonnfried Streicher am 10. Juni 2022 verstorben ist.

Sonnfried Streichers Wirken ist untrennbar mit dem Deutschen Meeresmuseum hier in Stralsund verbunden. 40 Jahre lang war er Leiter dieser Einrichtung und maßgeblich am Aufbau zum meistbesuchten Museum Norddeutschlands und an der Überführung des einst städtischen Museums in die Stiftung Deutsches Meeresmuseum beteiligt.

Ebenso traurig musste zur Kenntnis genommen werden, dass Peter H. Schröder am 21. Mai 2022 verstorben ist. Peter H. Schröder war langjähriger Leiter der Stralsunder Musikschule und Gründungsmitglied des Landesverbandes Musikschulen. Er begeisterte Kinder und Jugendliche für die Musik und befähigte sie dazu, setzte auf eine hohe Qualität und gab so wichtige Impulse für diese Einrichtung

Das Mitgefühl gilt den Angehörigen in dieser schweren Zeit. Das Andenken wird stets in Ehren gehalten werden.

Zum Gedenken an Sonnfried Streicher und Peter H. Schröder erheben sich die Anwesenden zu einer Schweigeminute.

## **zu 2      Änderungsanträge zur Tagesordnung**

Es liegen keine Änderungsanträge zur Tagesordnung vor.

## **zu 3      Beschlussfassung über die Tagesordnung und Eintritt in die Tagesordnung**

Der 1. Stellvertreter des Präsidenten stellt die vorliegende Tagesordnung zur Abstimmung:

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2022-VII-06-0912

## **zu 4      Behandlung von Vorlagen**

### **zu 4.1      Entscheidung Wahleinspruch Vorlage: B 0041/2022**

Herr Schulz erläutert einleitend das Verfahren zur Behandlung des Beratungsgegenstandes.

Er stellt fest, dass die Beteiligten (Herr Winterhalter als Einspruchsführer, Herr Dr.-Ing. Badrow als wiedergewählter Oberbürgermeister sowie Frau Ruhnke und Herr Ewert als Vertrauenspersonen) ordnungsgemäß geladen wurden.  
Herr Winterhalter, Herr Dr.-Ing. Badrow und Frau Ruhnke sind zur Sitzung anwesend und konnten bzw. können ihre Rechte als Beteiligte wahrnehmen.

Herr Schulz stellt nachfolgend fest, dass es seitens der Mitglieder der Bürgerschaft zunächst keine Redebeiträge gibt.

Der 1. Stellvertreter des Präsidenten erteilt Herrn Winterhalter als Einspruchsführer das Wort.

Der Einspruchsführer, Herr Jan Winterhalter, erläutert detailliert die Beweggründe für den Einspruch gegen die Gültigkeit der Oberbürgermeisterwahl vom 08.05.2022.  
Aus seiner Sicht war der durch Herrn Dr.-Ing. Badrow geführte Wahlkampf rechtswidrig und die Wahl somit ungültig.  
An der Gültigkeit der Wahl bestünden dann Zweifel, wenn grundsätzliche demokratische Prinzipien nicht eingehalten wurden.  
In dem eingelegten Einspruch werden vorrangig zwei Punkte geltend gemacht. Zum einen geht es um die Herkunft der zur Verfügung stehenden Wahlmittel, zum anderen um die rechtswidrige Verwendung des Amtes als Oberbürgermeister zu Wahlzwecken.  
Herr Winterhalter vertritt die Auffassung, dass ein Wahlkampf mit der erforderlichen Neutralität geführt werden müsse, also der Abstand von Amt und den zur Verfügung stehenden Ressourcen.  
Im konkreten Fall seien aus seiner Sicht wesentliche Elemente der Wahlkampfstrategie von Herrn Dr.-Ing. Badrow (Sterne, Volksfeste, Spenden) rechtswidrig zustande gekommen. Es sei demnach nicht auszuschließen, dass das Wahlergebnis dadurch maßgeblich beeinflusst wurde.

Herr Winterhalter geht auf die Begründung des nun zur Verfügung stehenden Prüfergebnisses der Gemeindewahlleitung ein, welches trotz der Schwere der Verdachtsmomente bereits jetzt zur Beratung vorliegt.

Er hinterfragt, ob das in der Begründung angeführte Argument der fehlenden Substantiierung des Einspruchs nicht überspannt sei.

Die Möglichkeit des Einspruchs ist das einzige Mittel, das zur Verfügung steht, um Zweifel an der Nichteinhaltung von Pflichten vorzutragen.

Der Einspruchsführer sieht Aufklärungspflichten seitens der Verwaltung und des Amtes des Oberbürgermeisters. Auch die Bürgerschaft stehe in der Verantwortung, aufgeworfene Fragen aktiv einer Klärung zuzuführen.

Er fordert generell die Schaffung von Transparenz hinsichtlich der Wahlkampffinanzierung. Herr Winterhalter merkt an, dass die errungene Mehrheit zur Oberbürgermeisterwahl unbestritten sei.

Er gesteht zudem ein, dass er in einigen Punkten seines Einspruchs einem Irrtum unterlegen ist.

Herr Winterhalter geht wiederholt auf die mögliche Nutzung der Sterne und städtischer Personalressourcen zu Wahlkampfzwecken ein, wodurch aus seiner Sicht ein erheblicher persönlicher Vorteil errungen werden konnte. Darüber hinaus kritisiert er die unterbliebene Trennung zwischen dem Amt des Oberbürgermeisters und des OB-Kandidaten Dr.-Ing. Badrow in den sozialen Medien.

Herr Winterhalter hätte sich seitens der Gemeindegewahlleitung ein stärkeres Maß an Rechercheaktivitäten gewünscht.

Der nun vorliegende Einspruch wäre gegebenenfalls nicht erforderlich gewesen, wenn der Oberbürgermeister im Interesse der Stadtgemeinschaft kritische Fragen gegenüber der Presse beantwortet hätte.

Herr Winterhalter wirbt gegenüber der Bürgerschaft für eine tiefgreifende Diskussion zu den aufgeworfenen Sachfragen.

Als Beteiligter nimmt Herr Dr.-Ing. Badrow Stellung. Er berichtet, dass er den geführten Wahlkampf selbstkritisch geprüft habe. Gleichwohl seien ihm keine signifikanten Fehler aufgefallen. Aus seiner Sicht sollten angeführte Sachverhalte keine Unterstellungen, sondern vielmehr mit Substanz hinterlegt sein. Dies sei im Einspruch in keinem Aspekt erkennbar. Herr Dr.-Ing. Badrow versichert, dass er sich an sämtliche Regularien gehalten habe und dies auch zukünftig tun werde. Die Aufstellung von bloßen Behauptungen werden von ihm kritisiert.

Seitens der anwesenden Vertrauensperson gibt es keine Wortmeldung.

Der 1. Stellvertreter des Präsidenten eröffnet für die Bürgerschaft die Debatte zur Angelegenheit.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI teilt Herr Suhr mit, dass sie ebenfalls zum Ergebnis kommen, dass der Einspruch keine ausreichend substantiierten Tatbestände enthält.

Er nimmt nachfolgend Bezug auf die besonders betonten Punkte der Finanzierung des Wahlkampfes und der Einhaltung des Neutralitätsgebotes.

Die Dimension des Wahlkampfes von Herrn Dr.-Ing. Badrow habe seine Fraktion tatsächlich etwas verwundert. Gleichwohl sei die Summe der eingesetzten finanziellen Wahlkampfmittel nicht relevant.

Die Relevanz läge vor, wenn ein belegbarer Zusammenhang zwischen einer Wahlkampfspende und Vermischung städtischer Interessen hergestellt werden könnte. Dies sei konkret nicht ersichtlich.

Zur Thematik Transparenz stimmt Herr Suhr dem Einspruchsführer zu, dass diese wichtig, die Grundlage jedoch erst durch Bundesgesetzgebung zu schaffen sei.

Für die gemeinsame Kandidatin der Parteien BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zur Oberbürgermeisterwahl, Frau Rocksien-Riad, teilt Herr Suhr mit, dass diese bereit wäre, erhaltene Wahlkampfspenden detailliert offenzulegen.

Aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI ist das Neutralitätsgebot jedoch in einigen Punkten verletzt worden. Dahingehend sei es bei einer zukünftigen Wahl erforderlich, eine klarere Abgrenzung vorzunehmen.

Herr Suhr stellt klar, dass es das demokratische Recht des Einspruchführers und aller Bürgerinnen und Bürger sei, Dinge kritisch zu hinterfragen. Gleiches gelte für die Pressevertreter.

Das vorliegende Wahlergebnis zeigt den eindeutigen Willen der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger. Die Verletzung des Neutralitätsgebotes rechtfertigt aus Sicht von Herrn Suhr nicht die Annahme, dass es zu einem anderen Wahlergebnis gekommen wäre. Das Wahlergebnis werde vorbehaltlos akzeptiert.

Zur fehlenden klaren Abgrenzung von Oberbürgermeister und Kandidat Dr.-Ing. Badrow zieht Herr Suhr die Kampagne „Stadt der Sterne“ und das frühe Aufstellen der Sterne zum Europatag heran.

Außerdem gebe es eine eindeutige Verbindung zwischen der Eröffnung der Hafenanlage Schwedenschanze und des zeitgleichen Volksfestes des Kandidaten Dr.-Ing. Badrow. Es mangelt hier an der Abgrenzung der Amtsperson und des Kandidaten.

Herr Suhr wiederholt verdeutlichend, dass davon auszugehen sei, dass sich das Wahlergebnis nicht anders dargestellt hätte.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI wird sich bei der folgenden Abstimmung enthalten.

Nach Auffassung von Herrn Bauschke ist das Prüfergebnis zur Sach- und Faktenlage eindeutig, der Einspruch ist nicht substantiiert. Er stellt klar, dass ein Einspruch ein demokratisches Recht und legitim sei, dieser jedoch auch zur Verantwortung verpflichtet, Verfehlungen deutlich herauszuarbeiten.

Dies ist im vorliegenden Fall weder schriftlich noch mündlich erfolgt.

Herr Bauschke hält es für nicht ausgeschlossen, dass in der Öffentlichkeit ein negatives Bild erzeugt wird. Dies könnte sich schädigend auf eine Person, die Stadt, das Amt oder zukünftige Wahlen auswirken. Der vorliegende Einspruch ist abzulehnen.

Herr Haack stellt fest, dass der Einspruch legitim und rechtlich in Ordnung ist. Mit Bezugnahme auf sein erstmalig zu einer Bürgerschaftssitzung getragenes Freizeitoutfit, anstatt eines Anzugs, widerspiegelt Herr Haack nach eigener Aussage seine Haltung zum vorliegenden Einspruch. Durch die Behandlung der Angelegenheit während der Sondersitzung der Bürgerschaft entstehen der öffentlichen Hand Kosten von ca. 7 T €. Der vorliegende Einspruch enthält Mutmaßungen, Unterstellungen oder Fantasien, jedoch keine fundierten Fakten.

Herr Haack bestätigt, dass es keine Verpflichtung gibt, Spenden offenzulegen.

Nachfolgend geht er auf die Finanzierung politischer Parteien im Vergleich zu Wählergemeinschaften ein.

Die Fraktion Bürger für Stralsund wird dem Beschlussvorschlag folgen und den Einspruch zurückweisen.

Abschließend teilt Herr Haack mit Blick auf den vorgetragenen Transparenzgedanken mit, den Wahlkampf des Oberbürgermeisters persönlich finanziell mit einer Spende unterstützt zu haben.

Herr Dr. Zabel geht auf die Ausführungen im Einspruch zu den Wahlplakatierungen ein. Diese Vorwürfe seien ungerechtfertigt und nicht nachvollziehbar. Er fordert den Einspruchsführer auf, vor dem Aufstellen von Thesen rational nachzudenken und er erläutert, warum der Vorwurf aufgrund der darstellbaren tatsächlichen Gegebenheiten und Ressourcen nicht haltbar ist.

Der 1. Stellvertreter des Präsidenten, Herr Schulz, stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht und lässt über die Vorlage B 0041/2022 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Einspruch von Herrn Jan Winterhalter gegen die Gültigkeit der Oberbürgermeisterwahl vom 08.05.2022 wird zurückgewiesen.

Diese Entscheidung ist dem Einspruchsführer binnen einer Frist von zwei Wochen schriftlich mit Begründung und Rechtsbehelfsbelehrung zuzustellen.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2022-VII-06-0913

## **zu 5        Verschiedenes**

Die Bürgerschaftsmitglieder haben keinen Redebedarf.

Da im nichtöffentlichen Teil der Sitzung ebenfalls kein Redebedarf signalisiert wird, beendet der 1. Stellvertreter des Präsidenten die Sondersitzung der Bürgerschaft und dankt für die konstruktive Mitarbeit.

Die übrigen Tagesordnungspunkte entfallen somit.

gez. Thomas Schulz  
1. Stellvertreter des  
Präsidenten der Bürgerschaft  
der Hansestadt Stralsund

gez. Maria Quintana Schmidt  
2. Stellvertreterin des  
Präsidenten der Bürgerschaft  
der Hansestadt Stralsund

gez. Steffen Behrendt  
Protokollführung

# TOP Ö 7.1

**Titel: Grünfläche Kleine Parower Straße**

**Einreicher: Jens Kühnel, Fraktion AfD**

Federführung: Fraktion AfD	Datum: 28.07.2022
Bearbeiter: Kühnel, Jens	

Einreicher: Herr Kühnel
-------------------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	25.08.2022	

Anfrage:

Ist für die Fläche in der Kleinen Parower Straße, Höhe Fleischerei Zahlmann, in naher Zukunft wieder eine ordentliche Pflege und Begrünung geplant?

Begründung:

In der kleinen Parower Straße, auf Höhe der Fleischerei Zahlmann, wurde eine Grünfläche weggenommen und mit Schotter befüllt, um dort vor einiger Zeit eine Ersatzhaltestelle zu schaffen. Nachdem diese nicht mehr benötigt wurde, gab es hier nur den Rückbau der Haltestelle. Der Schotter und die verschandelte Fläche blieben.

Jens Kühnel, Fraktion AfD

**Titel: Zukunft Klärschlammverbrennung in Rostock**  
**Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied**

Federführung: Einzelbürgerschaftsmitglied Adomeit	Datum: 01.08.2022
Bearbeiter: Adomeit, Michael	

Einreicher: Herr Adomeit
--------------------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	25.08.2022	

Anfrage:

Hat die Energiepolitik unserer Regierung Auswirkungen auf die Zukunft der Klärschlammverbrennung in Rostock und aufgrund der Kooperation auch auf die Hansestadt Stralsund?

Begründung:

Viele Stralsunder Bürger stehen durch die Energiepolitik unserer Regierung vor dem sozialen Absturz und sind nicht mehr in der Lage, weitere Kostensteigerungen bei lebensnotwendigen Dingen z.B. Trinkwasser zu kompensieren.

Michael Adomeit

**Titel: Wärmehallen in der Hansestadt Stralsund**  
**Einreicher: Frank Fanter, Fraktion AfD**

Federführung: Fraktion AfD	Datum: 02.08.2022
Bearbeiter: Fanter, Frank	

Einreicher: Herr Fanter
-------------------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	25.08.2022	

Anfrage:

1. Plant die Hansestadt Stralsund die Errichtung sogenannter Wärmehallen für betroffene Bürger?
2. Wenn ja, wie viele Einrichtungen dieser Art wird es dann geben?
3. Wenn ja, wie viele Betroffene wird man in diesen Hallen unterbringen können?
4. Wenn ja, wo werde diese Einrichtungen sein?

Begründung:

Laut Medienberichten bereiten sich immer mehr Städte und Kommunen auf den kommenden Winter vor. Angesichts der offensichtlich bevorstehenden Gaskrise, planen einige Städte und Kommunen die Errichtung sogenannter Wärmehalle.

Fraktion der AfD

# TOP Ö 7.4



kleine Anfrage  
Vorlage Nr.: kAF 0070/2022  
öffentlich

**Titel: zum Parken im Bereich des Freibades, Einreicher: Maik Hofmann,  
Fraktion Bürger für Stralsund**

Federführung: Fraktion Bürger für Stralsund	Datum: 11.08.2022
Bearbeiter: Hofmann, Maik	

Einreicher: Herr Hofmann
--------------------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	25.08.2022	

Anfrage:

Beabsichtigt die Verwaltung endlich gegen das immense Falschparken im Bereich des Freibades vorzugehen?

Begründung:

Es gab in der Bürgerschaft und in den Ausschüssen bereits viele Diskussionen zu diesem Thema. Das Ergebnis ist leider: Es hat sich nichts geändert. Im Gegenteil man hat das Gefühl es wird immer schlimmer. Es muss hier unbedingt etwas passieren. Es sollte auch vor abschreckenden Maßnahmen nicht haltgemacht werden.

Maik Hofmann  
Fraktion Bürger für Stralsund

TOP Ö 7.4



**Titel: zum Horthaus Juri Gagarin Schule, Einreicher: Kerstin Chill Fraktion  
Bürger für Stralsund**

Federführung: Fraktion Bürger für Stralsund	Datum: 11.08.2022
Bearbeiter: Chill, Kerstin	

Einreicher: Frau Chill
------------------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	25.08.2022	

Anfrage:

1. Warum ist mit dem Bau des Horthauses für die Juri Gagarin Schule noch nicht begonnen worden?
2. Ist noch beabsichtigt, das Horthaus zu errichten?
3. Wenn ja, wann soll es bezugsfähig sein?

Begründung:

Zu einer funktionierenden Grundschule gehört auch immer eine Hortbetreuung vor Ort dazu. Demnächst ist die Juri-Gagarin-Schule fertig. Vom immer angepriesenden Horthaus, welches auf dem Gelände entstehen sollte, ist seit diverser Zeit keine Rede mehr. Die Hortkinder müssen den langen Weg nach Knieper West zu Fuß, bei Wind und Wetter, antreten.

Eigentlich gab es in der Bürgerschaft eine Prämisse: Kurze Wege für kurze Beine. Dieses scheint von der Verwaltung nicht mehr so wichtig zu sein.

Kerstin Chill  
Fraktion Bürger für Stralsund

**Titel: Fertigstellung der Juri-Gagarin-Schule, Einreicher: Michael Philippen,  
Fraktion Bürger für Stralsund**

Federführung: Fraktion Bürger für Stralsund	Datum: 11.08.2022
Bearbeiter: Philippen, Michael	

Einreicher: Herr Philippen
----------------------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	25.08.2022	

Anfrage:

1. Ist der Einzug in die Juri-Gagarin-Schule reibungslos verlaufen?
2. War der Unterricht ohne Einschränkungen möglich?
3. Waren die Nebenräume, z. B. Toiletten u.ä., ohne Einschränkungen benutzbar?

Begründung:

In der letzten Sitzung des Bildungsausschusses vor der Sommerpause wurde auf Nachfrage von der Verwaltung mitgeteilt, dass die Juri-Gagarin-Schule zum Beginn des neuen Schuljahres in das rekonstruierte Gebäude einziehen kann. Es werden nur leichte Einschränkungen sein.

Nachdem uns heutige Bilder vom IST-Zustand zugesandt wurden können wir diesen Aussagen kaum noch Glauben schenken. Aus den Decken zeigen Kabelstränge, auf den Toiletten gibt es keine Trennwände, Malerarbeiten sind noch nicht fertig usw. usf. Es bedarf der dringenden Aufklärung für den Verzug!

Michael Philippen  
Fraktionsvorsitzender

# TOP Ö 7.6





**Titel: Schulbeginn Juri Gagarin Schule**  
**Einreicher: Andrea Kühl, Fraktion DIE LINKE/SPD**

Federführung: Fraktion DIE LINKE	Datum: 16.08.2022
Bearbeiter: Kühl, Andrea	

Einreicher: Frau Kühl
-----------------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	25.08.2022	

Anfrage:

1. Warum kam es zu den Bauverzögerungen und Einschränkungen im Schulbetrieb obwohl im zuständigen Ausschuss immer informiert wurde, dass ohne große Einschränkungen der Schulbetrieb zum Schuljahresbeginn gesichert ist?
2. Wie ist der Stand der Sanierung der Gagarin-Schule

Bitte detailliert aufführen:

- a) Sanierung des Hauptgebäudes
- b) Turnhalle
- c) Hort
- d) Mensa
- d) „Kiss-and-go-Zone“

3. Mit welchen Einschränkungen ist in welchen Bereichen wie lange noch zu rechnen?

**Begründung:**

Zum Schulbeginn gab es erhebliche Kritik von den Eltern.

**Titel: zu den steigenden Energiepreisen, Einreicher: Thomas Haack, Fraktion  
Bürger für Stralsund**

Federführung: Fraktion Bürger für Stralsund	Datum: 11.08.2022
Bearbeiter: Haack, Thomas	

Einreicher: Herr Haack
------------------------

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Termin</b>	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
-----------------------	---------------	---

Anfrage:

1. Gibt es in der Verwaltung Hochrechnungen für den Haushalt 2023 zu den steigenden Energiepreisen?
2. Gibt es bereits Handlungsoptionen, um die Belastung für den städtischen Haushalt so gering wie möglich zu halten?
3. Wenn ja, wird die Bürgerschaft an diesen Entscheidungen beteiligt?

Begründung:

Durch eine total falsche und nicht durchdachte Energiepolitik der Bundesregierung steigen die Energiepreise (Gas und Strom) in nie vorhersehbare Höhen. Dieses trifft nicht nur den privaten Verbraucher sondern auch die Kommunen.

Straßenbeleuchtung, das Heizen und die Beleuchtung von Schulen und städtischen Gebäude werden ein Riesenloch in den Haushalt unserer Stadt reißen! Deshalb heißt es jetzt, mit Fingerspitzengefühl, Handlungsoptionen zu erarbeiten. An diesen sollte die Bürgerschaft beteiligt werden!

Thomas Haack  
Fraktion Bürger für Stralsund

# TOP Ö 7.9



kleine Anfrage  
Vorlage Nr.: kAF 0076/2022  
öffentlich

**Titel: zu Eigentümerpflichten**  
**Einreicher: Sabine Ehlert, Fraktion Bürger für Stralsund**

Federführung: Fraktion Bürger für Stralsund	Datum: 12.08.2022
Bearbeiter: Ehlert, Sabine	

Einreicher: Frau Ehlert
-------------------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	25.08.2022	

Anfrage:

Werden die Eigentümer von Grundstücken regelmäßig durch die Hansestadt Stralsund aufgefordert, ihren Pflichten, wie z. B. der Reinigungspflichten von Fußwegen und Straßen, nachzukommen?

Begründung:

Beim Spazieren gehen im Bürgermeisterviertel fällt es auf, dass teilweise die Gehwege und Straßen sehr dreckig sind bzw. zugewachsen. Es wäre wichtig, die Eigentümer auf ihre Reinigungspflicht hinzuweisen.

Sabine Ehlert  
Fraktion Bürger für Stralsund

# TOP Ö 7.10



kleine Anfrage  
Vorlage Nr.: kAF 0077/2022  
öffentlich

**Titel: zu Fütterverbot von Möwen**

**Einreicher: Thomas Schulz, Fraktion Bürger für Stralsund**

Federführung: Fraktion Bürger für Stralsund	Datum: 12.08.2022
Bearbeiter: Schulz, Thomas	

Einreicher: Herr Schulz
-------------------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	25.08.2022	

Anfrage:

Ist es durch die Verwaltung beabsichtigt, weitere Verbotsschilder zur Fütterung von Möwen aufzustellen bzw. an den Verkaufskuttern im Hafengebiet von den Betreibern aufstellen zu lassen?

Begründung:

Auch in diesem Sommer nimmt die Möwenpopulation in Stralsund wieder mächtig zu. Leider halten sich im Bereich der Sundpromenade und in der Altstadt viele Einwohner und Touristen nicht an das Verbot.

Besonders an den Verkaufskuttern im Hafengebiet fällt es auf, dass hier die Möwen gefüttert „gemästet“ werden. Deshalb bedarf es weiterer Verbotsschilder und regelmäßiger Kontrolle.

Thomas Schulz  
Fraktion Bürger für Stralsund

# TOP Ö 7.11



kleine Anfrage  
Vorlage Nr.: kAF 0078/2022  
öffentlich

**Titel: Nutzung der Mittel aus dem MV-Schutzfond**  
**Einreicher: Bernd Buxbaum, Fraktion DIE LINKE**

Federführung: Fraktion DIE LINKE	Datum: 15.08.2022
Bearbeiter: Buxbaum, Bernd	

Einreicher: Herr Buxbaum
--------------------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	25.08.2022	

Anfrage:

Liegen der Verwaltungen Informationen vor, ob gemeinnützige Kulturträger mit Sitz in der Hansestadt Stralsund durch die Auswirkungen der Coronaschutzmaßnahmen /Corona-Krise in ihrer Existenz gefährdet sind oder ob gemeinnützige Kulturträger von unbilligen Härten betroffen sind?

## **Begründung:**

Corona ist noch nicht vorbei und wird uns weiter beschäftigen. Die nächste Welle ist bereits da und die Gefahr, dass es im Herbst erneut zu Einschränkungen kommen wird, ist groß. Die Kultur in unserer Stadt braucht jeden Cent, um zurückliegende und drohende Defizite auffangen zu können.

Die Kulturministerin Bettina Martin hat die Beantragungsfrist für die Beantragung von Mitteln aus dem MV-Schutzfonds Kultur für die öffentlichen und nicht öffentlichen Kulturträger bis zum 31.12.2022 verlängert. Momentan sind noch über 5 Millionen Euro im Fonds.

Falls es, wie gefragt, solche Kulturträger in unserer Stadt gibt und diese Antragsberechtigt sind, so sollten diese auf diese Hilfsmöglichkeit hingewiesen werden.

# TOP Ö 7.12



kleine Anfrage  
Vorlage Nr.: kAF 0079/2022  
öffentlich

**Titel: Stand der Sanierung der Stadtteiche**  
**Einreicher: Ute Bartel Fraktion DIE LINKE/SPD**

Federführung: Fraktion DIE LINKE	Datum: 15.08.2022
Bearbeiter: Bartel, Ute	

Einreicher: Frau Bartel
-------------------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	25.08.2022	

Anfrage:

1. Wie ist der Stand der Sanierung der Stadtteiche?
2. Wie geht es mit der Sanierung der Stadtteile weiter?
  - Was ist vorgesehen und soll wann realisiert werden?
3. Wie stellt sich eine mögliche Finanzierung in der Sache dar?
  - Welche Fördermittel sind beantragt und könnten noch beantragt werden?

**Begründung:**

Es besteht dringender Handlungsbedarf zum Erhalt der Stadtteiche.

**Titel: Verkehrsführung Kreuzung An der Werft/ Werftstraße stadteinwärts**  
**Einreicher: Dr. med. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion**

Federführung: Fraktion CDU/FDP	Datum: 11.08.2022
Bearbeiter: Zabel, Ronald, Dr. med.	

Einreicher: Herr Zabel
------------------------

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Termin</b>	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
-----------------------	---------------	---

Anfrage:

Ist es in den Augen der Verwaltung möglich und sinnvoll, die Geradeausspur stadteinwärts der Straße An d. Werft an der Kreuzung zur Werftstraße, welche aktuell über dieselbe Spur wie die der Rechtsabbiegespur verläuft, auf die Linksabbiegespur zu verlegen?

Begründung:

In den letzten Jahren, vor allem in beiden vergangenen Sommersaisons, kam es sehr häufig zu Staus und Umleitungen innerhalb der Hansestadt Stralsund. Die ohnehin im Sommer ausgelastete Verkehrssituation wurde dabei wiederholt durch Sperrungen der Rügen Brücke seitens des Straßenbauamtes und Baustellen, wie etwa in der Greifswalder Chaussee, massiv beeinträchtigt. Oft stellt dafür die Straße An d. Werft eine Möglichkeit zur Umgehung von Staus dar, da diese an der Kreuzung zur Werftstraße zur kleinen Rügenbrücke / Rügendamm führt. Da in den beiden vergangenen Sommer Songs zu Beginn der Saison die Rügenbrücke gesperrt wurde, verlief der Verkehr zur Insel Rügen zu diesen Zeiten über die kleine Brücke. Dadurch alleine kam es schon oft zu Staus. Während der Brückenöffnungszeiten zog sich dieser aber dann bis in die Straße An d. Werft. Der Geradeausverkehr, der Stadt einwärts über die Straße An d. Hafenbahn weiterfahren wollte, konnte dies oft nur nach langen Wartezeiten, da die Geradeausspur, welche auch die Rechtsabbiegespur ist, von den Rechtsabbiegern blockiert war. Die Linksabbiegespur, welche verhältnismäßig wenig genutzt wird, hätte hierbei für die Geradeausfahrer genutzt werden können. Um das in der Zukunft so ermöglichen zu können, lautet der Vorschlag die Geradeausspur auf die Linksabbiegespur zu versetzen und eine einzelne Rechtsabbiegespur anzubieten.

TOP Ö

# Aktuelle Situation



TOP Ö 7

# Neuer Vorschlag



**Titel: zur Energie- und Gasversorgung der Hansestadt Stralsund im Herbst und Winter 2022/2023**

**Einreicher: Thoralf Pieper, CDU/FDP-Fraktion**

Federführung: Fraktion CDU/FDP	Datum: 11.08.2022
Bearbeiter: Pieper, Thoralf	

Einreicher: Herr Pieper
-------------------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	25.08.2022	

Anfrage:

1. Welche Priorisierung und Maßnahmen werden bei der Sicherstellung der Energie- und Gasversorgung von der Hansestadt Stralsund für den Herbst und Winter 2022/2023 vorgenommen?
2. Gab es eine Häufung der Stromausfälle im Jahr 2022 im Vergleich zu den Vorjahren, und falls dem so ist, wodurch sind diese zu erklären?
3. Mit welcher Entwicklung für die Energie- und Gasversorgung der Hansestadt Stralsund ist zu rechnen, wenn sich die aus Russland gelieferte Gasmenge noch weiter reduzieren sollte?

Begründung:

Der außenpolitische Konflikt in der Ukraine führte bereits zum Zeitpunkt der Anfrage zu einem Einbruch der russischen Gaslieferungen. Eine weitere Reduktion der russischen Gaslieferungen wird befürchtet. Ähnlich wie bei den Corona-Maßnahmen wird bundesweit daher die „Systemrelevanz“ für die Gasversorgung diskutiert. [1] Die Industrie befürchtet einen Gasnotstand, da Gas als Rohstoff für die allermeisten Produkten der Wertschöpfungskette benötigt wird.[2] Es werden aufgrund der kritischen Gassituation auch Engpässe in der Stromversorgung befürchtet, die bis hin zu Blackouts führen könnten. [3] In der Folge der exponentiell steigenden Gaspreise werden bundesweit sogenannte „Wärmehallen“ diskutiert, um die Anzahl der Kältetode zu reduzieren. [4] Eine Entspannung der außenpolitischen Lage ist nicht in Sicht. Insbesondere unter Berücksichtigung der sich neu entwickelnden Problemzone Taiwans [5] kann sogar ein langwieriger Konflikt zwischen den BRICS-Staaten und der NATO befürchtet werden. Unter diesen Gesichtspunkten stellt sich die Frage, wie die Hansestadt Stralsund den kommenden Herbst und Winter in der bundesweit kritischen Lage der Energie- und Gasversorgung bewältigen kann.

- [1] <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/gas-rationierung-industrie-notfallplan-101.html>
- [2] <https://www.swr.de/swr2/leben-und-gesellschaft/chemische-industrie-befuerchtet-gasnotstand-die-alarmstimmung-ist-sehr-gross-100.html>
- [3] <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/gasmangel-stromversorgung-101.html>
- [4] [https://www.focus.de/politik/gas-knappheit-droht-fuer-alte-und-arme-erste-staedte-bereiten-waermehallen-fuer-den-winter-vor\\_id\\_113691252.html](https://www.focus.de/politik/gas-knappheit-droht-fuer-alte-und-arme-erste-staedte-bereiten-waermehallen-fuer-den-winter-vor_id_113691252.html)
- [5] <https://www.spiegel.de/ausland/nancy-pelosi-in-taiwan-usa-rechnen-mit-vergeltungsmassnahmen-von-china-erst-nach-abreise-a-c2fcd23f-79bd-435c-92c6-ac80a2341cc3>

**Titel: Energiesparmaßnahmen in der Hansestadt Stralsund**  
**Einreicherin: Josefine Kümpers, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**

Federführung:	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI	Datum:	16.08.2022
Bearbeiter:	Kümpers, Josefine		

Einreicher:	Frau Kümpers
-------------	--------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	25.08.2022	

Anfrage:

1. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund empfiehlt seinen Mitgliedern schon jetzt Energiesparkonzepte zu entwickeln und dies den Bürgerinnen und Bürgern zu kommunizieren. Was hat die Stadtverwaltung bisher konkret unternommen, um eine Senkung des Energieverbrauchs zu erreichen?
2. Welche konkreten Sparmaßnahmen sind geplant?
3. Welche Schritte sind wann vorgesehen, um die Planungen und Maßnahmen öffentlich zu kommunizieren?

Begründung:

Um einer Gasmangellage im kommenden Winter entgegenzuwirken, sind alle Verbraucherinnen und Verbraucher aufgefordert, den Energieverbrauch um mindestens 20 Prozent zu senken.

Verwaltungen, Institutionen, Unternehmen und Betriebe können und müssen an dieser Stelle einen wichtigen Anteil daran leisten und mit gutem Beispiel vorangehen. Gerade in öffentlichen Einrichtungen gibt es einige Möglichkeiten, um den Verbrauch signifikant zu reduzieren. Auch im öffentlichen Raum sollte in allen Bereichen ausgelotet werden, an welchen Stellen Energieverbrauch sinnvoll reduziert werden kann.

Josefine Kümpers  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI

# TOP Ö 7.16



kleine Anfrage  
Vorlage Nr.: kAF 0080/2022  
öffentlich

**Titel: Krisenstab Energie**

**Einreicher: Mathias Miseler Fraktion DIE LINKE. / SPD**

Federführung: Fraktion DIE LINKE	Datum: 15.08.2022
Bearbeiter: Miseler, Mathias	

Einreicher: Frau Bartel
-------------------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	25.08.2022	

Anfrage:

1. Gibt es einen Krisenstab Energie, der sich mit der zunehmend schwierigen Energiesituation und den Auswirkungen des Gasembargos befasst? Wenn ja, welche konkreten Aufgaben hat dieser; wenn nein, warum nicht?
2. Welche Maßnahmen ergreift die Stadtverwaltung oder hat sie schon ergriffen, um Energiepotentiale in und an öffentlichen Gebäuden zu nutzen?
3. In welchem Zeitraum und in welchem Umfang kann auf Straßenbeleuchtungen verzichtet werden?

**Begründung:**

Öffentliches Interesse.

# TOP Ö 7.17



kleine Anfrage  
Vorlage Nr.: kAF 0084/2022  
öffentlich

**Titel: Fahrradweg Kreisel Wasserstraße**  
**Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion**

Federführung: Fraktion CDU/FDP	Datum: 16.08.2022
Bearbeiter: Bauschke, Stefan	

Einreicher: Herr Bauschke
---------------------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	25.08.2022	

Anfrage:

1. Ist es möglich vor dem Kreisel Wasserstraße/Frankendamm ein Warnschild aufzustellen, das auf abbiegende Fahrradfahrer hinweist?

Begründung:

Vor dem Kreisel Wasserstraße wird der Fahrradverkehr vom Fahrradweg auf die Fahrbahn geleitet. Um gefährliche Situationen und Unfälle für Radfahrer und Autofahrer zu vermeiden, wäre ein Hinweisschild hilfreich.

Stefan Bauschke,  
CDU/FDP-Fraktion

**Titel: Zusammenarbeit Stiftung Klima- und Umweltschutz M-V**  
**Einreicher: Jürgen Suhr, Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**

Federführung:	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI	Datum:	16.08.2022
Bearbeiter:	Suhr, Jürgen		

Einreicher:	Herr Suhr
-------------	-----------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	25.08.2022	

Anfrage:

1. Plant die Hansestadt Stralsund eine Zusammenarbeit mit der Stiftung Klima- und Umweltschutz MV?
2. Wenn ja, wie soll diese Zusammenarbeit konkret aussehen?
3. Wie steht die Hansestadt zur kritisch diskutierten Stiftung nach dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine?

Begründung:

Am 24. Februar 2022 begann der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. In diesem Zusammenhang wird über die Auflösung der Stiftung Klima- und Umweltschutz M-V im Landtag und öffentlich gestritten. Der Vorstand der Stiftung Klima- und Umweltschutz M-V hatte vor diesem Hintergrund ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, welches dem Vorstand der Stiftung zur Begründung dient, die Auflösung der Stiftung sei rechtlich unzulässig. In diesem Gutachten wird unter anderem ein vermeintliches Interesse an einer Zusammenarbeit der Hansestadt Stralsund mit der Stiftung angeführt. In dem Gutachten vom 20.04.2022 wird zu dem Punkt **b) Keine tatsächliche Unmöglichkeit der Zweckverfolgung durch Ablehnung der Stiftung als Partner in der Zivilgesellschaft**, behauptet, die Hansestadt Stralsund hätte (laut Stand 17.03.2021) Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Klimastiftung. Wörtlich heißt es in dem Gutachten:

„Liegt eine neue Anfrage aus Stralsund vor, ob die Klimastiftung das „Klimaschutzkonzept 2.0 Stralsund“ durch Moderation und Information begleiten könne.“ (Gutachten Prof. Katharina Uffmann vom 20.04.2022, Seite 70.)

Ob die Hansestadt mit der umstrittenen Stiftung eine Zusammenarbeit in Erwägung zieht, ist von öffentlichem Interesse.

Jürgen Suhr  
Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI

**Titel: Verkehrskonzept Altstadt**

**Einreicherin: Anett Kindler, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**

Federführung:	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI	Datum:	16.08.2022
Bearbeiter:	Kindler, Anett		

Einreicher:	Frau Kindler
-------------	--------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	25.08.2022	

Anfrage:

1. Wann wird der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund seitens der Verwaltung die Fortschreibung des Verkehrskonzepts Altstadt vorgelegt?
2. Wie schätzt die Verwaltung die aktuelle Verkehrssituation und die damit verbundenen Belastungen in der Wasserstraße und in der Straße Am Fischmarkt in den vom Tourismus besonders geprägten Monaten Juni bis September ein?

Begründung:

Mehrfach hat die Verwaltung angekündigt, der Bürgerschaft eine Fortschreibung des Verkehrskonzeptes Altstadt vorzulegen. Im November 2021 wurde dazu auf Anfrage unserer Fraktion erklärt, dass sich das Konzept derzeit in Erarbeitung befände. Dabei wurde davon ausgegangen, dass die Fortschreibung zum Ende der ersten Jahreshälfte 2022 vorgestellt wird.

Bisher erfolgte keine Vorstellung, gleichzeitig stellte sich die Verkehrssituation z.B. im Bereich der Wasserstraße und der Straße Am Fischmarkt vor allem während der Tourismussaison einmal mehr hochproblematisch dar.

Anett Kindler  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI

# TOP Ö 8.1

Claudia Lorenz  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]

Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund  
Der Präsident Peter Paul  
Rathaus /Alter Markt  
PF 2145  
18408 Stralsund

Präsident der Bürgerschaft  
Eing.-Datum: 02.08.2022 Nr. 073080 d.  
 Kopie vom Präs. an: Präsidium 103 ✓  
↓ Bu 25.08.2022  
 Kenntnisnahme und Verbleib  
 Stellungnahme  
 Erledigung/Beantwortung in Zuständigkeit der Dezentale  
 Kopie Antwortschreiben an Präs.  
 Rücksprache  
 Ablage  
Termin: .....  
Datum/Unterschrift

## Fragen für die Einwohnerfragestunde der Bürgerschaftssitzung am 25. August 2022

01. August 2022

Sehr geehrter Herr Paul,

anbei erhalten Sie meine Fragen zum Thema „Verkehrsberuhigung Wasserstraße“ zur Bürgerschaftssitzung am 25. August 2022 mit der Bitte um schriftliche Beantwortung durch den Oberbürgermeister bzw. die Stadtverwaltung.

Mit freundlichen Grüßen  
[REDACTED]  
[REDACTED]

Fragen:

1. Welche konkreten Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung der Wasserstraße hat die Stadt Stralsund nach ihrem Schreiben vom 8. Februar 2017 (außer der punktuellen Einengung der Fahrbahn durch Fahrradbügel) konkret umgesetzt?
2. Warum werden noch immer auf Hinweisschildern Einzelziele in der Altstadt vor allem für Autofahrer\*innen benannt, und warum werden Reisebusse und Stadtrundfahrten, etwa mit dem Doppeldeckerbus, nicht von der Straße Am Fischmarkt über die Seestraße zur Hauptverkehrsstraße und über den Knieperwall/Knieperdamm geleitet?
3. Gibt es neue Pegelmessungen zu Lärmimmission und Emissionen für die Wasserstraße und wenn ja, warum ist darüber nicht informiert worden bzw. welche Schlüsse sind daraus gezogen worden?

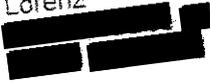
#### Anmerkungen und Begründung:

zu 1. In einem Antwortschreiben vom 8. Februar 2017 hatte der Oberbürgermeister mitgeteilt, dass sich die Bürgerschaft trotz Überschreitung der Grenzwerte im Rahmen der festgestellten Beurteilungspegel (tags und nachts) gegen die Umsetzung von Maßnahmen wie etwa eine Tempo 20-Zone oder die Unterbrechung des Kfz-Verkehrs in Nord-Süd-Richtung ausgesprochen hatte. Im gleichen Schreiben hatte Herr Dr. Badrow angekündigt, dass die Verwaltung weitere alternative Maßnahmen zur Lärmreduzierung prüfe.

zu 2. Auf einen Antrag von Claudia Lorenz vom 5. April 2017 auf Schutzmaßnahmen nach § 45 StVO Abs. 1 gegen unzumutbare verkehrsbedingte Lärmbelastigungen in der Wasserstraße hatte der Bürgerschaftspräsident Herr Paul geantwortet, dass es unter anderem in einer 1. Stufe keine Ausweisungen mehr von Einzelzielen in der Altstadt geben soll, um so den Kfz-Verkehr nicht zusätzlich in die Altstadt zu lenken. Außerdem sollten Reisebusse und Stadtrundfahrten möglichst nicht mehr die Wasserstraße passieren, sondern von der Hafensinsel direkt über die Seestraße zur Hauptverkehrsstraße und über den Knieperwall/Knieperdamm geleitet werden. Beide Maßnahmen sind noch immer nicht umgesetzt worden.

zu 3. Es wäre von Interesse über die Ergebnisse solcher Messungen informiert zu werden.

Frau  
Lorenz



Bauamt  
Abt. Straßen und Stadtgrün

Kontakt Herr Bogusch  
Durchwahl 03831 252 811  
Telefax 03831 252 811  
E-Mail sbogusch@stralsund.de  
Seite 1 von 1  
Datum 08. Feb. 2017

Bürgersprechstunde 06.12.2016

Unterschriftensammlung Verkehrsberuhigung Wasserstraße

Sehr geehrte Frau Lorenz,

hinsichtlich Ihrer Unterschriftensammlung zur Verkehrsberuhigung Wasserstraße informiere ich Sie zunächst gern über die vorliegenden Verkehrsdaten und erläutere Ihnen die „Lärmsituation“.

Mit Freigabe des Knieperwalls liegt das Kfz-Verkehrsaufkommen auf der Wasserstraße im Abschnitt zwischen Semlower Straße und Badenstraße bei ca. 4.300 Kfz / 24 h (Erfassung: November 2016). Vor Verkehrsfreigabe Knieperwall, im Oktober 2016, lag es noch bei ca. 6.000 Kfz / 24 h. Das Verkehrsaufkommen ist damit beachtlich um gut 1.700 Kfz/Tag zurückgegangen.

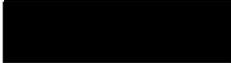
Allein auf Grund des Verkehrsaufkommens von 4.300 Kfz/h ergibt sich keine Lärm- und Schadstoffbelastigung. Die Lärmumgebungsrichtlinie fordert einen Handlungsbedarf an Straßenzügen ab 8.000 Kfz/Tag.

Hinsichtlich Lärmbelastigung sind aber weitere Gegebenheiten vor Ort im Straßenraum ausschlaggebend und zu prüfen, wie Fahrbahnoberfläche, Abstand zwischen Fahrbahnachse und Bebauung sowie Höhe dieser hinsichtlich Mehrfachreflexionen. Nach Lärmberechnung, die das Verkehrsaufkommen, einschließlich Anteil des Schwerverkehrs, und die genannten Faktoren berücksichtigt, ergibt sich im Straßenabschnitt zwischen Semlower Straße und Badenstraße ein Beurteilungspegel von 71 dB(A), tags, und bis zu 64 dB(A) nachts. Diese Beurteilungspegel liegen über den Grenzwerten 70 dB(A) am Tage und 60 dB(A) nachts, die grundsätzlich eine Lärminderung rechtfertigen. Das bedeutet, Lärminderungsmaßnahmen können durch die Straßenverkehrsbehörde angeordnet werden.

Mitteilen hierzu muss ich Ihnen, dass die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Verkehrskonzept Altstadt, die Unterbrechung des Kfz-Verkehrs in Nord-Süd Richtung und die Einrichtung einer Tempo-20-Zone, beide zielen auf eine Lärmreduzierung, ablehnte.



Frau  
Claudia Lorenz



vertreten durch den Präsidenten  
AZ: 10.06.03.0004/17-kr

Kontakt Peter Paul  
Rathaus / Alter Markt  
Durchwahl 03831 252 186  
Telefax 03831 252 188  
E-Mail praesident.buergerschaft@stralsund.de  
Seite 1 von 2  
Datum 18.07.2017

**Antrag auf Schutzmaßnahmen nach § 45 StVO Abs. 1 gegen unzumutbare  
verkehrsbedingte Lärmbelastungen in der Wasserstraße  
Ihr Schreiben vom 05.04.2017**

Sehr geehrte Frau Lorenz,

in meiner Bürgersprechstunde am 26.04.2017 haben Sie – auch im Namen weiterer Adressanten – das Schreiben mit oben genanntem Betreff abgegeben.

Nach gründlicher Prüfung durch die zuständige Behörde der Verwaltung teile ich Ihnen folgendes mit:

Nach § 45 (1) der StVO können Straßenverkehrsbehörden zum Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm und Abgasen die Benutzung bestimmter Straßen oder Straßenstrecken beschränken oder verbieten. Gleiches Recht haben sie in Erholungsorten von besonderer Bedeutung. Die Straßenverkehrsbehörden können auch Maßnahmen zur Unterstützung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung anordnen. Die Verwaltungsvorschrift zur StVO gibt dabei vor, dass Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm und Abgasen der Zustimmung der obersten Landesbehörde bedürfen und Maßnahmen zur Unterstützung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung das Einverständnis mit der Gemeinde.

Straßenverkehrsrechtliche Lärmschutzmaßnahmen, z. B. Verbote, dürfen nicht losgelöst von baulichen oder planerischen Lärmschutzmaßnahmen der Straßenbaubehörde bzw. der Gemeinde angeordnet werden. Sie müssen gem. der Richtlinien für straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm (Lärmschutz-Richtlinien-StV) in einem Konzept eingebunden sein und nachweislich eine Lärmpegelminderung bewirken

Die Abteilung Straßen und Stadtgrün hat aus diesem Grund konzeptionell generell mögliche Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, einschließlich der beantragten, zusammengestellt und hinsichtlich ihrer Wirkung in Abstimmung zwischen Verkehrsbehörde, Baulastträger und Polizeiinspektion bewertet.

In einem Stufenkonzept werden letztlich die umsetzbaren Maßnahmen aufgeführt. Das Stufenkonzept beachtet nach Lärmschutz-Richtlinien-StV die Vorgabe, vor Verboten erst andere Maßnahmen umzusetzen und ermöglicht damit eine schrittweise Realisierung in Abhängigkeit der Wirkung von Maßnahmen und von zeitlichen Verfahrensabläufen für notwendige Zustimmungen und rechtliche Regelungen.

Geplant ist, die Untersuchung und das Maßnahmenkonzept öffentlich im Fachausschuss der Bürgerschaft, Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung, vorzustellen mit dem Ziel, das Einvernehmen der Gemeinde für Maßnahmen zur Unterstützung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung herzustellen.

Als erste Stufe sollen kurzfristig Maßnahmen umgesetzt werden, die noch keine Verbote oder Einschränkungen im Sinne der StVO darstellen. Hierzu gehören:

- Lenkung Kfz-Verkehr – Anpassung Zielwegweisung (keine Ausweisung von Einzelzielen in der Altstadt)
- Lenkung Reisebusse und Stadtrundfahrtbusse (Doppeldecker) – Zielführung von der Hafensinsel über die Seestraße zur Hauptverkehrsstraße Knieperwall / Knieperdamm
- zusätzliche Kennzeichnung zur reduzierten Geschwindigkeit (Tempo-30 Zone)
- punktuelle Einengungen auf der Fahrbahn mit Fahrradbügeln

Zu den beantragten Einzelmaßnahmen nehme ich wie folgt Stellung:

- Durchfahrverbot für die Nachtzeit

Ein grundsätzliches Durchfahrverbot für die Wasserstraße führt zur Beschränkung der Widmung, sog. Vorbehalt des Straßenrechts. Erst wenn Maßnahmen der Verkehrslenkung und Geschwindigkeitsreduzierungen nicht zur erforderlichen Pegelminderung für eine Einhaltung der Beurteilungspegel führen, kann die Anordnung von Verkehrsverboten erwogen werden. Dabei kann es genügen, nur den Verkehr mit Lkw oberhalb eines zulässigen Gesamtgewichts zu verbieten. Hierauf zielt das Prüfergebnis der Verwaltung.

- Benutzung durch Busse und Lkw über 7,5 t nur mit Ausnahmegenehmigung

Vor Beschränkung wird zunächst zur Vermeidung von Busverkehr (Reisebusse und Stadtrundfahrten) eine Maßnahme der Verkehrslenkung umgesetzt. Ein grundsätzliches Verbot für Lkw > 7,5 t (tags und nachts) ist kurz und mittelfristig nicht realisierbar. In der Altstadt gibt es noch zu viele notwendige Baumaßnahmen. Die Leichtigkeit der Realisierung der Maßnahme (Richtlinien für straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm) ist nicht gegeben. Zudem gelten die zuvor beschriebenen Aussagen zu Verboten.

- Einführung von Tempo 20, wie auch von anderer Seite gefordert

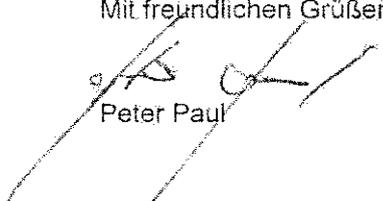
Die Maßnahme ist im o.g. Umsetzungskonzept als mittelfristige Maßnahme enthalten.

- Fahrbahnverengungen durch die Markierungen und Möblierungen.

Die o. g. kurzfristige Maßnahme: „punktuelle Einengungen auf der Fahrbahn mit Fahrradbügeln“ entspricht dieser beantragten Maßnahme.

Ich bitte Sie, auch die Mitunterzeichnenden des Schreibens vom 05.04.2017 über meine Antwort zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen

  
Peter Paul

**Titel: Anpassung des Wochenmarktkonzeptes**

**Einreicher: Stefan Bauschke für den Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung**

**Bernd Buxbaum für den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben**

Federführung:	Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung	Datum:	27.06.2022
Einreicher:	Bauschke, Stefan Buxbaum, Bernd		

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	25.08.2022	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Das Konzept des Wochenmarktes wird dahingehend abgeändert, dass die Großmarkt Rostock GmbH als Betreiberin der Wochenmärkte in Stralsund zukünftig freitags auf dem Neuen Markt nur noch eine oder mehrere der folgenden Warenarten feilbietet:

1. Lebensmittel
2. Produkte des Obst- und Gartenbaus, der Land- und Forstwirtschaft und der Fischerei sowie rohe Naturerzeugnisse, Kleingartenbedarf und Blumenpflegemittel, Blumenarrangements und Kränze, eingetopfte oder bewurzelte Bäume und Sträucher und Artikel des Kunsthandwerks und des Kunstgewerbes

Die übrigen Bestandteile des Wochenmarktkonzeptes bleiben unberührt. Die Umsetzung durch die Großmarkt Rostock GmbH soll bei der nächsten Standplatzvergabe, spätestens jedoch zum 01.01.2023 erfolgen.

Begründung:

Es besteht eine hohe Nachfrage nach regionalen Produkten der genannten Waren und Warenarten. Durch regionale Anbieter und Produkte soll das bereits bestehende und gute Angebot auf dem Freitagsmarkt weiter ausgebaut und forciert werden. Aus diesem Grund sollen auch nur noch die genannten Waren und Warenarten zukünftig auf dem Wochenmarkt am Freitag feilgeboten und durch die Betreiberin zugelassen werden."

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

Stefan Bauschke  
Vorsitzender des Ausschusses  
für Bau, Umwelt, Klimaschutz  
und Stadtentwicklung

Bernd Buxbaum  
Vorsitzender des Ausschusses für  
Wirtschaft, Tourismus und  
Gesellschafteraufgaben

**Titel: Sirenenalarm**  
**Einreicher Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied**

Federführung: Einzelbürgerschaftsmitglied Adomeit	Datum: 02.08.2022
Einreicher: Adomeit, Michael	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	25.08.2022	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, nach Aufbau des Sirenenwarnsystems in der Hansestadt Stralsund jeden Mittwoch um 13 Uhr einen Probealarm zu veranlassen.

Begründung:

Die Stralsunder waren es gewöhnt, bis zum Abbau des Sirenenwarnsystems in der Hansestadt Stralsund, jeden Mittwoch Punkt 13 Uhr ein Sirenenwarnton zu hören.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

Michael Adomeit

**Titel: Neugeborenen Prämie**  
**Einreicher: Fraktion AfD**

Federführung: Fraktion AfD	Datum: 04.08.2022
Einreicher: Fraktion AfD	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	25.08.2022	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der OB wird beauftragt, eine Neugeborenen Prämie in Höhe von 300 Euro für neugeborene Kinder in der Hansestadt Stralsund zu prüfen. Als Voraussetzung für die Auszahlung müssen beide Elternteile Bürger der Hansestadt Stralsund sein.  
Das Ergebnis ist federführend dem Ausschuss „Familie, Soziales und Gleichstellung“, sowie dem Ausschuss „Finanzen und Vergabe“ vorzulegen.

Begründung:

Auch wir sollten dem demographischen Wandel die Stirn bieten und die Hansestadt Stralsund für junge Familien attraktiver machen. Ein Begrüßungsgeld von 50 Euro, was die Stadtwerke Stralsund derzeit auch nur an ihre Kunden zahlt, reicht bei Weitem nicht aus. Mit der Einführung einer Neugeborenen Prämie zeigen wir jungen Leuten und Familien, dass sie in der Hansestadt Stralsund willkommen sind.

Um einen Missbrauch von Steuergeldern zu verhindern ist es notwendig, dass als Voraussetzung zur Auszahlung der Neugeborenen Prämie beide Elternteile Bürger der Hansestadt Stralsund sind.

Finanzielle Auswirkungen:

Sind zu prüfen.

Frank Fanter  
Fraktionsvorsitzender

**Titel: zur Errichtung eines Hundestrandes**

**Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund**

Federführung: Fraktion Bürger für Stralsund	Datum: 15.08.2022
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	25.08.2022	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob es möglich ist, den Strand auf dem Dänholm (Schwemmi) zu einem Hundestrand umzufunktionieren. Bei der Betrachtung sollte auch die eventuelle Errichtung eines Hundespielplatzes eruiert werden.

Begründung:

Immer wieder wird in der Bevölkerung über einen Hundestrand und über Hundespielplätze diskutiert. Wir könnten uns vorstellen, dass beide Vorhaben auf dem Dänholm (Schwemmi) umgesetzt werden könnten. Hierzu bedarf es natürlich der Erstellung eines Konzeptes und der Ermittlung der Kosten.

Michael Philippen  
Fraktionsvorsitzender  
Fraktion Bürger für Stralsund





**Titel: zu Radfahrstreifen, Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund**

Federführung: Fraktion Bürger für Stralsund	Datum: 15.08.2022
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	25.08.2022	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt umzusetzen, dass es zu keiner Aufbringung von Radfahrstreifen auf öffentlichen Straßen, ohne Beteiligung des Bauausschusses, kommt.

Begründung:

Über Radfahrstreifen streiten sich schon seit langem die Geister. Während die einen von mehr Sicherheit von Radfahrern sprechen, sprechen die anderen von einer größeren Unsicherheit von Radfahrern und Autofahrern. Unsere Fraktion unterstützt letzteren Ansatz. In unserer Stadt wurden in den letzten Jahren mit einem großen finanziellen Aufwand viele Radfahrstreifen aufgebracht. Über positive Fakten kann man hier kaum sprechen. Es darf auch ohne Radfahrstreifen auf der Straße gefahren werden. In der letzten Woche wurden mit großem finanziellen und personellen Aufwand in der Großen Parower Straße wieder Fahrradstreifen aufgebracht. Die Straße wurde bei der grad erfolgten Sanierung verengt und es gibt einen schönen Fahrradweg. Nach dazu ist dieses eine der Einflugschneisen für den Rettungsdienst. Diese Markierung war letztendlich der Auslöser für den heutigen Antrag. Sinnloser kann eine Markierung nicht sein. Man fühlt sich ein bisschen nach Schilda versetzt.

Michael Philippen  
Fraktionsvorsitzender  
Fraktion Bürger für Stralsund

**Titel: Kein öffentlicher Raum für Waffenschauen zum Zweck der Soldatenwerbung in der Hansestadt Stralsund**  
**Einreicher: Fraktion DIE LINKE.**

Federführung: Fraktion DIE LINKE	Datum: 15.08.2022
Einreicher: Buxbaum, Bernd	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	25.08.2022	

### **Beschlussvorschlag:**

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, dass die Hansestadt Stralsund keine öffentlichen Straßen oder Plätze zur Verfügung stellt auf denen mit schweren Waffen bzw. Waffensystemen für den freiwilligen Dienst bei der Bundeswehr geworben wird.

### **Begründung:**

Panzer, Schützenpanzer, Raketen- und Artilleriesysteme, insgesamt schwere Waffen, dürfen gerade in einer Zeit, in der sich Deutschland mehr und mehr auf dem Weg in die Richtung einer aktiven Kriegspartei im Russisch - Ukrainischen Krieg begibt, nicht als "Anwerbungsblickfang" für militärischen Nachwuchs in unserer Stadt genutzt werden. Bei solcherlei Waffenschau ist es unvermeidlich, dass sie als Drohkulisse zur militärischen Machtdemonstration im öffentlichen Raum wahrgenommen wird.

Die Linke in Stralsund ist sich bewusst, dass diese Stadt eine lange militärische Tradition hat, durch welche die Stadt und nicht wenige ihrer Einwohner zum Teil geprägt worden sind.

Nach dem Grundgesetz unterhält die Bundesrepublik eigene Streitkräfte und **DIE LINKE** bekennt sich zu dem Grundgesetz. Unser politisches Ziel bleibt dennoch die Gewaltfreiheit der Beziehungen zwischen allen Staaten. Ein Weg dazu ist der Rüstungsabbau, sowie die Begrenzung der Streitkräfte in Deutschland, Europa und weltweit. Staaten die zahlenmäßig kleine Streitkräfte unterhalten, werden von anderen Ländern nicht als militärische Bedrohung wahrgenommen.

Rüstung entzieht jeder Volkswirtschaft finanzielle Ressourcen, welche vorrangig im sozialen Bereich, im Bildungswesen und für den klimafreundlichen Umbau der Verkehrsinfrastruktur und der Wirtschaft fehlen.

**Titel: 4. Fortschreibung des Wirtschafts- und Handelskonzeptes der Hansestadt Stralsund**

**Einreicher: Fraktion DIE LINKE**

Federführung: Fraktion DIE LINKE	Datum: 15.08.2022
Einreicher: Buxbaum, Bernd	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	25.08.2022	

**Beschlussvorschlag:**

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, den Oberbürgermeister Dr. Alexander Badrow mit der 4. Fortschreibung des Wirtschafts- und Handelskonzeptes der Hansestadt Stralsund zu beauftragen.

**Begründung:**

Das 3. Wirtschafts- und Handelskonzeptes der Hansestadt Stralsund ist im Jahre 2011 fertig gestellt worden.

Seit dieser Zeit sind neue Herausforderungen für die Stadt entstanden wie z.B. die Fragen der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen oder wie und woher wird künftig die Energieversorgung für die Stadt und ihre Bürger sichergestellt werden können. Wie stellt sich die Stadt auf die zunehmende Elektromobilität auf der Straße, den Rad - und Fußwegen ein?

Das Thema der maritimen Wirtschaft ist für die Hansestadt Stralsund seit März 2022 aus einem neuen, chancenreichen Gesichtspunkt darzustellen.

„Wo will die Stadt stehen in 10 – 20 Jahren? Wo werden die zukünftigen Arbeitsplätze liegen? In welche Bereiche soll längerfristig investiert werden und welche Voraussetzungen muss man dafür schaffen? Welche Prioritäten werden gesetzt unter dem Gesichtspunkt unterschiedlicher, zum Teil divergierender Interessen und knapper Mittel?“

**Titel: Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des  
Hauptausschusses (Einheitsliste)**  
**Einreicher: alle Fraktionen**

Federführung: alle Fraktionen	Datum: 11.08.2022
Einreicher: Zabel, Ronald, Dr. med.	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	25.08.2022	

Beschlussvorschlag:  
Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

In den Hauptausschuss werden gewählt:

*Mitglieder*

**CDU/FDP-Fraktion**

Stefan Bauschke  
Maximilian Schwarz  
Thoralf Pieper

**Fraktion Die LINKE/ SPD**

Andrea Kühl  
Ute Bartel

**Zählergemeinschaft Fraktion BfS/ EBM M. Adomeit**

Michael Philippen  
Thomas Haack

**Fraktion B90/ GRÜNE**

Jürgen Suhr

**Fraktion AfD**

Frank Fanter

*Stellvertreter*

Volker Borbe  
Heike Corinth  
Ralf Klingschat  
Ann Christin von Allwörden

Marc Quintana Schmidt  
Sebastian Lange  
Maria Quintana Schmidt  
Mathias Miseler

Thomas Schulz  
Maik Hofmann  
Kerstin Chill  
Sabine Ehlert

Anett Kindler  
Josefine Kümpers  
Petra Voß  
Robert Gränert

Sandra Graf  
Mario Gutknecht

Begründung: Die Neuwahl wurde beantragt.

Dr. Ronald Zabel  
Vorsitzender CDU/FDP-Fraktion

Andrea Kühl  
Vorsitzende Fraktion DIE LINKE/SPD

Michael Philippen  
Vorsitzender Fraktion BfS

Jürgen Suhr  
Vorsitzender Fraktion B90 / GRÜNE

Frank Fanter  
Vorsitzender Fraktion AfD

**Titel: Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für  
Finanzen und Vergabe (Einheitsliste)**

**Einreicher: alle Fraktionen**

Federführung: alle Fraktionen	Datum: 11.08.2022
Einreicher: Zabel, Ronald, Dr. med.	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	25.08.2022	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

In den Ausschuss für Finanzen und Vergabe werden gewählt:

*Mitglieder*

*Stellvertreter*

**CDU/FDP-Fraktion**

Michael Liebeskind  
Christian Meier skE  
Thoralf Pieper

Volker Borbe  
Kathrin Ruhnke skE  
Marco Schröder skE

**Fraktion Die LINKE/ SPD**

Marc Quintana Schmidt  
Klaus Winter skE

Sebastian Lange  
Ute Bartel

**Zählgemeinschaft Fraktion BfS/ EBM M. Adomeit**

Detlef Lindner  
Gerd Schlimper skE

Thomas Haack  
Kerstin Chill

**Fraktion B90/ GRÜNE**

Robert Gränert

Richard Kinder skE

**Fraktion AfD**

Mario Gutknecht

Hans Krämer skE

Begründung: Die Neuwahl wurde beantragt.

Dr. Ronald Zabel  
Vorsitzender CDU/FDP-Fraktion

Andrea Kühl  
Vorsitzende Fraktion Die LINKE/SPD

Michael Philippen  
Vorsitzender Fraktion BfS

Jürgen Suhr  
Vorsitzender Fraktion B90 / GRÜNE

Frank Fanter  
Vorsitzender Fraktion AfD

**Titel: Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter in den Rechnungsprüfungsausschuss (Einheitsliste)**  
**Einreicher: alle Fraktionen**

Federführung: alle Fraktionen	Datum: 11.08.2022
Einreicher: Zabel, Ronald, Dr. med.	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	25.08.2022	

Beschlussvorschlag:  
Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

In den Rechnungsprüfungsausschuss werden gewählt:

*Mitglieder*

*Stellvertreter*

**CDU/FDP-Fraktion**

Daniel Ruddies  
Henrik Gotsch skE  
Ralf Klingschat

Christian Binder skE  
Christian Meier skE  
Michael Liebeskind

**Fraktion Die LINKE/ SPD**

Jens Köhler skE  
Tobias Ewert skE

Sebastian Lange  
Michael Werner skE

**Zählergemeinschaft Fraktion BfS/ EBM M. Adomeit**

Kerstin Chill  
Tino Rietesel

Thoralf Stender skE  
Egbert Präkels skE

**Fraktion B90/ GRÜNE**

Robert Gränert

Heiko Zahn skE

**Fraktion AfD**

Jens Kühnel

Mario Gutknecht

Begründung: Die Neuwahl wurde beantragt.

Dr. Ronald Zabel  
Vorsitzender CDU/FDP-Fraktion

Andrea Kühl  
Vorsitzende Fraktion Die LINKE/SPD

Michael Philippen  
Vorsitzender Fraktion BfS

Jürgen Suhr  
Vorsitzender Fraktion B90 / GRÜNE

Frank Fanter  
Vorsitzender Fraktion AfD

**Titel: Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung (Einheitsliste)**  
**Einreicher: alle Fraktionen**

Federführung: alle Fraktionen	Datum: 11.08.2022
Einreicher: Zabel, Ronald, Dr. med.	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	25.08.2022	

Beschlussvorschlag:  
Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

In den Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung werden gewählt:

*Mitglieder*

*Stellvertreter*

**CDU/FDP-Fraktion**

Stefan Bauschke  
Volker Borbe  
Christian Binder skE

Daniel Ruddies  
Kathrin Ruhnke skE  
Marco Schröder skE

**Fraktion Die LINKE/ SPD**

Jan Gottschling skE  
Mathias Miseler

Bernd Buxbaum  
Bernd Röhl skE

**Zählgemeinschaft Fraktion BfS/ EBM M. Adomeit**

Stefan Nachtwey skE  
Thomas Haack

Jörg Schulz skE  
Thomas Schulz

**Fraktion B90/ GRÜNE**

Jürgen Suhr

Rainer Starke skE

**Fraktion AfD**

Ulrich Grösser skE

Frank Fanter

Begründung: Die Neuwahl wurde beantragt.

Dr. Ronald Zabel  
Vorsitzender CDU/FDP-Fraktion

Andrea Kühl  
Vorsitzende Fraktion Die LINKE/SPD

Michael Philippen  
Vorsitzender Fraktion BfS

Jürgen Suhr  
Vorsitzender Fraktion B90 / GRÜNE

Frank Fanter  
Vorsitzender Fraktion AfD

**Titel: Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für  
Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben (Einheitsliste)  
Einreicher: alle Fraktionen**

Federführung: alle Fraktionen	Datum: 11.08.2022
Einreicher: Zabel, Ronald, Dr. med.	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	25.08.2022	

Beschlussvorschlag:  
Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

In den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben werden gewählt:

*Mitglieder*

*Stellvertreter*

**CDU/FDP-Fraktion**

Henrik Gotsch skE  
Maximilian Schwarz  
Daniel Ruddies

Christian Meier skE  
Michael Liebeskind  
Ralf Klingschat

**Fraktion Die LINKE/ SPD**

Bernd Buxbaum  
Dr. Heike Carstensen

Jürgen Oschmann skE  
Ute Bartel

**Zählergemeinschaft Fraktion BfS/ EBM M. Adomeit**

Michael Adomeit  
Rocco Pantermöller skE

Siegrid Klook skE  
Thomas Schulz

**Fraktion B90/ GRÜNE**

Sally Raese skE

Heiko Werner skE

**Fraktion AfD**

Birkhild Schönleiter

Sandra Graf

Begründung: Die Neuwahl wurde beantragt.

Dr. Ronald Zabel  
Vorsitzender CDU/FDP-Fraktion

Andrea Kühl  
Vorsitzende Fraktion Die LINKE/SPD

Michael Philippen  
Vorsitzender Fraktion BfS

Jürgen Suhr  
Vorsitzender Fraktion B90 / GRÜNE

Frank Fanter  
Vorsitzender Fraktion AfD

**Titel: Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung (Einheitsliste)**  
**Einreicher: alle Fraktionen**

Federführung: alle Fraktionen	Datum: 11.08.2022
Einreicher: Zabel, Ronald, Dr. med.	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	25.08.2022	

Beschlussvorschlag:  
Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

In den Ausschuss für Familie, Soziales und Gleichstellung werden gewählt:

*Mitglieder*

*Stellvertreter*

**CDU/FDP-Fraktion**

Kerstin Friesenhahn skE  
Anne Zabel skE  
Thoralf Pieper

Doreen Breuer skE  
Heike Corinth  
Kathrin Ruhnke skE

**Fraktion Die LINKE/ SPD**

Sebastian Lange  
Dr. Heike Carstensen

Sieglinde Löhrmann-Venz skE  
Martina Winkelmann skE

**Zählgemeinschaft Fraktion BfS/ EBM M. Adomeit**

Sabine Ehlert  
Tino Rietesel

Thomas Haack  
Egbert Präkels skE

**Fraktion B90/ GRÜNE**

Josefine Kümpers

Petra Voß

**Fraktion AfD**

Jens Kühnel

Hans Krämer skE

Begründung: Die Neuwahl wurde beantragt.

Dr. Ronald Zabel  
Vorsitzender CDU/FDP-Fraktion

Andrea Kühl  
Vorsitzende Fraktion Die LINKE/SPD

Michael Philippen  
Vorsitzender Fraktion BfS

Jürgen Suhr  
Vorsitzender Fraktion B90 / GRÜNE

Frank Fanter  
Vorsitzender Fraktion AfD

# TOP Ö 9.14

**Titel: Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung (Einheitsliste)**

**Einreicher: alle Fraktionen**

Federführung: alle Fraktionen	Datum: 11.08.2022
Einreicher: Zabel, Ronald, Dr. med.	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	25.08.2022	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

In den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung werden gewählt:

*Mitglieder*

*Stellvertreter*

**CDU/FDP-Fraktion**

Ann Christin von Allwörden  
Andreas Redlich skE  
Marco Schröder skE

Daniel Ruddies  
Kerstin Friesenhahn skE  
Thoralf Pieper

**Fraktion Die LINKE/ SPD**

Maria Quintana Schmidt  
Mathias Miseler

Olga Fot  
Eike Maiwald skE

**Zählergemeinschaft Fraktion BfS/ EBM M. Adomeit**

Achim Stuhr skE  
Kerstin Chill

Jörg Schulz skE  
Maik Bowitz skE

**Fraktion B90/ GRÜNE**

Axel Peters skE

Kai Danter skE

**Fraktion AfD**

Sandra Graf

Mario Gutknecht

Begründung: Die Neuwahl wurde beantragt.

Dr. Ronald Zabel  
Vorsitzender CDU/FDP-Fraktion

Andrea Kühl  
Vorsitzende Fraktion Die LINKE/SPD

Michael Philippen  
Vorsitzender Fraktion BfS

Jürgen Suhr  
Vorsitzender Fraktion B90 / GRÜNE

Frank Fanter  
Vorsitzender Fraktion AfD

**Titel: Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Sportausschusses (Einheitsliste)**  
**Einreicher: alle Fraktionen**

Federführung: alle Fraktionen	Datum: 11.08.2022
Einreicher: Zabel, Ronald, Dr. med.	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	25.08.2022	

Beschlussvorschlag:  
Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

In den Sportausschuss werden gewählt:

*Mitglieder*

*Stellvertreter*

**CDU/FDP-Fraktion**

Ralf Klingschat  
Jonathan Göbel skE  
Ann Christin von Allwörden

Marco Schröder skE  
Stefan Bauschke  
Henrik Gotsch skE

**Fraktion Die LINKE/ SPD**

Maria Quintana Schmidt  
Mathias Miseler

Thomas Melms skE  
Bert Linke skE

**Zählgemeinschaft Fraktion BfS/ EBM M. Adomeit**

Clemens Sommer skE  
Michael Philippen

Maik Bowitz skE  
Thoralf Stender skE

**Fraktion B90/ GRÜNE**

Richard Kinder skE

Sandra Kothe-Woywode

**Fraktion AfD**

Frank Fanter

Ulrich Grösser skE

Begründung: Die Neuwahl wurde beantragt.

Dr. Ronald Zabel  
Vorsitzender CDU/FDP-Fraktion

Andrea Kühl  
Vorsitzende Fraktion Die LINKE/SPD

Michael Philippen  
Vorsitzender Fraktion BfS

Jürgen Suhr  
Vorsitzender Fraktion B90 / GRÜNE

Frank Fanter  
Vorsitzender Fraktion AfD

**Titel: Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des  
Kulturausschusses (Einheitsliste)**

**Einreicher: alle Fraktionen**

Federführung: alle Fraktionen	Datum: 11.08.2022
Einreicher: Zabel, Ronald, Dr. med.	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	25.08.2022	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

In den Kulturausschuss werden gewählt:

*Mitglieder*

*Stellvertreter*

**CDU/FDP-Fraktion**

Heike Corinth  
Daniel Ruddies  
Doreen Breuer skE

Volker Zeitz skE  
Christian Binder skE  
Kerstin Friesenhahn skE

**Fraktion Die LINKE/ SPD**

Olga Fot  
Ute Bartel

Thomas Melms skE  
Dr. Heike Carstensen

**Zählgemeinschaft Fraktion BfS/ EBM M. Adomeit**

Christian Bremert skE  
Thomas Schulz

Egbert Präkels skE  
Jörg Schulz skE

**Fraktion B90/ GRÜNE**

Friedericke Fechner

Sebastian Braun skE

**Fraktion AfD**

Hans Krämer skE

Jens Kühnel

Begründung: Die Neuwahl wurde beantragt.

Dr. Ronald Zabel  
Vorsitzender CDU/FDP-Fraktion

Andrea Kühl  
Vorsitzende Fraktion Die LINKE/SPD

Michael Philippen  
Vorsitzender Fraktion BfS

Jürgen Suhr  
Vorsitzender Fraktion B90 / GRÜNE

Frank Fanter  
Vorsitzender Fraktion AfD

**Titel: Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung (Einheitsliste)**  
**Einreicher: alle Fraktionen**

Federführung: alle Fraktionen	Datum: 11.08.2022
Einreicher: Zabel, Ronald, Dr. med.	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	25.08.2022	

Beschlussvorschlag:  
Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

In den Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung werden gewählt:

*Mitglieder*

*Stellvertreter*

**CDU/FDP-Fraktion**

Heike Corinth  
Maximilian Schwarz  
Kathrin Ruhnke skE

Doreen Breuer skE  
Jonathan Göbel skE  
Alexander Buschner skE

**Fraktion Die LINKE/ SPD**

Christa Labouvie skE  
Kathi Rickmann skE

Bernd Buxbaum  
Mathias Leddin skE

**Zählergemeinschaft Fraktion BfS/ EBM M. Adomeit**

Maik Hofmann  
Thomas Haack

Tino Rietesel  
Maik Bowitz skE

**Fraktion B90/ GRÜNE**

Sandra Kothe-Woywode

Stefan Bedau skE

**Fraktion AfD**

Dario Seifert skE

Ulrich Grösser skE

Begründung: Die Neuwahl wurde beantragt.

Dr. Ronald Zabel  
Vorsitzender CDU/FDP-Fraktion

Andrea Kühl  
Vorsitzende Fraktion Die LINKE/SPD

Michael Philippen  
Vorsitzender Fraktion BfS

Jürgen Suhr  
Vorsitzender Fraktion B90 / GRÜNE

Frank Fanter  
Vorsitzender Fraktion AfD

**Titel: Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Betriebsausschusses (Einheitsliste)**  
**Einreicher: alle Fraktionen**

Federführung: alle Fraktionen	Datum: 12.08.2022
Einreicher: Zabel, Ronald, Dr. med.	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	25.08.2022	

Beschlussvorschlag:  
Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

In den Betriebsausschuss werden gewählt:

*Mitglieder*

*Stellvertreter*

**CDU/FDP-Fraktion**

Henrik Gotsch skE  
Michael Liebeskind  
Volker Borbe

Rolf-Peter Zimmer skE  
Ann Christin von Allwörden  
Christian Meier skE

**Fraktion Die LINKE/ SPD**

Sebastian Lange  
Brigitte Tornow skE

Eike Maiwald skE  
Jan Gottschling skE

**Zählergemeinschaft Fraktion BfS/ EBM M. Adomeit**

Egbert Präkels skE  
Michael Adomeit

Thoralf Stender skE  
Gabriele Szelwis skE

**Fraktion B90/ GRÜNE**

Anett Kindler

Peter Schrewe skE

**Fraktion AfD**

Jens Kühnel

Sandra Graf

Begründung: Die Neuwahl wurde beantragt.

Dr. Ronald Zabel  
Vorsitzender CDU/FDP-Fraktion

Andrea Kühl  
Vorsitzende Fraktion Die LINKE/SPD

Michael Philippen  
Vorsitzender Fraktion BfS

Jürgen Suhr  
Vorsitzender Fraktion B90 / GRÜNE

Frank Fanter  
Vorsitzender Fraktion AfD

**Titel: Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Stadtmarketing (Einheitsliste)**  
**Einreicher: alle Fraktionen**

Federführung: alle Fraktionen	Datum: 12.08.2022
Einreicher: Zabel, Ronald, Dr. med.	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	25.08.2022	

Beschlussvorschlag:  
Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

In den Ausschuss für Stadtmarketing werden gewählt:

*Mitglieder*

*Stellvertreter*

**CDU/FDP-Fraktion**

Michael Liebeskind  
Maximilian Schwarz  
Anne Zabel skE

Daniel Ruddies  
Heike Corinth  
Michael Lietz skE

**Fraktion Die LINKE/ SPD**

Christa Labouvie skE  
Bernd Röhl skE

Maria Quintana Schmidt  
Marc Quintana Schmidt

**Zählgemeinschaft Fraktion BfS/ EBM M. Adomeit**

Michael Philippen  
Thomas Haack

Rocco Pantermöller skE  
Thoralf Stender skE

**Fraktion B90/ GRÜNE**

Anett Kindler

Richard Kinder skE

**Fraktion AfD**

Sandra Graf

Hans Krämer skE

Begründung: Die Neuwahl wurde beantragt.

Dr. Ronald Zabel  
Vorsitzender CDU/FDP-Fraktion

Andrea Kühl  
Vorsitzende Fraktion Die LINKE/SPD

Michael Philippen  
Vorsitzender Fraktion BfS

Jürgen Suhr  
Vorsitzender Fraktion B90 / GRÜNE

Frank Fanter  
Vorsitzender Fraktion AfD

**Titel: Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter des  
Stadtkleingartenausschusses (Einheitsliste)  
Einreicher: alle Fraktionen**

Federführung: alle Fraktionen	Datum: 12.08.2022
Einreicher: Zabel, Ronald, Dr. med.	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	25.08.2022	

Beschlussvorschlag:  
Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

In den Stadtkleingartenausschuss werden gewählt:

*Mitglieder*

*Stellvertreter*

**CDU/FDP-Fraktion**

Kathrin Ruhnke skE  
Thoralf Pieper  
Maximilian Schwarz

Christian Binder skE  
Rolf-Peter Zimmer skE  
Kerstin Friesenhahn skE

**Fraktion Die LINKE/ SPD**

Thomas Melms skE  
Dr. Heike Carstensen

Maria Quintana Schmidt  
Andrea Kühl

**Zählergemeinschaft Fraktion BfS/ EBM M. Adomeit**

Detlef Lindner  
Michael Adomeit

Rocco Pantermöller skE  
Bärbel Wurm-Böhmke skE

**Fraktion B90/ GRÜNE**

Petra Voß

Dr. Arnold von Bosse skE

**Fraktion AfD**

Sandra Graf

Hans Krämer skE

Begründung: Die Neuwahl wurde beantragt.

Dr. Ronald Zabel  
Vorsitzender CDU/FDP-Fraktion

Andrea Kühl  
Vorsitzende Fraktion Die LINKE/SPD

Michael Philippen  
Vorsitzender Fraktion BfS

Jürgen Suhr  
Vorsitzender Fraktion B90 / GRÜNE

Frank Fanter  
Vorsitzender Fraktion AfD

**Titel: Wahl der ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter in den zeitweiligen Ausschuss Volkswerft (Einheitsliste)**  
**Einreicher: alle Fraktionen**

Federführung: alle Fraktionen	Datum: 12.08.2022
Einreicher: Zabel, Ronald, Dr. med.	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	25.08.2022	

Beschlussvorschlag:  
Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

In den zeitweiligen Ausschuss Volkswerft werden gewählt:

*Mitglieder*

*Stellvertreter*

**CDU/FDP-Fraktion**

Maximilian Schwarz  
Alexander Buschner skE  
Thorsten Nessler skE

Ralf Klingschat  
Kerstin Friesenhahn skE  
Jonathan Göbel skE

**Fraktion Die LINKE/ SPD**

Sebastian Lange  
Mathias Miseler

Marc Quintana Schmidt  
Jens Köhler skE

**Zählgemeinschaft Fraktion BfS/ EBM M. Adomeit**

Michael Philippen  
Jörg Schulz skE

Thomas Haack  
Achim Stuhr skE

**Fraktion B90/ GRÜNE**

Heiko Werner skE

Sandra Kothe-Woywode

**Fraktion AfD**

Frank Fanter

Hans Krämer skE

Begründung: Die Neuwahl wurde beantragt.

Dr. Ronald Zabel  
Vorsitzender CDU/FDP-Fraktion

Andrea Kühl  
Vorsitzende Fraktion Die LINKE/SPD

Michael Philippen  
Vorsitzender Fraktion BfS

Jürgen Suhr  
Vorsitzender Fraktion B90 / GRÜNE

Frank Fanter  
Vorsitzender Fraktion AfD